



# HESSISCHER LANDTAG

16. 12. 2003

## 23. Sitzung

Wiesbaden, den 16. Dezember 2003

	Seite		Seite
<b>Amtliche Mitteilungen</b> . . . . .	1443	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1458, 1459
<i>Entgegengenommen</i> . . . . .	1444	Margaretha Hölldobler-Heumüller . . . . .	1459
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1443	Frage 119 – Abg. Alfons Gerling . . . . .	1459
Frank-Peter Kaufmann . . . . .	1444	<b>Modellprojekt „Elektronische Fußfessel“</b>	
47. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Information des Landtages zu geplanten Standortschließungen</b>		Alfons Gerling . . . . .	1459, 1460
– Drucks. 16/1699 – . . . . .	1444	Staatssekretär Herbert Landau . . . . .	1459, 1460
<i>Für erledigt erklärt</i> . . . . .	1455	Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1459
Reinhard Kahl . . . . .	1443 1454	Frage 120 – Abg. Dr. Peter Lennert . . . . .	1460
Frank Gotthardt . . . . .	1444	<b>Stabilitätskriterien von Maastricht</b>	
Minister Stefan Grüttner . . . . .	1445	Dr. Peter Lennert . . . . .	1460
Bernhard Bender . . . . .	1447	Minister Karlheinz Weimar . . . . .	1460, 1461
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1448	Norbert Schmitt . . . . .	1460
Jürgen Frömmrich . . . . .	1451	Reinhard Kahl . . . . .	1461
Volker Hoff . . . . .	1452	Frage 122 – Abg. Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1489
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1455	<b>Neuordnung der Staatlichen Museen in Kassel</b>	
1. a) <b>Fragestunde</b>		Frage 124 – Abg. Nicola Beer . . . . .	1489
– Drucks. 16/1502 – . . . . .	1455	<b>Notenschutz für legasthenische Schüler</b>	
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1461	Frage 125 – Abg. Nicola Beer . . . . .	1489
Präsident Norbert Kartmann . . . . .	1461	<b>Imagekampagne für den Lehrerberuf</b>	
Frage 115 – Abg. Reinhard Otto . . . . .	1455	Frage 129 – Abg. Sarah Sorge . . . . .	1489
<b>Betriebsmodell zur Umsetzung der EU-Agrarreform</b>		<b>Sanierung des Staatstheaters Kassel</b>	
Reinhard Otto . . . . .	1455, 1456	Frage 130 – Abg. Lothar Quanz . . . . .	1489
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1455, 1456	<b>GA-West-Mittel</b>	
Martin Häusling . . . . .	1455, 1456	Frage 131 – Abg. Dr. Andreas Jürgens . . . . .	1490
Gernot Grumbach . . . . .	1455, 1456	<b>Walter-Hecker-Schule in Kassel</b>	
Frage 116 – Abg. Aloys Lenz . . . . .	1456	Frage 132 – Abg. Priska Hinz . . . . .	1490
<b>Kongress zur Zukunft Europas</b>		<b>Arbeitszeitverlängerung für Lehrer I</b>	
Aloys Lenz . . . . .	1456, 1457	Frage 133 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1490
Minister Jochen Riebel . . . . .	1456, 1457	<b>Verein Metropolitana</b>	
Christel Hoffmann . . . . .	1457	Frage 134 – Abg. Priska Hinz . . . . .	1490
Frage 117 – Abg. Dr. Norbert Herr . . . . .	1457	<b>Arbeitszeitverlängerung für Lehrer II</b>	
<b>Netzwerk „Musik und Schule“</b>		Frage 135 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) . . . . .	1491
Dr. Norbert Herr . . . . .	1457	<b>Arbeitszeitverlängerung für Lehrer III</b>	
Ministerin Karin Wolff . . . . .	1457, 1458	Frage 137 – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender . . . . .	1491
Priska Hinz . . . . .	1458	<b>A 3 Hanau – Obertshausen</b>	
Frage 118 – Abg. Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	1458		
<b>„Netzwerk gegen Gewalt“</b>			
Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	1458		
Minister Volker Bouffier . . . . .	1458, 1459		

	Seite
Frage 138 – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender . . . . .	1491
<b>Heraushebung von CDU-Abgeordneten bei Veranstaltungen</b>	
Frage 146 – Abg. Sabine Waschke . . . . .	1491
<b>Kinder mit Migrationshintergrund</b>	
<i>(Die Fragen 122, 124, 125, 129 bis 135, 137, 138 und 146 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 121, 136 und 139 bis 145 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)</i>	
<b>b) Regierungsbefragung</b>	
<i>Abgehalten</i> . . . . .	1469
Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) . . . . .	1462
Ministerin Karin Wolff . . . . .	1462
Michael Siebel . . . . .	1462
Minister Udo Corts . . . . .	1462
Boris Rhein . . . . .	1462
Staatssekretär Herbert Landau . . . . .	1462
Roger Lenhart . . . . .	1463
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1463
Bernd Riege . . . . .	1463
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1463
Norbert Schmitt . . . . .	1463
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	1463
Boris Rhein . . . . .	1464
Staatssekretär Herbert Landau . . . . .	1464
Ursula Hammann . . . . .	1464
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1464
Bernd Riege . . . . .	1465
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1465
Sarah Sorge . . . . .	1465
Minister Udo Corts . . . . .	1465
Sabine Waschke . . . . .	1466
Ministerin Karin Wolff . . . . .	1466
Sarah Sorge . . . . .	1466
Ministerpräsident Roland Koch . . . . .	1466
Marco Pighetti . . . . .	1467
Ministerin Karin Wolff . . . . .	1467
Ursula Hammann . . . . .	1467
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1467, 1468
Bernd Riege . . . . .	1468
Staatssekretär Herbert Landau . . . . .	1468
Priska Hinz . . . . .	1468, 1469
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1468, 1469
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1469

	Seite
24. Antrag der Fraktion der SPD betreffend <b>Schaffung eines Beschäftigungspaktes im öffentlichen Dienst</b>	
– Drucks. 16/1477 neu – . . . . .	1469
<i>Dem Innenausschuss (federführend) und dem Haushaltsausschuss (beteiligt) überwiesen</i> . . . . .	1481
Günter Rudolph . . . . .	1469
Birgit Zeimetz-Lorz . . . . .	1471
Michael Boddenberg . . . . .	1472
Norbert Schmitt . . . . .	1473, 1479
Jürgen Frömmrich . . . . .	1473
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1475, 1480
Minister Volker Bouffier . . . . .	1476
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1481
2. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz zu dem Siebten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag)</b>	
– Drucks. 16/1192 – . . . . .	1485
<i>Nach erster Lesung dem Hauptausschuss überwiesen</i> . . . . .	1481
Minister Stefan Grüttner . . . . .	1481
Michael Siebel . . . . .	1482
Jörg-Uwe Hahn . . . . .	1483
Priska Hinz . . . . .	1483
Volker Hoff . . . . .	1484
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1485
3. Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein <b>Gesetz über die Bestimmung von Sachverständigen und Sachverständigenorganisationen im Rahmen der Qualitätssicherung bei der medizinischen Strahlenanwendung</b>	
– Drucks. 16/1505 – . . . . .	1485
Hierzu: Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	
– Drucks. 16/1697 – . . . . .	1488
<i>Nach erster Lesung dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz überwiesen</i> . . . . .	1488
Minister Wilhelm Dietzel . . . . .	1485
Ursula Hammann . . . . .	1486
Axel Wintermeyer . . . . .	1487
Gernot Grumbach . . . . .	1488
Heinrich Heidel . . . . .	1488
Vizepräsident Lothar Quanz . . . . .	1488

Im Präsidium:

Präsident Norbert Kartmann

Vizepräsident Lothar Quanz

Auf der Regierungsbank:

Ministerpräsident Roland Koch

Minister und Chef der Staatskanzlei Stefan Grüttner

Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund Jochen Riebel

Minister des Innern und für Sport Volker Bouffier

Minister der Finanzen Karlheinz Weimar

Kultusministerin Karin Wolff

Minister für Wissenschaft und Kunst Udo Corts

Minister für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel

Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz Wilhelm Dietzel

Sozialministerin Silke Lautenschläger

Staatssekretär Dirk Metz

Staatssekretärin Oda Scheibelhuber

Staatssekretär Bernd Abeln

Staatssekretär Herbert Landau

Staatssekretär Karl-Joachim Jacobi

Staatssekretär Prof. Dr. Joachim-Felix Leonhard

Staatssekretär Dr. Herbert Hirschler

Staatssekretär Karl-Winfried Seif

Staatssekretär Gerd Krämer

Abwesende Abgeordnete:

Gudrun Osterburg



(Beginn: 14.03 Uhr)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf Sie herzlich zu unserer letzten Sitzungswoche in diesem Jahr begrüßen. Ich eröffne hiermit die 23. Plenarsitzung und stelle die Beschlussfähigkeit des Hauses fest. – Dem wird nicht widersprochen.

Die Tagesordnung vom 9. Dezember 2003 sowie ein Nachtrag vom heutigen Tag mit insgesamt 42 Punkten liegen Ihnen vor.

Anzumerken ist noch, dass der Antrag der Fraktion der SPD, wie von ihr selbst gewünscht, nicht nach § 28 Abs. 2 an den Haushaltsausschuss überwiesen wurde, sondern nunmehr im Plenum als Tagesordnungspunkt 24 behandelt wird. Es ist vorgesehen, ihn nach der Aussprache dem Innenausschuss, federführend, und dem Haushaltsausschuss, beteiligt, zu überweisen. Die neue Drucks. 16/1477 wurde bereits an Sie verteilt.

Ferner teile ich mit, dass die dritte Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Zukunftssicherungsgesetz (ZSG), das ist Tagesordnungspunkt 7, nach den Tagesordnungspunkten 6 a und 6 b, der dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2004 und der dritten Lesung des Finanzausgleichsänderungsgesetzes 2004, aufgerufen wird.

Wie Sie dem Nachtrag zur Tagesordnung unter den Tagesordnungspunkten 34, 35 und 36 entnehmen können, sind drei Anträge betreffend eine Aktuelle Stunde eingegangen. Interfraktionell haben sich die Fraktionen auf eine Redezeit von fünf Minuten pro Fraktion und pro Aktuelle Stunde verständigt. Der Landtag beschließt über das Verhältnis nach § 31 Abs. 6 seiner Geschäftsordnung. Gibt es dazu abweichende Vorstellungen? – Das ist nicht der Fall. Dann werden wir so verfahren und am Donnerstag um 9 Uhr die Aktuellen Stunden abhalten.

Eingegangen sind weiterhin Dringliche Anträge:

Erstens. Dringlicher Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Ende der Blockade einer sachgerechten Endlagerung radioaktiver Abfälle, Drucks. 16/1676. Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall. Das heißt, dieser Dringliche Antrag wird Tagesordnungspunkt 43 und soll mit Tagesordnungspunkt 15 aufgerufen werden.

Zweitens. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend wirksames internationales Verbot des Klonens menschlicher Embryonen durchsetzen, Drucks. 16/1695.

Drittens. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN betreffend Exportwünsche der Firma Siemens bezüglich der MOX-Anlage in Hanau, Drucks. 16/1696.

Viertens. Dringlicher Entschließungsantrag der Fraktion der SPD betreffend rechtswidriger Gesetzentwurf der Landesregierung für ein Zukunftssicherungsgesetz, Drucks. 16/1698.

Fünftens. Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Information des Landtages zu geplanten Standortschließungen, Drucks. 16/1699.

Auch hierzu die Frage: Wird die Dringlichkeit bejaht? – Das ist der Fall.

(Reinhard Kahl (SPD): Moment! – Gegenrufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Jörg-Uwe Hahn (FDP): Die Dringlichkeit ist bejaht!)

Die Dringlichkeit ist bejaht. Damit werden sie als Punkt 44, 45, 46 und 47 auf die Tagesordnung gesetzt. Der Dringliche Entschließungsantrag betreffend MOX-Anlage, Drucks. 16/1696, kann nach Tagesordnungspunkt 5 mit dem Tagesordnungspunkt 30 aufgerufen werden. Der Dringliche Entschließungsantrag betreffend Zukunftssicherungsgesetz, Drucks. 16/1698, kann mit dem Tagesordnungspunkt 7 behandelt werden.

Jetzt kann ich fragen, ob die so erweiterte Tagesordnung von Ihnen genehmigt wird.

(Reinhard Kahl (SPD): Moment! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Noch etwas anderes!)

– Herr Kollege Kahl.

**Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir haben einen Dringlichen Antrag betreffend Information des Landtages zu geplanten Standortschließungen eingebracht. Die Landesregierung stellt in einer Pressekonzferenz die neue Standortstruktur der Landesbehörden vor, ohne das Parlament zu informieren.

(Beifall bei der SPD)

Dies ist eine klare Brüskierung des Parlaments und darf so nicht durchgehen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD – Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

In den Fachausschüssen, im Haushaltsausschuss und durch eine Vielzahl von parlamentarischen Initiativen

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der FDP-Fraktion!)

haben wir wiederholt die Vorlage von Informationen, Kriterien und den Auswirkungen der beabsichtigten Schließung von Landesdienststellen gefordert – bisher ohne jegliche Antwort der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Gerhard Bökel (SPD): Und dann nur vor der Presse!)

Jetzt erfolgt unmittelbar vor der Tagung des Parlaments eine Information der Öffentlichkeit durch die Landesregierung – ohne dass eine weiter gehende Unterrichtung des Parlaments überhaupt vorgesehen oder in Erwägung gezogen wird.

(Beifall bei der SPD)

Kein Thema ist dieser Landesregierung zu gering, um daraus nicht eine Regierungserklärung zu machen, um sich selbst zu feiern.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Nun wird hier gekniffen, und das werden wir nicht durchgehen lassen. Hier haben Sie Rede und Antwort zu stehen, das ist das Parlament.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Das vorgelegte Konzept ist ein großes Arbeitsplatzvernichtungsprogramm mit erheblichen strukturpolitischen Folgeproblemen und einer nicht hinzunehmenden Einschränkung der Bürgernähe.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Die Pressekonferenz hat weder Klarheit gebracht, noch wurden die Auswirkungen deutlich, immer nach der bekannten Devise dieser Regierung: Chaos statt Konzept.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Wir beantragen, dass unser Dringlicher Antrag auf die Tagesordnung gesetzt wird – das ist erledigt, Herr Präsident. Aber wir sind der Auffassung, wenn kurz vorher eine solche Pressekonferenz gegeben wird, dann muss dieser Antrag wegen der Wichtigkeit hier und heute als erster Tagesordnungspunkt aufgerufen werden. Dies beantragen wir.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN sowie des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Gotthardt.

**Frank Gotthardt (CDU):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich kann mir sehr gut vorstellen, dass wir den Punkt jetzt diskutieren sollten. Denn es ist einer, der sowohl die Menschen im Land als auch die Beschäftigten in unseren Behörden selbstverständlich beschäftigt. Da gebe ich Ihnen Recht.

(Demonstrativer Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich gebe Ihnen aber an einer Stelle nicht Recht, lieber Herr Kollege Kahl. Das ist die Tatsache, dass Sie das heute in der Form hochziehen.

(Reinhard Kahl (SPD): Wieso?)

Seit Wochen bombardieren Sie den Hessischen Landtag mit Kleinen Anfragen und Berichtsanträgen im Einzelnen.

(Zurufe von der SPD – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ja und? Nichts wird beantwortet!)

Das ist das gute Recht eines Abgeordneten im Parlament.

(Reinhard Kahl (SPD): Also!)

Interessant ist aber, dass die Mitglieder Ihrer Fraktion, ohne Antworten abzuwarten, in den vergangenen Wochen schon überall durch die Republik gezogen sind und erklärt haben, hier würde ein Forstamt geschlossen, da würde ein Forstamt geschlossen. An sich haben Sie überall erklärt, alles würde geschlossen.

(Zuruf von der CDU: Unerhört!)

Aber um hier Missverständnissen vorzubeugen und um dafür zu sorgen, dass auch Sie so informiert sind, wie man sich das wünscht, damit Sie vernünftig und sachkundig mitdiskutieren können, finde ich es einen sehr guten Vorschlag, dass wir es jetzt gleich diskutieren. Dann diskutie-

ren wir es doch auch vor der Fragestunde, jetzt sofort. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Gehe ich richtig davon aus, dass keine weiteren Wortmeldungen zu diesem Punkt vorliegen? – Wenn wir Konsens haben, bedeutet dies, dass wir vor der Fragestunde den Dringlichen Antrag Drucks. 16/1699 der SPD-Fraktion betreffend Standortschließungen aufrufen. Darüber besteht Konsens.

Wie ist das mit der Redezeit? Zehn Minuten?

(Jürgen Walter (SPD): Okay!)

Dann machen wir das so: zehn Minuten Redezeit und Vorziehen dieses Tagesordnungspunktes vor die Fragestunde. – Eine weitere Wortmeldung, Herr Kollege Kaufmann.

**Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, ich weiß nicht, ob ich es überhört habe. Aber ich wollte darauf hinweisen, dass der Dringliche Antrag zum internationalen Verbot des Klonens, Drucks. 16/1695, der von uns als dringlich akzeptiert wurde, zusammen mit Tagesordnungspunkt 13 aufgerufen werden soll, und zwar ohne zusätzliche Redezeit.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das rufen wir dann mit Punkt 13 auf. Es gibt keinen Widerspruch in dieser Frage. Der Dringliche Antrag Drucks. 16/1695 wird zusammen mit Tagesordnungspunkt 13 aufgerufen.

Gibt es weitere Wortmeldungen zur Tagesordnung? – Dann darf ich jetzt fragen: Ist die jetzt von uns gemeinsam geänderte Tagesordnung zustimmungsfähig? – Wer ist dagegen? – Niemand. Dann ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, dann will ich noch einige Informationen geben. Vereinbart ist, dass wir heute bis 18 Uhr tagen. Das ersehen Sie aus der Tagesordnung.

Wir beginnen jetzt mit dem Dringlichen Antrag der SPD-Fraktion. Danach kommen die Fragestunde, Drucks. 16/1502, und die Regierungsbefragung. Dann folgen die ersten Lesungen der Gesetze. Wenn wir es zeitlich schaffen – das ist jetzt fast schon schwierig geworden –, kommt dann vielleicht noch die im Nachtrag unter Punkt 37 angegebene zweite Lesung.

Die dritte Lesung des Nachtragshaushaltes 2003 ist für morgen vorgesehen, die dritte Lesung des Haushaltsplanentwurfs 2004 für Donnerstag nach den drei Anträgen betreffend eine Aktuelle Stunde.

Entschuldigt fehlt heute Herr Staatsminister Dr. Wagner. Er ist im Vermittlungsausschuss in Berlin.

Ich darf darauf hinweisen, dass der Haushaltsausschuss nach Beendigung der heutigen Plenarsitzung, ca. 18 Uhr, zu seiner 9. Sitzung in den Sitzungsraum 119 M einberufen wird.

Dann darf ich vereinbarungsgemäß **Punkt 47** aufrufen:

**Dringlicher Antrag der Fraktion der SPD betreffend Information des Landtages zu geplanten Standortschließungen – Drucks. 16/1699 –**

Dazu hat Herr Staatsminister Grüttner das Wort.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir stehen vor einem der umfassendsten Verwaltungsreformschritte in Bezug auf Standorte im Lande Hessen, die dieses Land jemals gesehen hat.

(Beifall bei der CDU)

Mit dem Abbau von Verwaltungs- und Rechtsvorschriften, mit dem wir in der letzten Legislaturperiode konsequent begonnen haben und der immerhin dazu geführt hat, dass über 3.000 Rechts- und Verwaltungsvorschriften und Gesetze abgeschafft worden sind, mit der Tatsache, dass wir Gesetze und Verordnungen befristen, um mit einer Evaluierung in Zukunft feststellen zu können, ob sie ihren Sinn und Zweck noch erfüllen oder verändert werden können, hat diese Landesregierung entscheidende Schritte in der Frage der Verwaltungsreform eingeleitet.

(Beifall der Abg. Armin Klein (Wiesbaden) und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

In einem zweiten Schritt versuchen wir – wir machen das in aller Konsequenz –, neue Verwaltungssteuerung als Teil der Verwaltungsreform auch in diesem Land einzuführen. Gegen den Widerstand der Opposition, die diesen mehr aus wahltaktischen Gründen in der letzten Legislaturperiode betrieben hat, gehen wir weiter bei der Installierung von SAP, um wegzukommen von der Kameralistik in Richtung kaufmännische Buchführung.

(Jürgen Walter (SPD): Koste es, was es wolle!)

Außerdem gehen wir den Weg in die Richtung, künftig ein funktionierendes E-Government in Hessen zu installieren. Dazu gehört es natürlich auch, dass organisiert werden muss, wie zukünftig Aufgaben in diesem Land von Dienststellen, von Behörden wahrgenommen werden. Deswegen ist ein weiterer großer Schritt – das ist bisher einmalig in Hessen – ein Standortstrukturkonzept, das ein Vorschlag dieser Landesregierung ist. Ich will an dieser Stelle auch sagen: Wir diskutieren auf der Grundlage eines Entwurfes einer Kabinettsvorlage und noch nicht auf der Grundlage eines Beschlusses des Kabinetts.

Im Hinblick auf Standorte ist es ausgesprochen notwendig und oberstes Ziel dieser Landesregierung, eine Balance zwischen effektiver Aufgabenwahrnehmung und Bürgernähe einerseits und der regionalen Ausgewogenheit andererseits zu wahren. Dazu kommt – dies wird ein weiterer Schritt sein –, dass mit der inneren Reform der Aufgaben bei den Regierungspräsidien natürlich die Frage einhergeht, an welcher Stelle die Regierungspräsidien in Zukunft ihre Aufgaben wahrnehmen, an welchen Standorten es Regierungspräsidien mit ihren Außenstellen gibt. Dies ist bei einer Standortstrukturkonzeption zu berücksichtigen.

Herr Präsident, meine Damen und Herren, wir wollen dabei, dass die Organisation auf die zukünftigen Herausforderungen ausgerichtet ist, und haben uns deshalb von folgenden Leitsätzen leiten lassen: dass Steuermittel kostenbewusst eingesetzt werden, dass Dienstleistungen für die Bürgerinnen und Bürger schneller und besser erbracht werden können, dass die Präsenz in der Fläche gewährleistet ist und dass moderne Kommunikationstechniken auch konsequent genutzt werden.

(Beifall bei der CDU)

Unter diesem Gesichtspunkt und auf diesen Grundlagen ist einer der entscheidenden Schritte eingeleitet worden. Wir haben – dies ist im Zeitalter moderner Kommunikationsmöglichkeiten historisch überkommen – ein Standortverzeichnis, das 1.700 öffentliche Dienststellen in diesem Land aufzeigt. Im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“,

(Zuruf von der SPD: Düstere Zukunft!)

im Rahmen der Diskussion, was über das Zukunftssicherungsgesetz, aber auch über den Haushaltsentwurf muss unser Bestreben darauf gerichtet sein, auch in Zukunft an allen Stellen Einsparpotenziale zu erzielen, Einsparpotenziale zu heben, um Gestaltungsmöglichkeiten für unser Land zu eröffnen und die Zukunftsfähigkeit für unsere Kinder und Enkelkinder zu gewährleisten.

(Beifall bei der CDU)

Deshalb ist es natürlich bei der Erzielung sämtlicher Einsparpotenziale notwendig, die Behörden- und auch die Gerichtsstruktur in Hessen einer kritischen Prüfung zu unterziehen und auf ihre Optimierung hin zu untersuchen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Begeisterung in der CDU ist nicht so groß!)

Deswegen darf man nicht alleine von der Frage ausgehen, wie man in Zukunft Ablauf, Organisation und die Struktur der Organisation betrachtet. Natürlich ist es notwendig, dass die Koordinierung der Dienst- und der Fachaufsicht auf der nächsthöheren Ebene erfolgt. Natürlich ist es dabei notwendig, die Immobiliennutzung mit zu bedenken, inwieweit es sich um eine Anmietung oder um Eigentum handelt, ob dieses Eigentum verwertbar in Form von Vermietung oder Verkauf ist und welche Synergien man daraus erzielen kann. Es ist natürlich auch notwendig, dass zentrale Dienste der Personal- und Budgetverwaltung, die Gebäudeunterhaltungskosten, die Gebäudekosten insgesamt mit berücksichtigt werden.

Aber alleine davon auszugehen und zu sagen, dass damit automatisch eine Konzentration von Behördenstandorten auf wenige Stellen, auf wenige Städte und auf wenige Flächen in Hessen erfolgt, ist dann zu kurz gesprungen, weil wir auch die regionale Verteilung in der Fläche gewährleistet sehen wollen und die Servicefunktionen nach wie vor beibehalten werden sollen. Dabei müssen wir uns auch überlegen, dass es neue und entscheidende inhaltliche Schwerpunkte gibt, die es notwendig machen, beispielsweise Organisationseinheiten zusammenzuführen.

In diesem Zusammenhang haben wir in einem ersten Schritt beispielsweise versucht, all das zu konzentrieren, was sich rund um die Grundstücke abspielt und in der Verfügung des Landes liegt. Ich spreche in diesem Fall von den Katasterämtern und den Flurneuerungsämtern.

Wir haben in Hessen über 50 Standorte von Katasterämtern und Flurneuerungsämtern. Es ist möglich, diese Ämter an weniger Standorten zu konzentrieren und somit einer Zersplitterung in der Fläche entgegenzuwirken. Dies wird positive Effekte auf die Bürgerinnen und Bürger haben, weil alles, was sich rund um das Grundstück abspielt, von einer Hand angeboten und erreicht werden kann.

Ich kündige an, dass wir neben der Zusammenfassung von Kataster- und Flurneuerungsämtern an einer weiteren Ergänzung arbeiten, nämlich an der Berücksichtigung der

Grundbuchämter. Dies ist möglich, wenn es uns gelingt, im Bundesrecht eine Öffnungsklausel zu schaffen. Das ist der nächste Schritt, um rund um das Grundstück auch organisatorisch eine Einheit erzielen zu können.

(Beifall bei der CDU und bei Abgeordneten der FDP)

Aber im ersten Schritt geht es um die Zusammenfassung der Kataster- und Flurneuordnungsämter. Diese Kataster- und Flurneuordnungsämter werden in Zukunft an sieben Haupt- und an fünf Außenstellen konzentriert. Im Einzelnen sind dies: das Flurneuordnungsamt in Korbach mit der Außenstelle in Hofgeismar, die Bodenmanagementbehörde – so heißt sie – in Homberg mit der Außenstelle in Eschwege, die Bodenmanagementbehörde in Fulda mit der Außenstelle in Lauterbach, die Bodenmanagementbehörde in Marburg, die Bodenmanagementbehörde in Limburg mit der Außenstelle in Hofheim, die Bodenmanagementbehörde in Büdingen und die Bodenmanagementbehörde in Heppenheim mit der Außenstelle in Michelstadt.

Allein anhand dieser Aufzählung können Sie sehen, dass wir auf der einen Seite zwar eine Konzentration, d. h. eine Zusammenführung, erzielt haben, dass wir auf der anderen Seite aber die Dienstleistungen in der Fläche bewahrt haben, unabhängig davon, dass man über das elektronische Grundbuch und über die Ansprechpartner in den örtlichen Ämtern (62) der Städte und Kreise heute schon kompetente Auskunft auf alle Fragen, die etwas mit Liegenschaften zu tun haben, erhalten kann.

Dabei müssen wir berücksichtigen, dass die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger gestiegen ist und der Einsatz moderner Kommunikationsmittel es zulässt, solche Konzentrationen ohne einen Verlust an Serviceleistungen für die Menschen in unserem Land vorzunehmen. Wir haben mit berücksichtigt – das sieht man an dieser Stelle sehr deutlich –, dass bei der Frage nach den zukünftigen Standorten auch die Vorbelastungen in der Region eine entsprechende Rolle spielen. Zum Beispiel hat die Frage eine Rolle gespielt, ob diese Regionen möglicherweise durch die Schließung von Militärstandorten belastet waren. Dafür gab es deutliche Anzeichen. Aus der Presse haben wir wegweisende Entscheidungen der Bundesregierung zur Schließung von Standorten entnommen.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wunderbar, das ist ein schönes Beispiel! Dass ausgerechnet Sie das bringen, finde ich super!)

– Herr Al-Wazir, ich sage Ihnen schlicht und einfach: Zumindest bei den Landräten und bei den Bürgermeistern ist das heute ganz anders; denn es gibt eine entsprechende Kommunikation. Diese Kommunikation ist bereits seit Wochen im Gange, um die Menschen in diesem Lande darauf vorzubereiten.

(Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Aber wir wollen, was die Entscheidung über Behördenstandorte betrifft, berücksichtigen, in welcher Region es entsprechende Vorbelastungen gibt.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nach der Methode Lautenschläger ins Internet gestellt, oder was?)

Es muss ferner einen Indikator geben, der die Grundlage für Standortentscheidungen bildet. Ein Indikator ist, wie viele Menschen in dem jeweiligen Landkreis bzw. in der

jeweiligen Stadt betroffen sind, und zwar im Verhältnis zu der Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten. Dort gibt es dann eine entsprechende Darstellung und die Möglichkeit, deutlich zu machen, dass es, was die absoluten Zahlen angeht, in einem Landkreis zu einem Zuwachs von 318 Arbeitsplätzen kommt, während in einem anderen Landkreis – um das andere Extrem zu nennen – 288 Arbeitsplätze abgebaut werden. Das, worüber wir reden, bewegt sich in einer Größenordnung zwischen plus 318 und minus 288 Arbeitsplätzen – nur damit wir die Dimension dessen, worüber wir reden, richtig kennen. In Prozentzahlen ausgedrückt: Im Verhältnis zu den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten bewegt sich das in einer Größenordnung von ungefähr 0,5 %.

Wenn man diese Zahlen sieht, merkt man, dass die regionalen Besonderheiten und die Zahl der Arbeitsplätze in der Region in dem Vorschlag der Landesregierung ausdrücklich berücksichtigt werden.

In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage nach der Stärkung Nordhessens und des Regierungsbezirks Kassel. Wir haben neben der Konzentration der Beihilfearbeitung – so ist das geplant – an zwei Standorten im Regierungsbezirk Kassel, nämlich in Kassel selbst und in Hünfeld, weitere deutliche Signale in Richtung Nordhessen gegeben. Wir werden das Kompetenzzentrum für Biorohstoffe nach Witzenhausen verlegen. Das Nationalparkamt wird natürlich nach Nordhessen kommen, und wir sind auf dem Weg, alles, was mit Versorgung, dem Zahlen von Bezügen und der Beihilfe zu tun hat, in Nordhessen zu konzentrieren.

(Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

– Herr Hahn, ich freue mich, dass Sie erkennen, dass es Sinn macht, das Nationalparkamt auch dort anzusiedeln, wo der Nationalpark ist.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dass das eine Regierung erkannt hat, freut mich noch mehr!)

Aber der Entscheidung, ein Nationalparkamt einzurichten, ist erst einmal der Entschluss vorausgegangen, einen Nationalpark auszuweisen. Das war die wegweisende Entscheidung dieser Landesregierung. Sie wird zu den entsprechenden Impulsen führen.

(Beifall bei der CDU – Demonstrativer Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister, die Fraktionsredezeit ist erschöpft.

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Herr Präsident, ich bin der festen Überzeugung, dass die Mitglieder der Fraktionen begierig darauf sind, das Konzept in vollem Umfang vorgetragen zu bekommen. Dann können die entsprechenden Entgegnungen gemacht werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das war ein formaler Hinweis. – Gestatten Sie Zwischenfragen, Herr Minister?

**Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Ich gestatte keine Zwischenfragen, denn das dauert sonst zu lange.



(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Wir klatschen auch ein paarmal, denn Ihre eigenen  
Leute klatschen nicht!)

Da wir gerade beim Nationalparkamt sind: Wir haben auch die Forstbetriebe im Hinblick auf ihre Leistungsfähigkeit, ihre Schlankheit und ihre Serviceleistungsmöglichkeiten überprüft und sind zu dem Ergebnis gekommen, die 85 Forstämter in Hessen in Zukunft auf 42 plus 1 zu reduzieren. „Plus 1“ ist das Nationalparkamt, das ich eben schon angesprochen habe. Von den übrigen 85 Forstämtern sollen nach dem Vorschlag der Landesregierung 42 bestehen bleiben.

Aufzulösende Standorte werden sein: Babenhausen, Bad Karlshafen, Bad Sooden-Allendorf, Biebergemünd-Gelnhausen, Braunsfels, Büdingen, Butzbach, Driedorf, Ederetal, Eltville, Fritzlar, Gießen, Gladenbach, Grebenhain, Grünberg, Hadamar, Haiger, Hatzfeld, Heppenheim, Hilders, Höchst, Hofheim, Homberg (Efze), Homberg (Ohm), Idstein, Kassel, Kaufungen, Marburg, Mörfelden-Walldorf, Nentershausen, Neuhof, Niederaula – –

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Entschuldigen Sie bitte, Sie haben einen Antrag gestellt, in dem Sie wissen wollen, worum es geht. Deswegen müssen Sie auch die Geduld aufbringen, zuzuhören.

(Beifall bei der CDU)

Weitere aufzulösende Standorte sind: Rauschenberg, Rodgau, Schlitz, Seeheim-Jugenheim, Sinntal, Spangenberg, Usingen, Wald-Michelbach, Wetter, Willingen und Witzenhausen.

Bestehen bleiben die Standorte Dieburg, Langen, Reinhardshagen – ich erspare Ihnen jetzt die komplette Aufzählung – bis hin zu Hessisch-Lichtenau. Hier ist unter dem Gesichtspunkt der Größe der zur beförsternden Fläche eine Strukturentscheidung getroffen worden, die die Fähigkeit, die Leistungen sachgerecht wahrnehmen zu lassen, ohne dass es zu einer Zersplitterung führt, berücksichtigt.

In diesem Zusammenhang weise ich auch darauf hin, dass bei der Frage der Standortkonzentration auch die Gerichtsstandorte eine entsprechende Rolle gespielt haben. Hierzu gibt es eine Voruntersuchung des Hessischen Landesrechnungshofes, in der unter Effizienz- und Kostengesichtspunkten ein Vorschlag unterbreitet worden ist, wie die Struktur der Amtsgerichte in Zukunft aussehen soll. Dieser Empfehlung hat sich die Landesregierung in ihrem Vorschlag weitestgehend angeschlossen. Dies bedeutet, dass in Hessen acht Amtsgerichte aufgelöst werden. An vier Standorten wird aus einer Hauptstelle die Außenstelle eines bestehenden Amtsgerichts.

Alle Finanzämter vor Ort werden bestehen bleiben. Bei elf Finanzämtern wird aus einer Hauptstelle die Außenstelle eines bestehenden Finanzamts werden.

Entscheidend ist auch die Frage der Standorte der Regierungspräsidien. Wir wollen, dass die Regierungspräsidien als Bündelungsbehörden ihre Aufgaben zielgerichtet, kostenbewusst und effektiv wahrnehmen. Dazu ist es notwendig, auch Standortfragen zu entscheiden. Deswegen soll in Zukunft das Regierungspräsidium in Kassel mit einer Außenstelle in Bad Hersfeld und das Regierungspräsidium in Gießen mit einer Außenstelle in Wetzlar und mit der bereits zentralisierten Bußgeldstelle im Bereich des Arbeitsschutzes in Hadamar auskommen. Das Regie-

rungspräsidium in Darmstadt wird Außenstellen in Wiesbaden und in Frankfurt haben. Die Außenstelle des Regierungspräsidiums Darmstadt in Hanau wird aufgelöst und in die Hauptstelle integriert. Das Weinbauamt in Eltville bleibt bestehen, weil es sachlogisch und sinnvoll ist, diese Einheit dort zu lassen, wo der meiste Wein in Hessen angebaut wird.

Insofern werden die Regierungspräsidien unter diesem Gesichtspunkt in die Lage versetzt werden, im Rahmen ihrer Organisationsstruktur und ihrer Ablauforganisation entsprechende Synergieeffekte zu erzielen.

Im Hinblick auf die Beihilfeverwaltung habe ich Ihnen die Grundentscheidungen schon dargestellt.

Im Zuge dieses Standortkonzepts sind darüber hinaus 26 Standorte der Veterinärverwaltung mit dem Ergebnis untersucht worden, dass zehn Standorte mit anderen Standorten zusammengeführt werden sollen, sodass in Zukunft 16 Veterinärverwaltungen in Hessen ihre Arbeit in den Landkreisen verrichten.

Daneben ist eine Reihe von Entscheidungen bereits vollzogen worden, die Sie kennen. Ich nenne die Versorgungsverwaltung in Bensheim. Über ihre Verlagerung nach Darmstadt wurde schon diskutiert. Ihnen ist außerdem bekannt, dass Außenstellen Staatlicher Schulämter geschlossen werden. Das betrifft Haupt- und Außenstellen an fünf Standorten in Hessen. Ihnen ist überdies bekannt, dass es für die Staatsbauverwaltung eine neue Organisationsstruktur ohne Aufgabe von Standorten gibt, sodass Sie an dieser Stelle sicherlich kein weiteres Informationsbedürfnis haben.

Insgesamt will ich festhalten, dass der Vorschlag der Landesregierung für ein Standortstrukturkonzept regionale Besonderheiten, die Frage der Bürgernähe,

(Reinhard Kahl (SPD): Was hat das mit Bürgernähe zu tun?)

Fragen einer effizienten Aufgabenerledigung und – unter dem Gesichtspunkt der finanziellen Rahmenbedingungen – auch die Möglichkeit einer all diese Kriterien bedenkenden sparsamen Verwaltung berücksichtigt. Deswegen glauben wir, dass dieses Konzept ausgewogen ist und in der Kommunikation mit den Personalräten, den Landräten, den Oberbürgermeistern und den Bürgermeistern in Hessen eine hohe Akzeptanz finden wird.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Walter (SPD): Darf ich eine abschließende Frage stellen?)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank Herr Staatsminister. – Ich eröffne die Aussprache. Das Wort hat Herr Abg. Bender für die SPD-Fraktion. Sie haben 13 Minuten Redezeit.

#### **Bernhard Bender (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Besser hätten wir nicht dokumentiert bekommen können, wie die Landesregierung das hessische Parlament missachtet.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Ich halte es geradezu für einen Affront, dass Minister Grüttner an dieses Pult tritt und eine Presseerklärung vorträgt, aber vorher keine Regierungserklärung abgebe-

ben hat, wie das eigentlich sein müsste. Ich verstehe dieses Handeln nicht. Ich verstehe es nur so: Hierin kommt zum Ausdruck, dass die absolute Mehrheit, wie es die Presse heute geschrieben hat, offenbar tatsächlich besoffen macht.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Minister, was Sie hier vorgetragen haben, kann in dieser Form nicht unwidersprochen bleiben. Wenn wir von Staatsmodernisierung gesprochen haben – wir haben dieses Thema in den letzten Jahren mehrfach sehr sachlich behandelt –, dann waren wir immer der Meinung, dass wir die wissenschaftlichen Vorgaben beachten müssen. Die wissenschaftlichen Vorgaben sind nun einmal, dass man die Aufgaben festlegt, die man erfüllen will, bevor man die Struktur einer Organisation ändert.

(Beifall bei der SPD, dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Man muss zunächst die Aufgaben beschreiben, die man fach- und sachgerecht erfüllen will. Wenn man das festgelegt hat, leitet man her, wie viel Personal man dafür braucht und was dieses Personal können muss. Wenn man außerdem den Anspruch erhebt, die regionalen Besonderheiten zu berücksichtigen, dann muss man im Lande Hessen eine Analyse dieser regionalen Besonderheiten durchführen.

(Zuruf des Abg. Armin Klein (Wiesbaden) (CDU))

Was haben wir heute gehört? Wir haben heute gehört, dass dies alles mit den Menschen in unserem Lande abgestimmt sei. Das ist eine glatte Lüge.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Es dürfte Ihnen möglicherweise nicht bekannt sein, dass die hessische SPD-Landtagsfraktion mehrfach intensiv versucht hat, zu Einzelfragen, die zu Ihrer Presseerklärung geführt haben, Auskunft zu bekommen. Unsere Kleinen Anfragen sind aber nach wie vor unbeantwortet, obwohl die Frist schon längst abgelaufen ist. Außerdem haben wir in den Fachausschüssen immer wieder darauf hingewiesen, dass wir unsere Detailfragen beantwortet haben wollen, auch wenn wir uns im Hauptausschuss, Herr Hoff, immer wieder darüber gestritten haben, ob dieser Ausschuss für die Verwaltungsmodernisierung überhaupt zuständig ist. Auch an dieser Stelle haben wir keine Antwort bekommen, noch nicht einmal eine grundsätzliche.

Was heißt das, was hier vorgetragen wird? Das heißt, dass man mit den Bürgern und mit den Menschen in diesem Lande mehr als leichtfertig, ja verachtend umgeht.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir stellen fest, um es einmal ganz konkret an einem Beispiel deutlich zu machen, dass das Bodenmanagement in die Diskussion gebracht worden ist, obwohl überhaupt nicht klar ist, wie die bundesgesetzlichen Vorgaben eingearbeitet werden können. Sie sprechen von einer Öffnungsklausel. Wir wissen, dass man mit dieser Öffnungsklausel überhaupt nicht weitergekommen ist. Warum machen Sie einen Ausfallschritt nach vorne, ohne vorher den Landkreistag zu beteiligen?

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie können Sie denn hierher treten und sagen, Sie hätten mit allen gesprochen? Das ist doch einfach unglaublich. Glauben Sie denn, uns für dumm verkaufen zu können? Ich halte das für einen unmöglichen Umgang mit dem Parlament. Ich bitte Sie inständig: Wenn diese Dinge weiterhin so gehandhabt werden, dann werden Sie von uns keinerlei Entgegenkommen und auch keine sachgerechte Auseinandersetzung mit Ihnen mehr erwarten können. Sie verhöhnen jeden einzelnen Abgeordneten. Wir alle werden in unseren Wahlkreisen Antwort auf die Fragen geben müssen, die die Landesregierung in dieser Presseerklärung angesprochen hat. Es ist einfach unglaublich, dass hier noch nicht einmal der Anstand gezeigt wird, das Parlament zu beteiligen.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Sie tragen hier gebetsmühlenartig vor: „Wir sind pleite, wir haben kein Geld, wir müssen das machen, weil wir das Geld, das wir noch haben, effektiv einsetzen müssen.“ Wenn ich dann sehe, dass gerade die SAP-Einführung als ein Beleg dafür genannt wird, warum diese Standortdiskussion vom Zaun gebrochen wird, dann kann ich nur sagen: Das war mit Sicherheit das falscheste Beispiel.

(Beifall bei der SPD)

Herr Grüttner, an dieser Stelle hat die Landesregierung einige Leichen im Keller.

Wenn weiterhin davon gesprochen wird, dass die Bürger nahe gestärkt werde, dann kann ich nur sagen: Ich stelle etwas anderes fest. Hier wird einem Zentralismus gefrönt. Wenn dieser Zentralismus durch einen stärkeren EDV-Einsatz in der Verwaltung begründet wird, dann mag man darüber noch reden können. Aber bei vielen dieser Zentralisten, die hier am Werke waren, ist nicht feststellbar, wie die einzelnen Dienststellen miteinander vernetzt sind.

Lassen Sie mich noch ein Wort – und damit komme ich zum Schluss – zu dem sagen, was Sie mit unserem Landesbetrieb Hessen-Forst anstellen. Hier wollen Sie 600 Waldarbeiter in eine PVS stecken – und die stehen nur beispielhaft für alle anderen betroffenen Mitarbeiter. Mit denen wird nicht gesprochen.

(Zuruf des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Mit denen wird keine Vereinbarung getroffen, wie es mit ihnen weitergehen soll. Es fehlt die Personalentwicklungsplanung. Es fehlt eine Organisationsentwicklungsplanung.

(Heinrich Heidel (FDP): Es fehlt einfach alles!)

Dies ist der Offenbarungseid dieser Landesregierung in der Verwaltungsreform. – Danke schön.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat der Herr Abg. Hahn für die FDP-Fraktion.

**Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag hat am 24. Juli dieses Jahres ein umfassendes Papier zur Umstrukturierung des hessischen Haushaltes, zur Umorganisation des Landes Hessen vorgelegt. Mit diesem Pro-

gramm haben wir darauf hingewiesen, dass die Verwaltungsstruktur in Hessen nicht so bleiben kann, wie sie jetzt ist. Wir haben Kriterien aufgestellt – als Oppositionsfraktion kann man das nicht bis ins letzte Detail ausarbeiten –, nach denen eine Umorganisation der Verwaltung in Hessen vorgenommen werden muss.

Das heißt, natürlich ist es vernünftig, dass die Landesregierung endlich ein solches Papier vorgelegt hat. Offensichtlich unvernünftig ist es aber, wie sie das getan hat.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die FDP-Fraktion in diesem Landtag hat – beginnend ab September dieses Jahres, verstärkt in den letzten Wochen – versucht, von der Hessischen Landesregierung Informationen zu dem Problem der Personalstruktur, der Behördenstruktur usw. zu erhalten. Wir haben das versucht, weil wir dachten, unsere ehemaligen Koalitionskollegen seien – tja, ich will einmal sagen – so zuvorkommend. Wie wir wissen, haben wir uns geirrt.

(Rüdiger Hermanns (CDU): Was?)

Wir haben es außerparlamentarisch versucht. Wir haben ein Schreiben an alle betreffenden Minister gerichtet und darum gebeten, uns dezidiert zu den Problemen der Personalbewirtschaftung, des Immobilienmanagements und der Behördenstandorte Antworten zu geben.

Wie ich weiß, hat der Chef der Staatskanzlei dies nach dem Motto weggewischt: Die sollen den parlamentarischen Weg gehen, das müssen wir denen noch beibringen.

Okay. Herr Staatsminister Grüttner, wir haben es verstanden. Wir sind den parlamentarischen Weg gegangen. In jedem einzelnen Ausschuss haben wir sehr dezidierte Dringliche Berichtsansträge eingebracht.

(Gerhard Bökel (SPD): Das stimmt! – Heinrich Heidel (FDP): Gute Arbeit!)

Ich kann Ihnen sagen: Mich beschleicht das Gefühl, dass dieselbe Argumentation, mit der uns Stefan Grüttner bereits ans Parlament verwiesen hat, auch bei der Bearbeitung der Dringlichen Berichtsansträge angewandt worden ist.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich glaube, das geschah nicht, weil man vor der FDP mauern will – das unterstelle ich meinem ehemaligen Koalitionspartner nicht –,

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

sondern man weiß die Antworten einfach nicht. Man weiß einfach nicht, was im Lande los ist.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist nicht nur ein Gefühl von mir, sondern das ist schwarz auf weiß nachzulesen. Nehmen wir nur ein Beispiel heraus, weil ich das gerade griffbereit habe.

Ein Schreiben des Hessischen Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung an den Vorsitzenden unseres Fachausschusses, unseren Kollegen Rüdiger Hermanns:

Sehr geehrter Herr Vorsitzender, die Beantwortung des Dringlichen Berichtsanspruchs der FDP-Fraktion

Drucks. 16/1000 erfordert umfangreiche und zeit- aufwendige Erhebungen. Ich bitte daher um Verständnis, dass es mir nicht möglich ist, zu der ursprünglich vorgesehenen turnusgemäßen Dezember-Sitzung dem Ausschuss einen Sachstandsbericht zu geben.

(Zurufe von der SPD: Ungeheuerlich!)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, lassen Sie mich bitte weiter zitieren:

Verabredungsgemäß habe ich dem Kollegen Densin von der antragstellenden Fraktion der FDP eine Kopie dieses Schreibens zugeleitet.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Staatsminister Rhiel sagt nichts weniger als: Ich habe keine Ahnung von meinem Ressort. – Und heute sagt Herr Grüttner: Wir organisieren es um.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Werte Staatsregierung, entweder haben Sie gegenüber dem Parlament das Unwahre gesagt, und zwar nicht nur schriftlich – hier Rhiel –, sondern eine ganze Reihe von Ministern in den Ausschüssen.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will jetzt nur wieder Stefan Grüttner nennen, denn das war der Höhepunkt der Arroganz im Hauptausschuss des Hessischen Landtags in der vorletzten Woche.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ausdrücklich nehme ich dabei Volker Bouffier aus, den Innenminister. Er hat uns in der letzten Sitzung des Innenausschusses am vergangenen Mittwoch tatsächlich sehr umfangreich die Angaben gegeben, die er hatte. Er war aber genauso ehrlich wie sein Kollege Rhiel und hat gesagt: In einem ganzen Bereich habe ich die Daten nicht.

(Zuruf des Abg. Gerhard Bökel (SPD))

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bin darauf hingewiesen worden, ich müsse es ja wissen, weil ich dieses Land vier Jahre lang mitregiert habe – dass es SAP R/3, ein Immobilienmanagement und eine Personalentwicklungsbörse noch nicht so richtig gebe. Ja, das weiß ich. Dann darf sich aber die Staatsregierung nicht hierhin stellen und so tun, als ob sie jetzt mit Weisheit voll gepfropft das Richtige fürs Land machte.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Nein, diese Staatsregierung hat schnell etwas zu Papier gebracht.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Diese Staatsregierung hat etwas Intransparentes vorgelegt. Sie hat ganz bewusst das heutige Datum gewählt, in der Hoffnung, dass das Thema Behördenstandorte mit den Weihnachtsfeiertagen in die Ferien geht.

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, aus vorherigem gemeinsamem erfolgreichem Tun sage ich Ihnen: In den letzten vier Jahren waren wir so erfolgreich, dass die Union die absolute Mehrheit der Sitze bekommen und die FDP sich um 50 % der Sitze gesteigert hat, weil

wir eine transparente Politik gemacht haben und die Bürgerinnen und Bürger und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landes Hessen mitgenommen haben.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Na ja!)

Was Sie hier tun, ist genau das Gegenteil davon.

(Beifall bei der FDP)

Da Sie keine Daten haben – Herr Boddenberg, ich unterstelle, Sie haben uns nicht belogen; ich weiß, dass Sie in einer Ausschusssitzung dabei auch führend tätig waren –, frage ich: Wo ist die Aufgabenkritik?

(Gerhard Bökel (SPD): So ist es!)

Wie sind Sie eigentlich an dieses Thema herangegangen?

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Staatsminister Grüttner hat nicht mit einem Satz hier erklärt, was überhaupt die Grundlage der Überlegungen war. Feiern Sie sich doch nicht von hinten nach oben – nach dem Motto: Wir schaffen aber die Umstrukturierung.

Sie haben etwas zur Umstrukturierung vorgelegt. Ob das aber gut oder schlecht ist, das kann der Stefan Grüttner hier überhaupt nicht vortragen – kein einziger Satz zur Transparenz und zur Aufgabenkritik für diese Umstrukturierung.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Journalisten haben es bereits aus der Pressekonferenz berichtet: Auf jede dezidierte Frage, was das denn eigentlich weniger kostet, wo welches Personal wie hingeschafft wird, kam eine nicht transparente Antwort.

(Zuruf von der SPD)

Offensichtlich gibt es die auch nicht. Ich sage es noch einmal: Ich unterstelle der Mehrheitsfraktion in diesem Haus und der Landesregierung positiv, dass sie die FDP bei den parlamentarischen Initiativen nicht belogen haben, die wir eingebracht haben. Dann können Sie aber, bitte schön, nicht so tun, als ob Sie jetzt fachlich fundiert ein Papier vorlegen.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Nein, das ist ein Schnellschuss. Leider haben wir – Kollege von Hunnius und ich – das beim Thema Haushalt in den letzten Monaten immer wieder sagen müssen.

(Beifall des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

Es ist nicht durchdacht. „Respice finem“ hat ein Ministerpräsident dieses Landes – er hieß Dr. Wallmann – uns jungen Abgeordneten einmal eingetrichtert. Dieser Gedanke scheint sich bei dieser Landesregierung auf die Frage der verbalen Verarbeitung zu reduzieren.

Meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen, Hessen braucht dringend eine Umstrukturierung der Behörden. Hessen braucht aber eine Umstrukturierung der Behörden, die nachvollziehbar ist.

(Günter Rudolph (SPD): Mit Sinn und Verstand!)

Sie muss effizient sein, effektiv. Sie muss beachten, dass wir einen Ausgleich zwischen ländlichem und städtischem Bereich brauchen. Sie muss möglicherweise so klug orga-

nisiert sein, dass wir die Arbeitsplätze zu den Wohnorten der Mitarbeiter bringen können. Sie muss möglicherweise den Unsinn unterlassen, dass in teuren 1-a-Lagen, wie z. B. in Wiesbaden, Landesoberbehörden sitzen, die genauso gut in Eschwege sitzen können.

(Beifall bei der FDP)

All das ist hier aber offensichtlich nicht beachtet worden. Jedenfalls hat der Staatsminister weder in seiner Erklärung vor der Presse noch hier im Plenum vorgetragen, was denn eigentlich die Kriterien waren.

Lassen Sie mich deshalb etwas spitz für die FDP zusammenfassen: War es möglicherweise die Gesäßgeographie einzelner Minister oder Abgeordneter?

(Beifall bei der FDP)

Oder waren es wirklich günstige Mieten? Was waren denn die Argumente, mit denen Sie die Behörde von hier nach dort oder auch woanders hin verlagert haben?

(Günter Rudolph (SPD): Das wissen sie doch nicht!)

Nichts ist hier vorgetragen worden. Sie retten sich auch nicht dadurch, dass Sie nun eigene Betroffenheit bekunden. Ich finde es schon schade, dass der Landtagspräsident genauso wie mein Kollege Fraktionsvorsitzender bei diesem Spiel offensichtlich als Verlierer abgestempelt worden ist.

(Norbert Schmitt (SPD): Auch das noch!)

Denn wenn ich sehe, was im Wetteraukreis, was in Eltville gestrichen wird, dann kann man das möglicherweise in der politischen Diskussion nutzen, um zu sagen, es war nicht diese Gesäßgeographie.

Vielleicht habt ihr das bewusst so gemacht, um zu sagen, bei Dr. Jung und bei Kartmann funktioniert nicht, aber bei vielen anderen Ministern ist das offensichtlich zu erkennen.

(Beifall bei der FDP)

Ich fasse in der letzten Minute meiner Rede an diesem Pult zusammen: Herr Ministerpräsident, hätten Sie im Juli den Vorschlag der FDP-Fraktion ernst genommen, hätten Sie die vier Fraktionen dieses Hauses an einen Tisch zusammengezogen, wie es jetzt beispielsweise Ihr Kollege Beck in Rheinland-Pfalz und Ihr Kollege Wowerit in Berlin machen, dann hätten wir gemeinsam eine vernünftige Lösung zur Umstrukturierung der Verwaltung in Hessen erarbeiten können. So haben Sie das Risiko und auch die Gefahr, dass sämtliche Maßnahmen, die Sie hier vorgebracht haben, zerredet werden, weil sie intransparent sind. Sie sind den Mitarbeitern und diesem Hause, dem Hause des Landes Hessen, nicht erklärbar und den Menschen schon gar nicht.

Wenn Sie noch einen Scherz machen und eine neue Einrichtung – hören Sie bitte genau zu – Bodenmanagementbehörde nennen, so wird deutlich, dass Ihnen bei den Wortschöpfungen noch einiges einfallen muss.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich glaube, es ist eine Grundlage zur Diskussion, mehr aber auch nicht – leider mit dem Parlament nicht abgesprochen, ein Schnellschuss, der nach Weihnachten weiterhin in diesem Lande diskutiert werden wird. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP, der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Ich erteile Herrn Abg. Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die CDU sagt nichts! – Volker Hoff (CDU): Die ist sehr verschnupft!)

**Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Es erstaunt schon, dass sich Staatsminister Grüttner heute hierhin stellt, aus einer Presseerklärung vorliest und uns sagt, wie es demnächst mit der Struktur der Verwaltung im Lande Hessen aussieht, nachdem wir als Abgeordnete des Hessischen Landtags in verschiedenen Funktionen in der Vergangenheit über Anfragen, über Dringliche Anträge versucht haben, zumindest ein bisschen Licht ins Dunkel zu bekommen. Sie haben immer gesagt, das sei alles noch nicht so weit.

Heute stellen Sie sich hierhin und tun in der Öffentlichkeit so, als hätten Sie in dem Bereich den Stein der Weisen gefunden. Sie stellen sich hierhin und erzählen uns, dass das eine umfassende Verwaltungsreform in der Geschichte Hessens sei. Nach dem, was ich gehört habe, wie vorhin die Pressekonferenz abgelaufen ist, kann ich nur feststellen, dass es sozusagen das größtmögliche Chaos war, was Sie heute hier verbreitet haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Von Verwaltungsreform kann nach meiner Ansicht nicht die Rede sein. Ich gehe davon aus, dass es keinen in diesem Hause gibt, der nicht über Verwaltungsreform, Staatsmodernisierung und diese Dinge mit Ihnen diskutieren würde – in einem konstruktiven Diskurs. Wir brauchen uns nicht hierhin zu stellen und in Anbetracht der Finanzlage eine Debatte zu führen. Es ist doch selbstverständlich und klar, dass wir als Abgeordnete im Hessischen Landtag und Sie als Regierung in die Debatte darüber eintreten müssen, wie demnächst die Verwaltung in Hessen funktionieren soll, welche Aufgaben wir als hessische Verwaltung noch erfüllen wollen, welches Personal wir dazu brauchen.

Aber um diese Debatte führen zu können, müssten Sie erst einmal eine Aufgabenkritik durchführen. Sie müssen erst einmal sagen: Diese Aufgaben wollen wir im Lande Hessen demnächst noch erfüllen, diese Aufgaben können anderweitig erfüllt werden, und andere Aufgaben verlagern wir eventuell auf Landkreise und Kommunen. – Aber dafür ist es doch notwendig, eine Aufgabenkritik durchzuführen. Sie zäumen das Pferd von hinten auf, ohne das zu tun, was wichtig ist.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Sie reden über die Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen. Es stellt sich die Frage: Wo war die Frage nach der Zukunftsfähigkeit des Landes Hessen in den letzten vier Jahren? Wie haben Sie in den letzten vier Jahren agiert? Wie haben Sie die Personalkostenquote im Lande Hessen nach oben getrieben? Wie haben Sie Finanzpolitik in den letzten vier Jahren hier im Lande Hessen gemacht? Jetzt fällt es Ihnen auf einmal vor die Füße.

Anstatt in einen offenen Diskurs mit den Betroffenen einzutreten, gehen Sie her und legen etwas vor, was mit hei-

ßer Nadel gestrickt ist, was ganz und gar nicht regional ausgewogen ist und was in vielen Punkten erst einmal hinterfragt werden muss, wie Sie z. B. überhaupt auf die Idee kommen, dieses Forstamt zu schließen und ein anderes offen zu lassen.

Bei den Regierungspräsidien genau das Gleiche. Ich hatte das Vergnügen, in der letzten Woche noch einmal das Umweltamt in Marburg zu besuchen, das nach Ihren Vorstellungen jetzt geschlossen werden soll. Jetzt wollen Sie auf einmal das Umweltamt schließen. Sie wollen es in das Regierungspräsidium Gießen eingliedern. Wetzlar bleibt dafür offen. Aber ich kann mich noch erinnern, dass Sie z. B. vor vier Jahren noch im Programm der CDU geschrieben haben, Sie wollten eigentlich die Regierungspräsidien ganz auflösen. Jetzt ist es das, was Sie uns als Konzept vorlegen.

(Michael Boddenberg (CDU): Wollen Sie Regierungspräsidien auflösen? – Gegenruf des Abg. Günter Rudolph (SPD): Aber Sie!)

Das ist jetzt die Debatte um die Einbindung der Betroffenen. Herr Kollege Grüttner, dazu muss ich sagen, Sie sollten sich vielleicht einmal an Ihren eigenen Aussagen messen lassen. Ich kann mich daran erinnern, wir hatten hier eine Debatte über die Schließung von Militärstandorten geführt, zugegebenermaßen eine schwierige Diskussion. Aber in einer Zeit, in der sich auch die Aufgaben der Bundeswehr verändern, haben wir eine treffliche Diskussion geführt. Sie hatten sich als zuständiger Staatsminister hier hingestellt und darüber beschwert, dass die Bundesregierung diese ganzen Maßnahmen beschlossen hat, ohne nur einmal mit den betroffenen Kommunen den Diskurs zu suchen. Was machen Sie hier?

(Michael Boddenberg (CDU): Da hat er doch Recht gehabt! – Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist etwas anderes!)

Sie schließen über das gesamte Land Hessen Standorte. Sie organisieren um. Sie haben eben nicht die Debatte mit den Betroffenen vor Ort geführt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Es ist für den einen oder anderen überhaupt nicht nachvollziehbar, wie Sie zu diesen Entscheidungen gekommen sind. Zu Nordhessen haben Sie uns gerade verkündet, dass durch die Einrichtung des Nationalparks und durch das Kompetenzzentrum für Biorohstoffe in Kassel sozusagen der Standort Nordhessen gestärkt würde.

Wir haben neulich eine Debatte darüber geführt. Es gab Anfragen, was das Kompetenzzentrum für Biorohstoffe angeht. Da konnte uns keiner Auskunft geben, wie das überhaupt demnächst aussehen soll, welches Personal dort beschäftigt werden soll und wie die Aufgabenstruktur sein soll. Jetzt verkaufen Sie das auf einmal als Kompensation dafür, dass in Nordhessen andere Standorte dicht gemacht werden. Das Gleiche beim Nationalpark-Forstamt in Bad Wildungen. Das ist schon einigermaßen witzig und zeigt, wie Sie denken.

(Michael Boddenberg (CDU): Wie denn?)

In Bad Wildungen machen Sie den Forstamtstandort dicht. Gleichzeitig machen Sie ein neues Forstamt Nationalparkverwaltung in Bad Wildungen wieder auf. Sie machen das eine dicht – die ziehen demnächst nach Vöhl, und die Aufgaben werden in Vöhl erfüllt –, Sie machen ein neues Forstamt auf und verlagern Aufgaben von Edertal

nach Bad Wildungen, um dort die Nationalparkverwaltung einzurichten. Das kann man wirklich nicht als geordnet bezeichnen. Man muss dazu sagen: In dieser Regierung herrscht Chaos. Sie sind nicht in der Lage, ein vernünftiges und abgeglichenes Konzept vorzulegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Widerspruch des Abg. Dr. Walter Arnold (CDU))

Zu den Amtsgerichten haben Sie gesagt, die Betroffenen seien eingebunden worden oder hätten vor Ihrer Pressekonferenz Bescheid bekommen. Wir haben einmal herumgefragt, wie das gewesen ist. Die Betroffenen, bei denen Amtsgerichte verlagert werden, sind heute um 13.10 Uhr, nachdem Ihre Pressekonferenz vorbei war, über E-Mail unterrichtet worden. Die Presse hatte schon angefragt, bevor die überhaupt wussten, dass sie zugemacht werden. Das ist ein Umgang mit Personal, das ist ein Umgang mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern,

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

der sich wirklich nicht gehört. Das passt alles ins Bild, das wir nachher diskutieren, wenn es um Ihr Zukunftssicherungsgesetz geht, wenn es darum geht, wie Sie Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Personalentwicklungsbörsen geben. Das ist der Umgang, den Sie mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Lande Hessen pflegen. Es geht nicht darum, wirklich etwas gemeinsam zu erreichen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in den Diskurs mitzunehmen, mit Gewerkschaften und Personalräten über diese Fragen zu diskutieren. Sie verordnen das von oben herab, ohne nur einen der Verantwortlichen vor Ort oder das Personal in diese Entscheidungsprozesse einzubinden. Das ist wirklich Personalpolitik nach Gutsherrenart, die Sie hier betreiben. Ich kann gut verstehen, dass die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter angernert sind.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Jetzt noch etwas zur Bürgernähe. Sie haben uns erklärt, Sie würden Personal verlagern, den einen oder anderen Standort schließen. Das alles geschehe, ohne dass der Bürger das eigentlich merke. Sie würden weiterhin bürgernah präsent sein. Die Bürgerinnen und Bürger seien so mobil, dass sie sich erlauben könnten, eine Dienstleistung wahrzunehmen, die ein bisschen weiter entfernt angeboten wird.

Ich lese Ihnen vor, was der Präsident des Regierungspräsidiums Kassel in der „Frankfurter Rundschau“ vom 11.11.2003 gesagt hat:

Da sei mit Qualitätsabstrichen zu rechnen, hat der Regierungspräsident Klein nach Bekanntwerden der Pläne erklärt. Genehmigungsverfahren, Wartezeiten für Bescheide würden sich verlängern.

Meine Damen und Herren, das ist die Bürgernähe, das ist die Effizienz in der Verwaltung, die Sie demnächst haben werden. Wenn Ihnen das schon der Regierungspräsident in Kassel bescheinigt, und zwar im Vorgriff, ohne dass er Ihr Papier gekannt hat, ist doch auch klar, wie das demnächst aussehen wird. Sie werden die Aufgaben nicht weiter in der Form anbieten können, wie Sie das bisher machen. Es wird Abstriche in der Qualität geben. Herr Klein hat es Ihnen ins Stammbuch geschrieben.

Meine Damen und Herren, ich finde, es wäre richtig gewesen, wenn Sie bei den Themen Verwaltungsreform und

Umstrukturierung die zuständigen Ausschüsse und Abgeordneten im Hause in die Debatte eingebunden hätten. Sie haben einen anderen Weg gewählt. Sie haben sich im stillen Kämmerlein etwas zurechtgebastelt, was Ihnen demnächst, so meine ich, an dem einen oder anderen Punkt auf die Füße fallen wird. Sie haben damit keinen großen Wurf gelandet. Von Verwaltungsreform kann hier nicht die Rede sein. Verwaltungsreform würde beinhalten, dass Sie Aufgabenkritik machen. Das habe ich Ihnen gerade schon gesagt. Das haben Sie nicht gemacht. Wenn Sie wirklich mit belastbarem Datenmaterial gearbeitet hätten und vorher eruiert hätten, wie Sie die Struktur neu schneiden, dann hätten Sie in den Ausschüssen die Dringlichen Berichtsanhträge der FDP beantworten können. Dann hätte Ihnen das Datenmaterial nämlich vorgelegen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der FDP)

Sie konnten nämlich in allen Ausschüssen über viele Dinge überhaupt keine Aussagen treffen, z. B. über die Größe von Büroräumen und darüber, welches Personal dort arbeitet. Von daher kann man nur sagen: Das, was Sie hier vorlegen, ist keine Verwaltungsstrukturreform, das ist Chaos pur. Das wird Ihnen auf die Füße fallen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der SPD und des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Hoff für die Fraktion der CDU.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Oh, der Volker ist verschnupft! – Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): PR-Mann an die Front!)

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der Tat, Herr Kollege Hahn, ich bin verschnupft, nach Ihrer Rede noch etwas nachhaltiger als vor Ihrer Rede. Das möchte ich gleich noch im Einzelnen begründen.

(Zurufe von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Oh! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Hat der Kollege mal wieder nicht genug gekuschelt!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wenn das parlamentarische Wechselspiel zwischen Regierung und Opposition an dieser Stelle in Kraft ist, dann kann ich als Mitglied der die Landesregierung tragenden Mehrheitsfraktion feststellen, dass wir mit dem Entwurf, den Staatsminister Grüttner hier vorgetragen hat, offensichtlich auf einem guten Weg sind.

(Beifall des Abg. Frank Gotthardt (CDU) – Lachen bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Denn die Opposition – das gilt leider für alle drei Fraktionen, Herr Kollege Hahn –

(Zuruf des Abg. Manfred Schaub (SPD))

hat keine Flachheit und keine Plattitüde ausgelassen, um dieses Vorhaben zu klassifizieren.

(Zurufe der Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) und Petra Fuhrmann (SPD))

Leider sind Sie aber an der Oberfläche geblieben und haben an keiner einzigen Stelle auch nur eine Alternative aufgezeigt.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Beifall bei der CDU-Fraktion! – Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Warum ist von euch keiner da?)

Sie haben sich darin ergangen, alle möglichen Fragen in den Mittelpunkt zu stellen. Es wurde die Anstandsfrage gestellt: Ist es anständig, was hier gemacht wird? – Es wurde die Datumsfrage gestellt: Ist es der richtige Zeitpunkt, zu dem so etwas vorgestellt wird? – Herr Kollege Hahn hat die Transparenzfrage gestellt: Ist es transparent, was hier gemacht wird?

(Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

Herr Kollege Hahn, ich muss Ihnen leider sagen: Wenn die Oppositionsfractionen einem solchen Vorhaben mit geschlossenen Augen gegenüberstehen, ist Transparenz leider nicht herzustellen.

(Beifall bei der CDU – Lachen und Zuruf des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP): Der war gut! Spruch der Woche!)

– Herr Kollege Hahn, mit dem Spruch der Woche sind Sie in dieser Woche im „Focus“ abgedruckt. Dem will ich mich nicht anschließen.

Sie haben also nur Randfragen in den Mittelpunkt Ihrer Betrachtung gestellt, sind aber an keiner Stelle auf die inhaltlichen Fragen eingegangen. Meine Damen und Herren, deshalb möchte ich wiederholen, was Staatsminister Grüttner hier vorgetragen hat.

(Zuruf der Abg. Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Diese Verwaltungsreform dient insbesondere vier Zielen: Erstens sollen Steuermittel kostenbewusst eingesetzt werden, zweitens Dienstleistungen für die Bürger schneller und besser erbracht werden, drittens Präsenz in der Fläche gewährleistet werden und viertens moderne Kommunikationstechnik effizient genutzt werden. – Das sind vier Grundsätze, die sozusagen als roter Faden für diese Verwaltungsreform maßgebend sind. Diese vier Grundsätze sind mit dem vorgelegten Papier der Landesregierung vollumfänglich erfüllt.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, zu der Frage – das war auch noch eine „Anstandsfrage“ –, wie man an der Stelle miteinander umgeht, möchte ich hier ausdrücklich feststellen, dass insbesondere die kommunalen Gebietskörperschaften im Vorfeld über diese Maßnahmen informiert worden sind, sodass dieses Schreckenszenario, das Sie an dieser Stelle an die Wand zu malen, nicht stimmt. Also ist die Landesregierung auch an dieser Stelle selbstverständlich der notwendigen Informationspflicht nachgekommen.

(Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Im Ergebnis müssen Sie sich dann schon die Frage stellen lassen: Was wollen Sie eigentlich? Sie haben hier den oppositionellen Klamauk geübt.

(Lebhafte Zurufe von der SPD – Zuruf der Abg. Nicola Beer (FDP))

Sie haben es als Chaos klassifiziert. Sie haben gesagt, es sei unanständig, was gemacht wird, es sei der falsche Zeitpunkt, es werde uns auf die Füße fallen. Das alles haben Sie gesagt. Der Kollege Bökel – das habe ich mehrfach gehört – hat immer laut dazwischengerufen.

Ich möchte die Kollegen von SPD und GRÜNEN daran erinnern, dass zu ihrer Regierungszeit der damalige zuständige Minister Bökel z. B. eine Forstreform durchgeführt hat. Damals ist mit überhaupt niemandem gesprochen worden.

(Widerspruch bei der SPD)

Das ist Ihnen auch vor die Füße gefallen. Von daher: Tun Sie doch nicht so, als seien Sie jungfräulich und gestern erst geboren worden.

(Beifall bei der CDU – Norbert Schmitt (SPD): Wir haben gesprochen!)

Sie sind doch diejenigen, die das schlechteste Beispiel an dieser Stelle geliefert haben, das man hier liefern kann.

Meine Damen und Herren, dann wird von Ihnen immer die Frage der Aufgabenkritik in den Mittelpunkt gestellt. Sie tun so, als seien die Fragen, die zur Debatte stehen, völlig neu. Ich will Ihnen – ich finde, das passt an der Stelle ganz gut – aus der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ des Jahres 1997 den damaligen Chef der Staatskanzlei Suchan zitieren.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): ZDF!)

– Heute ist er beim ZDF, aber damals hat er in diesem Land Verantwortung getragen. Er hat damals gesagt:

Um die Personalkosten annähernd konstant zu halten, müssten auch Beförderungssperren und Kürzungen des Weihnachtsgeldes in Erwägung gezogen werden, sagte der Leiter der Hessischen Staatskanzlei am Freitag auf einer Podiumsdiskussion in Kiedrich.

Jetzt kommt es:

Bis zur Jahrtausendwende müssen 20.000 bis 30.000 Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst Hessens abgebaut werden.

Dann kommt – das passt wunderbar zu dem Thema, das heute zur Debatte steht –:

Einer radikalen Aufgabenkritik müssten sich unter anderem die Eich- und Katasterämter, die Agrar- und Forstverwaltung sowie die Landesämter für Denkmalpflege unterziehen. Nachdrücklich setzte sich Suchan dafür ein, dass die Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes leistungsbezogen zu bezahlen seien, auch wenn dies durch unflexible Strukturen in der Verwaltung erschwert würde. Überdies müssten Beamte heute häufiger als bisher bereit sein, ihren Arbeitsort zu wechseln. „Wer nicht in bestimmten Grenzen mobil ist, verdient keine Beförderung.“

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Ihr damaliger Vorturner, Herr Suchan, Leiter der Staatskanzlei in Wiesbaden, hat damals das benannt, was jetzt endlich Schritt für Schritt – die letzten vier Jahre gemeinsam mit der FDP, jetzt machen wir es leider alleine – umgesetzt wird. Diejenigen, die damals Herrn Suchan zugeklatscht haben, stellen sich heute hierhin und machen alle verrückt, sie

wollen die Bürger verrückt machen, sie wollen die Beschäftigten verrückt machen. Mit dieser Chaosmasche werden sie am Ende aber keinen Sachbeitrag leisten. Das müssen sie sich an dieser Stelle sagen lassen.

(Beifall bei der CDU)

Meine Damen und Herren, dann kommt Herr Bender daher mit dem Paradebeispiel SAP. Ihnen ist mittlerweile nichts zu flach. Ich weiß, dass große Teile der SPD SAP gerne durch einen Rechenschieber ersetzen würden. In dieser Form können Sie aber keine moderne Verwaltung führen. Deswegen werden wir auf Ihren gut gemeinten Rat an dieser Stelle nicht hereinfallen, sondern wir werden selbstverständlich auch das Thema E-Government und die Umwertung von SAP in der Landesverwaltung zur Steigerung der Effizienz umsetzen, weil es notwendig ist, weil es dem Bürger dient und weil es der öffentlichen Verwaltung dient, die schlanker und kostengünstiger wird.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von der SPD)

Meine Damen und Herren, was bleibt am Ende? Die Opposition – leider muss ich sagen: inklusive der FDP – hat pflichtschuldig Anstandsfragen diskutiert. Sie haben gesagt, es sei der falsche Zeitpunkt. Sie haben darauf hingewiesen, dass die notwendige Transparenz fehle. Sie haben jedes flache Argument, das eine Opposition an dieser Stelle bringen kann, an dieser Stelle auch gebracht. Im Ergebnis haben Sie aber keine Alternative aufgezeigt. Das ist sehr bedauerlich. Wir begrüßen, dass die Landesregierung diesen mutigen Schritt der Verwaltungsreform unternommen hat. Wir werden alles dafür tun, diese Verwaltungsreform zu einem Erfolg werden zu lassen. – Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Das Wort hat Herr Abg. Kahl für die SPD-Fraktion. – Herr Kahl, Sie haben 6 Minuten und 20 Sekunden Redezeit.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir diskutieren jetzt nicht das mit Vöhl!)

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Vor der Landtagssitzung fand eine Pressekonferenz statt, auf der eine ganze Reihe Fragen der Journalisten schlichtweg nicht beantwortet werden konnten. Um es ganz klar und deutlich zu sagen: Es handelt sich also um ein Konzept, das der Minister selbst nicht erklären kann. – Die Fortsetzung davon findet dann hier im Parlament statt. Einige haben schon darauf hingewiesen: Hier wurde die Pressekonferenz mit dem gleichen Ergebnis wiederholt. Es konnte nichts Inhaltliches zu diesem Konzept gesagt werden. Das ist leider die Realität.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Gegen eine Neustrukturierung der Verwaltung ist gar nichts einzuwenden. Aber Herr Kollege Bender hat doch klar darauf hingewiesen: Bevor ich eine Neustrukturierung der Verwaltung vornehme, muss ich ein klares inhaltliches Konzept haben. – Meine Damen und Herren, nur ist es so, dass Sie dieses inhaltliche Konzept nicht ha-

ben. Sie können es nicht vorlegen. Es ist deutlich geworden: Niemand versteht die Sinnhaftigkeit dieses Konzeptes. – Meine Damen und Herren von der CDU, wir erleben hier aber doch Folgendes: Von Ihnen wird es begrüßt, und zwar unabhängig davon, was für ein Konzept es ist.

(Beifall bei der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Der Minister kann noch nicht einmal ganz einfache Fragen beantworten. Herr Grüttner, sagen Sie doch einmal, wie viele Standorte von Landesdienststellen im Lande Hessen geschlossen werden. Das ist eine ganz einfache und simple Frage. Aber noch nicht einmal diese Frage kann der Staatsminister beantworten.

(Beifall bei der SPD)

Mit diesem Konzept und mithilfe des Zukunftssicherungsgesetzes wollen Sie insgesamt rund 9.000 Stellen in der Landesverwaltung abbauen. Schauen wir uns dieses Standortkonzept doch einmal an. Man erhält dann den Eindruck, es solle Personal abgebaut werden. Man sollte sich dann aber auch einmal den Saldo angucken. Man kann sich das schnell ausrechnen. Man stellt dann fest, dass es aufgrund dieses Konzepts 70 Stellen mehr als jetzt geben wird. Was ist denn das für ein Konzept? Aber die Zahlen stimmen auch ganz einfach nicht. Hierbei wird schlicht unter den Tisch fallen gelassen, dass die Stellen von 600 Waldarbeitern gestrichen werden sollen. Das ist in diesem Konzept nicht mitgezählt worden. Das Konzept, das hier vorgelegt wurde, stimmt an allen Ecken und Enden nicht.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ich komme jetzt zu dem „großen“ Stichwort Effizienzgewinn. Herr Minister, legen Sie doch diesem Parlament bitte vor, welcher Effizienzgewinn sich erzielen lässt. Zum Schluss kann man den Effizienzgewinn auch in Euro und Cent ausrechnen. Meine Damen und Herren, legen Sie das doch einmal vor. Oder soll es, wie es auch bei SAP der Fall war, nach der Devise gehen: „Wir wollen es einführen, unabhängig davon, wie teuer es ist, wir wissen noch nicht, welchen Effizienzgewinn wir damit erzielen werden“? – Ganz genauso ist es auch bei diesem Konzept. Sie sagen sich: Wir tun einmal etwas; was es effektiv erbringt, wissen wir aber nicht. – Das ist die Realität.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich komme jetzt zum Stichwort Bürgernähe. Das ist natürlich auch so eine Mogelpackung. Dazu kann man in Ihrer Pressemitteilung Folgendes lesen:

Die Standortdichte kann in heutiger Zeit ohne Einbußen an Serviceorientierung verringert werden.

Jetzt kommt der entscheidende Satz:

Die Mobilität der Bürgerinnen und Bürger ist allgemein gestiegen.

Das ist die Begründung für mangelnde Bürgernähe. Diese Begründung ist aberwitzig.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Wir können auch festhalten: Schon letzte Woche sollte dieses Konzept vorgelegt werden. – Gestern gab es die große Sitzung mit allen Ministerinnen und Ministern. Um was ging es bei diesem Konzept noch einmal? Da wurde das über die Ressorts hinweg so lang verhandelt, bis jeder Minister und jede Ministerin dieses Projekt vor Ort auch



vernünftig vertreten kann. Bei dem, was gestern noch abgestimmt wurde, ging es um die eigenen Interessen der Ministerinnen und Minister. Auch das ist die Realität.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Wo waren Sie denn? – Weitere Zurufe von der CDU)

– Das ist wunderbar. Darüber können wir gerne diskutieren. Sie sind doch nicht bereit, über dieses Konzept in den Fachausschüssen zu diskutieren. Sie verweigern die Antworten.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Das Konzept ist keines. Denn dahinter steht kein inhaltliches Konzept. Es handelt sich um reines Nebelwerfen. Während dieser Debatte und aus der Erklärung des Ministers hat sich für meine Fraktion herausgestellt: Zu dem Chaos, das bei diesem Konzept herrscht, kommt noch die Hilflosigkeit dazu.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Vielen Dank. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir haben einen Dringlichen Antrag vorliegen. Wenn ich ihn mir so durchlese, habe ich den Eindruck, er ist erledigt. Dann beschließen wir, dass nach § 27 Abs. 3 Satz 2 der Geschäftsordnung des Hessischen Landtags dieser Antrag für erledigt erklärt wird. Dem wird nicht widersprochen? – Damit ist das so beschlossen.

Meine Damen und Herren, ich rufe **Tagesordnungspunkt 1 a** auf:

**Fragestunde – Drucks. 16/1502 –**

Ich beginne in der Fragestunde mit **Frage 115**. Herr Abg. Otto, Sie haben das Wort.

**Reinhard Otto (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Vorteile für die hessischen Landwirtschaftsbetriebe ergeben sich nach ihrer Ansicht aus dem „Betriebsmodell“ zur Umsetzung der Reform der EU-Agrarpolitik gegenüber der vom Bund präferierten einheitlichen Flächenprämie?*

Diese Frage richtet sich an den Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege, das sehen wir. Vielen Dank.

(Heiterkeit der Abg. Sarah Sorge und Mathias Wagner (Taurus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Das Wort hat der Herr Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz. Herr Minister, bitte schön.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Otto, nach Einschätzung der Landesregierung können mit dem Betriebsmodell einschneidende finan-

zielle Umverteilungen zwischen Betriebsformen, Betriebsgrößen und Regionen vermieden werden. Das ist eine wichtige Voraussetzung, um den aktiven landwirtschaftlichen Betrieben klare, an Wettbewerbs- und Leistungsprinzipien orientierte, langfristig kalkulierbare Signale zu geben. Die vom Bund präferierte einheitliche Flächenprämie würde unverantwortbare Härten für die betroffenen hessischen Betriebe bringen und zu erheblichen Marktverwerfungen führen. Die geplante stufenweise Einführung birgt zudem die Gefahr, dass das gesamte Beihilfesystem noch komplizierter wird.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Häusling stellt eine Zusatzfrage.

**Martin Häusling (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, warum stand Hessen zusammen mit Bayern mit seiner Meinung zum Betriebsmodell ganz alleine da? Ist es nicht so, dass die Grünlandregion von diesem Kombimodell, das jetzt vorgeschlagen wurde, und der einheitlichen Flächenprämie im Endeffekt profitieren würde?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Häusling, Hessen war mit seiner Meinung nicht allein. Vielmehr haben wir zusammen mit Bayern und Sachsen gegen das Modell der Bundesregierung gestimmt. Zugegebenermaßen befanden wir uns in der Minderheit. Wir standen aber nicht allein.

Ich komme zu der zweiten Frage. Das betrifft die Grünlandregion insgesamt. Ich bin fest davon überzeugt, dass das Betriebsmodell Vorteile für die Grünlandregion und vor allen Dingen für die dort wirtschaftenden Milchviehbetriebe bringt. Ich weiß, dass Sie in Diskussionen immer wieder versuchen, einen Vorteil der Grünlandprämie vorzurechnen. Ich sage Ihnen: Das ist nicht der Fall. Denn mit der Flächenprämie würden auch Prämien für Bereiche, wie z. B. den Gemüseanbau in Südhessen, gezahlt, für die bisher keine Flächenprämien bezahlt wurden. Damit würden die Prämien für die Grünlandregion aber geringer werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Herren, ich möchte den Herrn Minister wenigstens sehen, wenn er zum Parlament redet. Darf ich Sie bitten, etwas zur Seite zu gehen? – Ich möchte nur Sichtkontakt haben. Mit dem Rest bin ich zufrieden.

Herr Kollege Grumbach, Sie haben das Wort.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Herr Minister, ich stelle eine schlichte Anschlussfrage. Nach den Berechnungen, die es dazu gibt, würde das für den einen oder anderen Betrieb möglicherweise zwar Stabilität hinsichtlich der Prämie bedeuten. Aber für alle Betriebe zusammen bedeutet es eine Minderung. Denn es

wird dann weniger Geld nach Hessen fließen. Stimmen Sie dem zu, oder würden Sie dem widersprechen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel, Sie haben das Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Grumbach, nein, dem stimme ich nicht zu. Wir haben uns während der Ausschusssitzung über dieses Thema unterhalten. Insgesamt befinden wir uns dabei in einer Größenordnung von etwa 240 Millionen €. Wenn wir das Betriebsmodell wählen würden, wären es 9 Millionen € weniger. Das ist zugegebenermaßen richtig. Aber bei dem anderen Modell würden Gelder in Bereiche fließen, in denen jetzt keine Prämien gezahlt werden. Meiner Meinung nach würde das zu einer Benachteiligung gerade der benachteiligten Betriebe und der Grünlandregion führen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Kollege Otto, Sie haben das Wort.

**Reinhard Otto (CDU):**

Herr Minister, was schätzen Sie, innerhalb welchen Zeitraums die endgültigen Entscheidungen darüber getroffen werden, welches Modell in Deutschland eingeführt werden wird?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Otto, die Bundesregierung hat bei der letzten Agrarministerkonferenz, die Ende November 2003 stattgefunden hat, bekannt gegeben, dass sie einen Gesetzentwurf vorbereitet, der Anfang des kommenden Jahres eingebracht werden soll. Über diesen werden wir dann diskutieren. Ich gehe davon aus, dass wir im ersten oder zweiten Quartal des kommenden Jahres Gewissheit darüber haben werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Es gibt dazu keine weiteren Nachfragen.

Wir kommen zu **Frage 116** des Herrn Kollegen Lenz aus Hanau von der CDU-Fraktion.

**Aloys Lenz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welche Bilanz zieht sie im Hinblick auf den Kongress zur Zukunft Europas am 6. November 2003 in der Paulskirche?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund, bitte schön.

**Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Abg. Lenz, der Paulskirchenkongress war als Beitrag der Landesregierung zur Vertiefung und zugleich Verbreiterung der öffentlichen Diskussion zum europäischen Verfassungsvertrag gedacht. Dieses Ziel ist aus unserer Sicht erreicht worden. Seine Bedeutung ging weit über Frankfurt und Hessen hinaus.

Ich darf daran erinnern, dass an der eintägigen Veranstaltung 20 hochkarätige Referenten aus zehn Ländern teilgenommen haben, und will beispielhaft Präsident Giscard d'Estaing, den litauischen Präsidenten Paksas, den Premierminister Jean-Claude Juncker, Kommissar Verheugen, den Präsidenten des Europäischen Parlaments Pat Cox, den italienischen Europaminister Rocco Buttiglione, Bundesaußenminister Fischer, Karl Kardinal Lehmann und den Präsidenten des Bundesverfassungsgerichts Papier erwähnen.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wahnsinn!)

Diskussionsthemen waren unter anderem die Möglichkeiten und Grenzen einer europäischen Außenpolitik, die Entwicklung einer gemeinsamen kulturellen Identität, die Entwicklung einer gemeinsamen Verfassungsordnung und Herausforderungen im gegenwärtigen Ratifikationsprozess.

Aus Sicht der Landesregierung ist das gegenseitige Verständnis für unterschiedliche Standpunkte gewachsen. Darüber hinaus wurde ein sehr grundsätzlicher und länderübergreifender Konsens sichtbar. Der Verfassungsvertrag, wie er leider bei der Regierungskonferenz am vergangenen Wochenende nicht zustande gekommen ist, wurde übereinstimmend als Basis für die europäische Einigung akzeptiert und gilt – aus meiner Sicht weiter – als beste aller möglichen Lösungen.

Mit dem Paulskirchenkongress ist die Landesregierung aus meiner Sicht erfolgreich ihrer europapolitischen Verantwortung nachgekommen. Die Bürgerinnen und Bürger wurden über den neuen Verfassungsvertrag objektiv informiert. Ich darf daran erinnern, dass die Paulskirche bei ausnahmslos allen Veranstaltungsteilen mit rund 1.000 Frauen und Männern voll besetzt gewesen ist. 50 Vertreter von Presse, Funk und Fernsehen haben teilgenommen.

Aus meiner Sicht war es eine deutschlandweit einzigartige Veranstaltung an dem besonders symbolträchtigen Ort der Paulskirche. Das Echo aus dem Kreis sowohl der Referenten wie der Teilnehmerinnen und Teilnehmer war positiv. Die Landesregierung hat diese Gelegenheit darüber hinaus genutzt, um für ihre Position im Verfassungsprozess öffentlich zu werben. Die Bilanz insgesamt lautet, der Paulskirchenkongress war aus meiner Sicht ein überwältigender Erfolg.

(Beifall der Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) und Dr. Peter Lennert (CDU))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Lenz.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Was, er ist noch nicht zufrieden?)

**Aloys Lenz (CDU):**

Fühlt sich der Europaminister durch diesen Erfolg ermuntert, auch im kommenden Jahr – dann finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt – eine Veranstaltung von ähnlicher Bedeutung zu wichtigen europäischen Themen durchzuführen?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Kandidiert er da?)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Riebel.

**Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Ich muss mich ausdrücklich für die Frage bedanken.

(Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich will aber nicht verhehlen, dass eine Veranstaltung dieses Zuschnitts mit der Karätigkeit dieser Teilnehmerinnen und Teilnehmer als Referenten in einem Zeitraum von einem halben oder einem Dreivierteljahr nicht wiederholbar ist. Selbstverständlich wird die Landesregierung geeignete Veranstaltungen im Rahmen der Europawahl, aber zugleich auch im Rahmen der weiteren Diskussion zum Verfassungsvertrag durchführen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hoffmann.

**Christel Hoffmann (SPD):**

Herr Minister, Sie haben vorhin ausgeführt – ich zitiere sinngemäß –, dass das Verständnis der Landesregierung für gegenseitige Standpunkte auf diesem Kongress zur Zukunft Europas gewachsen sei. Meine Frage, die sich daran anschließt, ist: Welche Standpunkte sind denn das, und welche Schlussfolgerungen ziehen Sie jetzt aus dem vertieften Verständnis?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Europaminister.

**Jochen Riebel, Minister für Bundes- und Europaangelegenheiten und Bevollmächtigter des Landes Hessen beim Bund:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Abgeordnete, da kann ich Ihnen einen sehr signifikanten Standpunkt der Landesregierung erläutern und kann auch sagen, was sich unter meiner abstrakten Formulierung verborgen hat.

Die Landesregierung hat mit großem Nachdruck auf den zur Verfügung stehenden Ebenen darum gebeten oder gefordert, dass ein Gottesbezug in den europäischen Verfassungsvertrag aufgenommen werden soll, beispielsweise wie er sich im Grundgesetz findet: „In Verantwortung vor Gott und den Menschen“.

Es war bemerkenswert, dass der ehemalige französische Staatspräsident in seiner Rede darauf hingewiesen hat – ich kann nahezu wörtlich zitieren –, dass er sich für einen solchen Gottesbezug von Anfang des Verfassungskonvents an mit großem Nachdruck eingesetzt habe. Darüber hinaus gab es das Podium, an dem unter anderem Kardinal Lehmann teilgenommen hat und in dem auch über diese Frage diskutiert worden ist. Der Reflex zumindest mir gegenüber, aber auch anderen Mitgliedern der Landesregierung gegenüber war der, dass ich während des Kongresses und danach angesprochen wurde, dass ich schriftliche Zustimmung geerntet habe mit dem Hinweis, dass Interessierte ursprünglich mit der Forderung der Landesregierung zur Aufnahme eines Gottesbezuges in den Verfassungsvertrag wenig hätten anfangen können, dass aber dieser Teil der Veranstaltung sie überzeugt habe, dass sie umgedacht hätten und nunmehr mit uns dieser Meinung seien. – Das ist das Ausfüllen dessen, was ich abstrakt vorgetragen habe.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine Zusatzfrage.

Ich rufe die **Frage 117** auf. Herr Abg. Dr. Herr, CDU-Fraktion.

**Dr. Norbert Herr (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Worauf zielt das neue Netzwerk „Musik und Schule“ ab, welches der Hessische Rundfunk und das Kultusministerium ins Leben gerufen haben?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Dr. Herr, Ziel des mit diesem Schuljahr angelaufenen Projekts ist es, Jugendliche stärker für das kulturelle Leben und entsprechende Angebote auch außerhalb der Schule zu interessieren. Im Zusammenhang damit steht das Ziel, den Zugang insbesondere zu klassischer Musik durch Begegnung mit Musikern und Einführung in das Konzertangebot zu fördern.

Dank einer Kooperation zwischen dem Kultusministerium und dem Hessischen Rundfunk bekommen die Schulen nun nicht nur besondere Konditionen beim Kartenverkauf. Sie erhalten außerdem Material, mit dem die Konzerte im Unterricht vor- und nachbereitet werden können. Darüber hinaus bietet der Hessische Rundfunk ganzen Klassen den Besuch der Proben eines Sinfonieorchesterkonzerts an. Vorgesehen ist der Aufbau eines landesweiten Netzwerks von interessierten Musiklehrkräften. Die unter dem Titel „Musik und Schule“ zusammenarbeitenden Lehrkräfte sollen frühzeitig über das Programm informiert werden und Erfahrungen zu Konzert- und Begleitangeboten austauschen; perspektivisch sollen auch Aktionen mit Musikern an Schulen durchgeführt werden.

Ausgehend vom Rhein-Main-Gebiet sollen die Aktivitäten und Konzerte auch auf andere hessische Städte ausgedehnt werden.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hinz.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Frau Kultusministerin, finden Sie es nicht bedenklich, dass der geschätzte Kollege Dr. Herr als Mitglied der Regierungsfraktion bislang jedenfalls nicht über die Zielsetzung des politischen Handelns der Landesregierung informiert war?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Kultusministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Hinz, der Kollege Dr. Herr ist in musischen und musikalischen Dingen außerordentlich kundig und deswegen auch im Ausschuss für Wissenschaft und Kunst dafür zuständig.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Aber nicht im Lesen von Pressemitteilungen!)

Deswegen bündelt er diese Dinge, und ich bin sehr vergnügt, dass ich es auch Ihnen mitteilen kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Noch eine Frage zum Vergnügen? – Das ist nicht der Fall.

Dann rufe ich die **Frage 118** auf. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, CDU-Fraktion.

(Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die gleiche Güte!)

**Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Welchem Zweck dient das von ihr eingerichtete „Netzwerk gegen Gewalt“, und welche Maßnahmen sind geplant?*

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Wenn Sie es nicht wissen!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister des Inneren und für Sport.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Kollegin, dieses Netzwerk gegen Gewalt ist eine bislang bundesweit einmalige Einrichtung, die auf drei Erkenntnissen fußt:

Erstens. Im langfristigen Vergleich zwischen 1984 und 2002 ist der Bereich der Gewaltkriminalität von Kindern – da sprechen wir insbesondere von Elf-, Zwölf-, Dreizehnjährigen – und von Jugendlichen um das Vierfache gestiegen.

Zweitens. Wir haben festgestellt, dass sich gerade die Gewalt im Jugendbereich zu rund drei Vierteln im sozialen

Nahbereich abspielt. Einfacher ausgedrückt: Dort, wo die Tat geschieht, wohnt der Täter in aller Regel auch.

Drittens. Wir sind der Überzeugung, dass eine angemessene Prävention und Begleitung der Betroffenen nur möglich sind, wenn wir einen integrierten Ansatz wählen. Das kann die Polizei alleine nicht leisten, sondern hierzu brauchen wir die Justiz, aber vor allem die Kommunen. Nirgends kann besser überschaut werden, wo in einer Gemeinde etwas gut oder schlecht läuft. Dort brauchen wir die Jugendämter, dort brauchen wir die Schulen und die Staatlichen Schulämter.

In diesem Netzwerke gegen Gewalt sind alle diese Institutionen zusammengefasst. Es ist eine gemeinsame Initiative des Innenministeriums, des Kultusministeriums, des Justizministeriums und auch des Sozialministeriums. Diese Initiative ist nicht nur auf Landesebene, sondern auch regional verankert. Es hat auch bereits eine Reihe von Veranstaltungen stattgefunden. Denn nur wenn wir möglichst dicht vor Ort sind, haben wir die Chance, angemessen und differenziert zu begegnen. Gewalt hat vielfältige Ursachen, und deshalb gibt es nicht eine monokausale Aussage oder Antwort dazu.

Seit dem 1. Juli dieses Jahres gibt es eine gemeinsame Geschäftsstelle dafür im Landeskriminalamt. Es gibt dazu Angebote, Unterstützungsprojekte, und es gibt vor allem – das ist das Allerwichtigste – konkrete Ansprechpartner. An einem Beispiel will ich das belegen: Wir arbeiten daran, dass wir z. B. die Sportvereine als Partner bekommen, um Jugendlichen ganz konkret ein Beispiel geben zu können, wie man Aggressionen, wie man Aktivitäten in Bahnen jenseits von Gewalt lenken kann.

Das ist der tiefere Sinn und der Grundgedanke dieses Netzwerks gegen Gewalt. Es ist bisher in der Bundesrepublik einmalig. Wir arbeiten dynamisch daran, und wir werden begleitet vom kriminalwissenschaftlichen Institut des Landeskriminalamts, das uns ausdrücklich bescheinigt hat, dass wir hier auf dem richtigen Weg sind.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Dr. Jürgens.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister, Sie haben eben von Gewalt gesprochen, die von Kindern ausgeht. Es gibt aber auch Kinder, die Opfer von Gewalt sind. Wie vereinbart sich das, was Sie eben erzählt haben, mit der Tatsache, dass die Landesregierung bei den Projekten „Gewalt gegen Kinder“ so starke Streichungen vorgenommen hat, dass viele Beratungsstellen zumachen müssen und die Opfer von Gewalt dann alleine gelassen werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Kollege, ich hatte bereits im letzten Plenum darauf hingewiesen, dass diese Verknüpfung weder kriminalwissenschaftlich noch sonst wie irgendwie begründet ist. Ich sage hier ganz schlicht: Wir lassen die Kinder keineswegs alleine.

Ich will Ihnen nur ein Beispiel nennen. Auf Initiative von mir und der Mehrheitsfraktion ist in Hessen ein Gewaltschutzgesetz verabschiedet worden, das es so nirgends gibt. Die öffentliche Debatte, die sich im Wesentlichen immer um Mann und Frau gedreht hat, hat mich dabei nur sekundär interessiert. Denn das Entscheidende ist, dass die Kinder meistens Opfer sind. Die hessische Polizei ist die einzige, die in dieser Hinsicht alles von Amts wegen verfolgt. Sie hält darüber hinaus ein breites Hilfs- und Beratungsangebot vor. Ich verweise im Übrigen – im Rahmen der Fragestunde ist mehr nicht möglich – darauf, dass das Konzept der Landesregierung, das der „Operation sichere Zukunft“ zugrunde liegt, keineswegs die Beratung vor Ort ausschließt.

Im Übrigen kann ich Ihnen nur sagen, dass das, was wir gerade beim Schutz von Kindern gegen Gewalt vom Internet bis zu vielen anderen Bereichen machen, beispielhaft ist, wenngleich ich einräume, dass hier immer weiterer Handlungsbedarf besteht.

Wenn ich schon einmal die Chance habe: Die Wichtigsten, die wir dazu brauchen, sind verantwortliche Eltern. Es nützt wenig, allgemeine Debatten zu führen, wenn wir dann feststellen, dass das Internet von Kindern genutzt wird, um sich die größten Scheußlichkeiten anzusehen. Da sind allgemeine Debatten wenig hilfreich. Wir müssen an das Recht, aber auch an die Pflicht zur Erziehung von Kindern, und zwar ohne Gewalt, nicht nur appellieren, sondern wir müssen sie bei solchen Gelegenheiten einfordern.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und des Abg. Heinrich Heidel (FDP))

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hölldobler-Heumüller.

**Margaretha Hölldobler-Heumüller (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Minister Bouffier, ist es nicht frustrierend, dass sich Frau Zeimetz-Lorz offenbar so wenig für die Politik Ihrer Regierung interessiert, dass sie die eigenen Presseerklärungen nicht liest und von daher an dieser Stelle anscheinend völlig ahnungslos ist?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Bouffier.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Frau Kollegin, das ist die gleiche Frage, die Ihre Sitznachbarin gerade gestellt hat. Gehen Sie davon aus, dass die innenpolitische Sprecherin der CDU-Landtagsfraktion in alle wesentlichen Entscheidungen dieser Regierung, was die Innenpolitik anbetrifft, eingebunden ist. Aber die Tatsache, dass wir hier Gelegenheit haben, öffentlich darüber zu sprechen, gab Ihrem Kollegen Dr. Jürgens die Chance, noch näher informiert zu werden.

(Lachen bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

**Frage 119**, Herr Abg. Gerling, CDU-Fraktion.

**Alfons Gerling (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie ist der aktuelle Stand des Modellprojekts des Justizministeriums zur elektronischen Fußfessel?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Justiz, vertreten durch Herrn Staatssekretär Landau.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Herr Abg. Gerling, wir haben in Hessen als erstem und einzigem Bundesland die elektronische Fußfessel als Modellprojekt eingeführt. Wir haben zunächst eine Erprobungsphase im Landgerichtsbezirk Frankfurt am Main gehabt, haben dann Anfang des Jahres ausgedehnt auf den Landgerichtsbezirk Darmstadt und im April 2003 auf den Landgerichtsbezirk Wiesbaden.

Wir haben bislang bei 124 Personen nur acht Bewährungswiderrufe gehabt, und nur in zwei Fällen gab es eine Wiederinkraftsetzung von Haftbefehlen. Deshalb ist dieses Modellprojekt erfolgreich, nicht nur in Bezug auf die Sicherheit der Bevölkerung, sondern auch, was die Resozialisierung der Bewährungsprobanden und die Einsparung von Haftkosten anbelangt. Wir beabsichtigen deshalb, schrittweise, nach Landgerichtsbezirken gestaffelt, dieses Modellprojekt des Landes weiter auszudehnen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Dr. Jürgens.

**Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Landau, teilen Sie meine Auffassung, dass der Informationsgehalt dessen, was Sie eben gesagt haben, haarklein mit dem übereinstimmt, was Sie bereits im Rechtsausschuss ausgeführt haben, wo der Kollege Gerling anwesend war?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Landau.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Ich kann mich nicht daran erinnern, wer im Einzelnen anwesend war. Aber die Tatsache, dass dieses Modellprojekt eine Erfolgsgeschichte ist, rentiert, das immer wieder darzustellen.

(Beifall bei der CDU)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage vom Fragesteller, Herr Kollege Gerling.

**Alfons Gerling (CDU):**

Herr Staatssekretär Landau, können Sie der Öffentlichkeit etwas zu den Kosten für diese elektronische Überwachung sagen, was das pro Tag und Person im Vergleich zu einem Haftplatz kostet?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Wir haben bei einer Anschlussquote von 15 Probanden – das ist allerdings Voraussetzung – eine tägliche Kostenquote von 48,36 € im Vergleich zu 85 € Haftkosten. Bei der Haft entsteht also fast das Doppelte an Kosten gegenüber unserem Modellprojekt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Keine weitere Frage dazu.

Ich rufe **Frage 120** auf. Herr Kollege Dr. Lennert, CDU-Fraktion.

**Dr. Peter Lennert (CDU):**

*Wie beurteilt die Hessische Landesregierung die Absicht von Bundeskanzler Schröder, die in Maastricht vereinbarten Stabilitätskriterien zu entschärfen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Minister der Finanzen.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, ausgesprochen negativ. Der europäische Stabilitätspakt ist auf Betreiben der Bundesrepublik Deutschland im Hinblick darauf, dass man mangelndes Vertrauen gegenüber Partnern in der Europäischen Union hatte, geschlossen worden. Er sollte zu Wachstum und Stabilität in der Europäischen Gemeinschaft beitragen, und zwar bei Rahmenbedingungen, die gemeinschaftlich vertraglich sehr eindeutig festgelegt worden sind.

Es gehört zu den historischen Besonderheiten, dass diejenigen, die vor wenigen Jahren in besonderer Weise darauf gedrängt haben, dass solche Kriterien eingeführt werden, nunmehr zusammen mit Frankreich die Ersten sind, die diesen Stabilitätspakt nachhaltig verletzen. Dies ist sicherlich die eine Seite.

Die zweite Seite ist, dass zu verzeichnen ist, dass offensichtlich ein Unrechtsbewusstsein im Hinblick auf den Umgang mit dem Vertrag fehlt und damit gegenüber den internationalen Partnern in Währungsfragen, aber auch in Wirtschaftsfragen ein Signal gegeben wird, dass dieser europäische Stabilitätspakt nicht dauerhaft mit Leben erfüllt wird unter dem Gesichtspunkt, dass er eingehalten wird, sondern dass er eigentlich nur ein Stück Papier ist, das insbesondere von den Großen in der Europäischen Union verletzt werden kann.

Ich glaube, dass das ein ausgesprochen negatives Signal ist, nicht nur für Deutschland, sondern für die gesamte Europäische Union. Es ist dringend anzumahnen, dass der Weg zur Einhaltung des Stabilitätspakts, zur Einhaltung der Maastricht-Kriterien auch in der Bundesrepublik Deutschland wieder mit Nachdruck angestrebt wird und kurzfristig die Einhaltung des Vertrags erreicht wird – unabhängig davon, dass schon erheblicher Schaden durch das Verhalten der Bundesrepublik Deutschland entstanden ist.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Abg. Schmitt von der SPD-Fraktion.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Ich möchte die Landesregierung fragen, da es sich um einen Stabilitätspakt handelt, wie sich denn die Inflationsrate in den letzten Jahren entwickelt hat. Vielleicht kann der Minister auch etwas zur Entwicklung der Währungsparität zwischen Dollar und Euro und Euro und Yen sagen. Das ist ein wichtiges Kriterium bei einem Stabilitätspakt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister.

**Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, das ist die klassische Weise, wie man versucht, über die Hintertür gewisse Kriterien, die man sich selbst gegeben hat, auszuhebeln.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

Tatsache ist, dass der Wirtschafts- und Währungsraum der Europäischen Union davon nur dann dauerhaft profitieren kann, wenn die Stabilitätskriterien, wie sie angelegt worden sind, auch eingehalten werden.

Es ist eine Frage der langfristigen Verschiebung der Gewichte innerhalb der Welt, speziell innerhalb der Währungs- bzw. der Wirtschaftsregionen. Die Tatsache, dass es dort zu kurzfristigen Veränderungen gekommen ist, dass möglicherweise Disparitäten entstanden sind, die als nicht gravierend betrachtet werden, ist am langen Ende allerdings so einzuschätzen, dass die Europäische Union die Verliererin in den internationalen Auseinandersetzungen sein wird.

Ich verweise in dem Zusammenhang darauf, dass dies nicht nur die Einschätzung der jeweiligen politischen Opposition in den einzelnen Ländern ist, in denen eine Verletzung der Stabilitätskriterien vorliegt. Vielmehr hat sich z. B. auch die Europäische Zentralbank in außerordentlich negativer Weise dazu geäußert, dass hier offensichtlich nicht nur kein fester Wille vorhanden ist, die Stabilitätskriterien dauerhaft wieder einzuhalten, sondern dass darüber hinaus auch der Versuch unternommen wird, den Vertrag aufzuweichen. Ich glaube, dass das auch in psychologischer Hinsicht das entscheidende Kriterium für eine dauerhafte Schwächung der europäischen Währung und des europäischen Wirtschaftsraums ist. Darüber gibt es auf internationaler Ebene auch keine Diskussion.

Der Einzige, der das auf der Grundlage relativ komischer volkswirtschaftlicher Betrachtungen bestreitet, ist Herr

Eichel, so, wie er das im Finanzplanungsrat in einem hobbymäßigen Exkurs zu diesem Thema angestellt hat. Im Übrigen wurde das von dem völligen Unverständnis der 16 Finanzminister und des Vertreters der Deutschen Bundesbank begleitet, sodass von daher kein Streit über die Folgen, die ich beschrieben habe, bestehen kann.

(Norbert Schmitt (SPD): Es geht um die Beantwortung meiner Frage!)

Wenigstens müsste der feste Wille erkennbar sein, die Stabilitätskriterien kurzfristig wieder einzuhalten.

(Norbert Schmitt (SPD): Ist er mit meiner Frage intellektuell überfordert, oder was?)

Das vermischen wir an der Stelle, und darüber wird auch politisch weiterhin zu diskutieren sein.

(Norbert Schmitt (SPD): Wie ist denn jetzt die Inflationsrate?)

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Abg. Schmitt, ich darf darauf hinweisen, dass die Entscheidung darüber, ob eine Frage beantwortet worden ist, davon abhängt, dass man bis zum Schluss zuhört. Das haben Sie nicht getan. Im Nachhinein wird das schwierig werden. Jeder Fragesteller löst die entsprechende Antwort aus. – Herr Kollege Kahl.

#### **Reinhard Kahl (SPD):**

Herr Minister, da die Erfüllung des Defizitkriteriums der EU auch eine gemeinsame Aufgabe von Bund und Ländern ist, frage ich Sie in dem Zusammenhang, wie Sie denn zu einem nationalen Stabilitätspakt stehen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Weimar.

#### **Karlheinz Weimar, Minister der Finanzen:**

Herr Abgeordneter, ich möchte zwei Bemerkungen dazu machen. Erste Bemerkung. Die Länder haben bisher – mindestens bis zum Jahr 2002 – ihren Anteil am Stabilitätspakt tatsächlich erfüllt.

(Norbert Schmitt (SPD): Da lachen ja die Hühner!)

Das gilt auch für Hessen; denn es wird in der Relation zum Bruttosozialprodukt gesehen.

Zweiter Punkt. Wie man in den letzten Jahren gesehen hat, sind die Länder völlig hilflos, wenn eine falsche Wirtschafts-, Finanz- und Steuerpolitik gemacht wird, weil sie nur die Adressaten solcher Entscheidungen sind, ohne sich jedoch dagegen wehren zu können. Insofern bitte ich, an dieser Stelle nicht Ursachen und Wirkungen zu verwechseln. Es ist offenkundig und liegt auf der Hand, dass gerade die Länder – übrigens auch die Gemeinden – in den letzten Jahren in außergewöhnlicher Weise gespart und ihre Aufwendungen im Verhältnis zu dem, was durch langfristig angelegte vertragliche Bindungen, zu denen ich auch Renten, Pensionen und sonstige Sozialverpflichtungen zähle, festgelegt ist, reduziert haben.

Daher kann man diesen Vorwurf nicht einfach in den Raum stellen. Das ist ein beliebter Vorwurf der jeweiligen

Opposition in den einzelnen Bundesländern. Ich denke aber, das bringt uns hier nicht weiter.

(Reinhard Kahl (SPD): Ich habe eine Frage gestellt!)

Ein weiterer Punkt. Das Land Hessen war nie gegen einen nationalen Stabilitätspakt. Aber ein nationaler Stabilitätspakt setzt die Vergleichbarkeit von Daten voraus. Es wäre mir sogar besonders recht, wenn die Objektivierbarkeit von Haushaltsdaten tatsächlich erfolgte.

Wenn Sie sich einmal die Haushalte des Bundes und der Länder betrachten, werden Sie feststellen, dass eine Fülle von Ausgaben, Nebenhaushalten und Sonstigem existiert, das in die offen gelegten Daten gar nicht einfließt. Eine der Grundvoraussetzungen für einen nationalen Stabilitätspakt wäre also, dass wir alle in einer bestimmten Weise buchen, dass bestimmte Dinge gemeinsam erfasst werden und dass damit die Vergleichbarkeit der Länderzahlen, aber auch die Vergleichbarkeit der Zahlen des Bundes mit den Länderzahlen sichergestellt ist.

Wenn das der Fall ist, kann und muss man sicherlich über einen solchen Stabilitätspakt reden. Das ist kein ausdrückliches Problem der SPD, der GRÜNEN, der Bundesregierung und der Länder. Vielmehr war das auch schon ein Problem, das die CDU/FDP-Bundesregierung mit den Ländern hatte. Die Beteiligten scheuen sich nämlich, alles offen zu legen, sodass man zu vergleichbaren Daten kommt und auf dieser Grundlage einen entsprechenden Pakt abschließen kann.

Meine feste Überzeugung ist, dass wir auf die Dauer gar nicht drum herumkommen werden, etwas zu machen. Allerdings sehe ich große Schwierigkeiten dabei, die Vergleichbarkeit der Daten sicherzustellen.

Herr Abg. Kahl, insofern glaube ich, dass es zwischen uns gar keinen Dissens darüber gibt, dass wir, sobald eine Angleichung der Daten erfolgt ist, zu einem nationalen Stabilitätspakt kommen können bzw. kommen müssen.

#### **Präsident Norbert Kartmann:**

Meine Damen und Herren, ich beende die Fragestunde

(Die Fragen 122, 124, 125, 129 bis 135, 137, 138, 146 und die Antworten der Landesregierung sind als Anlage beigefügt. Die Fragen 121, 136 und 139 bis 145 sollen auf Wunsch der Fragestellerinnen und Fragesteller in der nächsten Fragestunde beantwortet werden.)

und rufe **Tagesordnungspunkt 1 b** auf:

#### **Regierungsbefragung**

(Norbert Schmitt (SPD): Wenn wir bei Fragestunden nur noch Stichwortgeber sind, können wir es in Zukunft lassen!)

– Ich möchte Sie darauf hinweisen, dass Sie dieses Thema im Ältestenrat jederzeit aufgreifen können. Nach dem Verlauf der heutigen Fragestunde hätte auch ich noch ein paar Takte dazu zu sagen.

Damit die Kolleginnen und Kollegen Bescheid wissen, wessen Frage ausgewählt worden ist – das ist ein Stück weit dem Zufall überlassen –, möchte ich kurz die Namen derer nennen, mit denen wir beginnen: Herr Dr. Müller, CDU; Herr Siebel, SPD; Herr Dr. Herr, CDU; Herr Rhein, CDU; Herr Lenhart, CDU; Herr Schmitt, SPD;

Herr Bender, SPD. – Die erste Frage richtet sich an Frau Ministerin Wolff. Herr Abg. Müller, bitte.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Frau Ministerin, ich frage Sie:

*Welche Fortschritte wurden auf der Kultusministerkonferenz am 4. Dezember hinsichtlich der propagierten Festlegung von Bildungsstandards erreicht?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Dr. Müller, indem sie einen Paradigmenwechsel gestartet hat, hat es die Kultusministerkonferenz exakt zwei Jahre nach der Veröffentlichung der Ergebnisse der PISA-Studie geschafft, den Beschluss umzusetzen, den sie im Mai 2002 – im Sommer ergänzt – gefasst hatte. Es geht darum, dass das, was am Ende eines bestimmten Bildungsgangs – in diesem Fall beim Erreichen des mittleren Abschlusses – an Kompetenzen und Kenntnissen gewährleistet werden soll, festgeschrieben wird, damit man sich in Zukunft darauf verlassen kann, dass mit dem mittleren Bildungsabschluss auch vergleichbare Ergebnisse erzielt werden. Das ist sowohl für die Jugendlichen selbst als auch für den Stellenwert der Schule in der Gesellschaft, als auch für die Akzeptanz bei den aufnehmenden Unternehmen wichtig.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Dr. Müller.

**Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU):**

Frau Ministerin, bezieht sich das sowohl auf die Lernziele als auch auf die Inhalte, oder sind mehr die Lernziele gemeint?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Dr. Müller, es sind insbesondere die Kompetenzen und die Wissensbestandteile beschrieben. Aber es sind keine Kataloge mit Literatur angegeben, die gelesen werden muss.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Kollege Siebel, SPD.

**Michael Siebel (SPD):**

*Wann wird die Landesregierung den Gesetzentwurf zur Modelluniversität Darmstadt vorlegen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Der Referentenentwurf ist von unserem Ministerium vorbereitet worden und befindet sich zurzeit in der Ressortabstimmung. Ich gehe davon aus, dass wir diesen Referentenentwurf ziemlich bald nach Weihnachten vorlegen können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Siebel.

**Michael Siebel (SPD):**

Sind Sie bereit, zu den Gremien, zu der Rolle des Hochschulrats sowie zu der Bauherrn- und Dienstrechtseigenschaft jetzt schon etwas im Hinblick darauf zu sagen, welche Grundprinzipien in dem Referentenentwurf zugrunde gelegt werden?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Corts.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Das kann ich ohne weiteres machen. Unser Ziel ist – wie gesagt, der Referentenentwurf ist noch in der Ressortabstimmung –, die Bauherrneigenschaft an die Universität zu übertragen. Mit der Dienstrechtseigenschaft ist es so eine Sache. Das kann noch nicht erfolgen. Sie muss zunächst bei dem Ministerium bleiben. Aber das Recht, Berufungen von Professoren und Hochschullehrern vorzunehmen, soll auch an die Universitäten übertragen werden. Viele Aufgaben, die jetzt seitens des Ministeriums wahrgenommen werden, werden dann vom Hochschulrat erfüllt.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Kollege Rhein, CDU, zum Gesetzentwurf zur Reform des Sanktionsrechts.

**Boris Rhein (CDU):**

Ich frage den Herrn Staatssekretär:

*Wie beurteilen Sie, dass das Bundeskabinett in seinem am 10.12.2003 verabschiedeten Gesetzentwurf zur Reform des Sanktionsrechts bei uneinbringlichen Geldstrafen einen Umrechnungsmaßstab von nur drei Stunden gemeinnütziger Arbeit pro Tag vorsieht?*

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Die Landesregierung beurteilt diesen Gesetzentwurf unter zweierlei Gesichtspunkten sehr kritisch. Zum einen denken wir, dass die Einführung der gemeinnützigen Arbeit als eigenständige Strafe – zwischen Geldstrafe und Freiheitsstrafe – zu einer Aufweichung des Sanktionensystems und damit zu einer Beeinträchtigung des Rechtsbewusstseins der Bevölkerung führen kann.

Zum anderen halten wir den Umrechnungsfaktor für wesentlich zu niedrig angesetzt, da für einen Tagessatz – der



Tagessatz bezeichnet die Schwere der Schuld – lediglich drei Stunden gemeinnütziger Arbeit zu erbringen wären.

Wir setzen in Hessen seit Jahren und Jahrzehnten die gemeinnützige Arbeit sehr erfolgreich bei Verurteilungen zu Geld- und Ersatzfreiheitsstrafen ein. Hier haben wir einen Umrechnungsfaktor von 1 : 6. Das wäre ein in etwa angemessener Satz, wenn man denn schon die gemeinnützige Arbeit als eigenständige Form der Sanktion einführen will. Das halten wir aber, wie gesagt, für sehr bedenklich.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Abg. Lenhart, betreffend Hochwasser und Regenfälle.

(Zurufe: Sehr aktuelle Frage! – Heiterkeit)

**Roger Lenhart (CDU):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie stellt sich die aktuelle Hochwassersituation in Hessen angesichts der jüngsten Regenfälle dar?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Lenhart, ich hatte, obwohl ich in Eltville wohne, gestern Abend leider nicht die Möglichkeit, am Rhein spazieren zu gehen. Ich muss deshalb die Informationen wiedergeben, die meinem Haus vorliegen.

Sie haben erlebt, dass wir einen sehr trockenen Sommer hatten. Die Winzer haben mir gesagt, dass der Rhein nur im Jahre 1959 noch geringere Wassermengen geführt hat. Die letzten Hochwasser hatten wir im Januar 2003, vor allen Dingen am Main und an der Kinzig. Gestern Morgen konnte ich auf der Fahrt nach Wiesbaden feststellen, dass auch der Edersee langsam wieder mehr Wasser hat. Die Eder war randvoll. Bei uns ist nur eine Meldung eingegangen, nämlich die, dass die Kinzigtalsperre in erheblichem Maße Wasser zugelegt habe, das aber inzwischen abgelassen worden sei.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Die Frage war zwar nicht gut, aber aktuell!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommt die Frage des Kollegen Bender betreffend Forstreform. – Herr Riege.

**Bernd Riege (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Warum wird die gestellte Kleine Anfrage zum Thema Forstreform nicht fristgemäß beantwortet?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Riege, ich denke, dass es richtig und gut war, die Diskussion abzuwarten, wie die Forstreform insgesamt durchgeführt werden soll. Sie werden jetzt eine Antwort von uns bekommen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Jetzt kommt die Frage des Kollegen Schmitt zum Thema Kauf des Erbacher Schlosses.

**Norbert Schmitt (SPD):**

*Welche Zusage hat der Ministerpräsident dem Grafen von Erbach zum Kauf des Erbacher Schlosses und der dort untergebrachten Sammlungen durch das Land gemacht?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, es gibt keine Zusagen gegenüber dem Haus Erbach. Es gibt allerdings seit einer Reihe von Jahren Gespräche zwischen der jeweiligen Landesregierung – also auch mir, früher der Frau Kollegin Wagner und heute des Herrn Kollegen Corts – und dem Hause Erbach, bei denen die Landesregierung immer das Interesse deutlich gemacht hat, auf jeden Fall zu verhindern, dass die Sammlungen im Erbacher Schloss ihre derzeitige Funktion verlieren. Das Weitere ist umfänglich öffentlich erörtert worden. Ich beantworte Ihre Frage wie folgt: Zusagen gibt es nicht.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Schmitt, eine Zusatzfrage.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Herr Ministerpräsident, sind Sie – so wird Herr Metz zitiert – „stinksauer“ über die öffentlichen Äußerungen des Erbgrafen, weil Sie Opfer des „größten Deals“ sind, den der Graf je gemacht hat? So wird er zitiert.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Herr Abgeordneter, die Gefühlslage hat der Regierungssprecher korrekt beschrieben. Das liegt daran, dass die Gesprächsgrundlage zwischen der Landesregierung und dem Hause Erbach immer war, dass ein Handlungsbedarf für das Land nur dann entstehen kann, wenn es – aus welchen Gründen auch immer – wirtschaftliche Schwierigkeiten beim Haus Erbach gibt.

Die Pressearbeit des Grafen hat das, was uns gegenüber dargestellt worden ist, in ein anderes Licht gestellt. Ich will nach der Presserklärung von gestern hinzufügen, dass ich den Eindruck habe, dass der Erbgraf bei seiner öffent-

lichen Darstellung möglicherweise nicht gut beraten war, weil diese mit den uns vorgelegten Zahlen der Vergangenheit nicht übereinstimmt.

Der Herr Erbgraf hat nunmehr erklärt, dass er erneut bereit ist, Zahlen vorzulegen. Das scheint mir auch notwendig zu sein, denn die Landesregierung ist selbstverständlich nur bereit, dem Hessischen Landtag eine Vorlage zu unterbreiten – die, wie Sie wissen, Herr Abgeordneter, am Ende vom Haushaltsausschuss zu genehmigen ist –, wenn die Sachverhalte eine öffentliche Initiative rechtfertigen. Wenn das in Zweifel steht, ist das zu prüfen. Das werden wir jetzt tun, und dann werden wir dem Hessischen Landtag die notwendigen Unterlagen zur Verfügung stellen. Danach werden wir den Vorgang gemeinsam zu beurteilen haben.

(Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Kollege Rhein zum Thema Kostenrechtsmodernisierungsgesetz.

**Boris Rhein (CDU):**

*Wie ist der aktuelle Sachstand beim Kostenrechtsmodernisierungsgesetz?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Landau.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Herr Abgeordneter, das Bundeskabinett hat den Gesetzentwurf betreffend Fragen der Rechtsanwaltsvergütung und der Kostenrechtsmodernisierung auf einer der letzten Sitzungen verabschiedet. Der Gesetzentwurf wird noch in diesem Monat in den Bundesrat eingebracht werden.

Wir sind mit der derzeitigen Vorlage noch nicht ganz einverstanden. Wir begrüßen die deutliche Anhebung der Rechtsanwaltsgebührensätze, und zwar deshalb, weil diese seit 1996 nicht mehr erhöht worden sind. Wir bemängeln allerdings, dass der Kostendeckungsgrad der Justiz in Deutschland insgesamt nicht ausreichend berücksichtigt worden ist.

Wir haben gemeinsam mit NRW Vorschläge gemacht, wie diesem Ziel nachgekommen werden kann. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung trägt dem leider noch nicht Rechnung. Wir hoffen sehr, dass wir im Rahmen der Gesetzesberatungen das Anliegen der Justiz, zu einer besseren Kostendeckung zu kommen, noch verwirklichen können.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Rhein.

**Boris Rhein (CDU):**

Welche Gründe führt die Bundesjustizministerin an, diesen Vorschlägen nicht zu folgen?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatssekretär Landau.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Ich könnte jetzt flapsig sagen, da ist das Hemd näher als der Rock. Ich denke aber, dass das ernsthafte Bemühen auch der Bundesjustizministerin vorhanden ist, den Wünschen der Justiz Rechnung zu tragen.

Derzeit wird über die Art der Kostenrechnung verhandelt. Das Bundesjustizministerium meint, wir könnten eine so genannte schwarze Null schreiben. Das ist nach unseren Berechnungen und nach den Berechnungen der Landesjustizverwaltung NRW nicht der Fall. Wir wollen insbesondere bei einigen Gebührentatbeständen weitere Anhebungen haben, z. B. bei den Mindestmahngebühren und bei den Gebühren für Berufungsverfahren. Man wird die weiteren Verhandlungen abwarten müssen.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Frau Kollegin Hammann zum Thema Umweltämter.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Nach welchen Kriterien – unter dem Stichwort Aufgabekritik – wurden die vor der Auflösung stehenden Staatlichen Umweltämter geprüft?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Uns lag der Vorschlag eines Regierungspräsidenten vor, der als Grundlage diene, mögliche Personaleinsparungen im Hause und die Zahl der Standorte insgesamt zu überdenken. Wir haben uns mit dem Regierungspräsidenten über das Thema unterhalten. Das Ergebnis war, dass auch bei einer reduzierten Zahl von Standorten der Umweltschutzverwaltung in ausreichendem Maße sichergestellt ist, dass eine gute Arbeit geleistet werden kann.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Frau Kollegin Hammann.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Vielleicht können wir doch konkret werden. Was sprach für die Schließung des Standortes Hanau?

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, dieser Vorschlag ist vom Regierungspräsidenten gemacht worden. Wir haben uns über diesen Vorschlag unterhalten und sind zu der Entscheidung ge-

kommen, dass diese Arbeit auch anderweitig organisiert werden kann.

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):  
Null Aufgabenkritik! Ihr wisst überhaupt nichts!)

**Präsident Norbert Kartmann:**

Nächste Frage, Herr Abg. Bender zum Thema Aufgabenkritik und Forstreform. – Herr Riege, bitte.

**Bernd Riege (SPD):**

*Warum weigert sich die Landesregierung, vor der so genannten Forstreform eine Aufgabenkritik, einen Personalentwicklungsplan oder eine bis 2009 verbindliche Zeitschiene vorzulegen?*

**Präsident Norbert Kartmann:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Riege, wir sind im Augenblick mit Hessen-Forst im Gespräch über dieses Thema. Wir haben den Hauptpersonalrat in diese Diskussion einbezogen. Wir werden das parallel zu den Strukturreformen in unserem Haus begleiten und mit den Gewerkschaften und den Interessenvertretern diskutieren.

**Präsident Norbert Kartmann:**

Zusatzfrage, Herr Kollege Riege.

**Bernd Riege (SPD):**

Herr Minister, ist denn davon auszugehen, dass die heute vorgestellten Schließungen als endgültig anzusehen sind?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister, bitte.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Abg. Riege, ich denke einmal, dass – wenn mein Vorgänger, Kollege Bökel, eine andere Reform durchgezogen hätte, die einschneidender gewesen wäre und die die Zukunftsfähigkeit der Betriebe hätte organisieren können – wir uns über dieses Thema heute möglicherweise nicht unterhalten müssten.

(Zuruf der Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Wir sind davon ausgegangen, dass wir eine Forstreform organisieren und durchführen, in der wir die Forstämter von jetzt 85 auf dann 41 plus 1 reduzieren, und wir dann in absehbarer Zeit eine nächste Forstreform nicht mehr durchzuführen brauchen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die nächste Frage kommt von Frau Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Das Thema ist die Biennale.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

*Wie sicher sind die auf der Pressekonferenz zur Vorstellung der Biennale gegebenen Zusagen, dass sich die Städte Frankfurt und Wiesbaden mit je 150.000 € beteiligen – vor dem Hintergrund, dass die Finanzierung in Wiesbaden bisher weder vom Magistrat noch von der Stadtverordnetenversammlung beschlossen wurde?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich gehe davon aus, dass Herr Corts antwortet. Herr Minister Corts, bitte.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Sie sind so sicher wie das Wort eines Oberbürgermeisters oder einer Oberbürgermeisterin. Seitens der Oberbürgermeisterin von Frankfurt habe ich es schriftlich. Anlässlich der Pressekonferenz, auf der wir das Projekt vorgestellt haben, hat Herr Oberbürgermeister Diehl das zugesagt. Der Kämmerer hat mir das bestätigt.

Wie das intern finanziert wird, überlasse ich den jeweiligen Städten. Deswegen gehe ich fest davon aus, dass ich mit diesen beiden Beträgen rechnen kann.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Eine Nachfrage von Frau Sorge.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Mit anderen Worten ist die Finanzierung also bis jetzt nur durch die Worte des Oberbürgermeisters bzw. der Oberbürgermeisterin gesichert. Die dafür eigentlich zuständigen Organe, die die Haushalte der jeweiligen Kommune verhandeln, haben darüber noch nicht abgestimmt. Sehe ich das so richtig?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister, bitte.

**Udo Corts, Minister für Wissenschaft und Kunst:**

Frau Sorge, schauen Sie: Die jeweiligen Oberbürgermeister vertreten ihre Gebietskörperschaften nach außen. Dann ist es nicht meine Aufgabe, als Staatsminister oder Landesminister zu prüfen, ob die internen Abläufe dem entsprechen, was man sich vorstellt. Wenn also diese beiden mit ihrem Wort dabei sind und sagen: „Wir stehen für unsere Stadt mit einem Betrag von 150.000 € ein“, dann gehe ich fest davon aus.

Im Übrigen sind 150.000 € bei einem Gesamtvolumen von über 1,2 Millionen € ein Betrag, der sicherlich nicht entscheidend ist, der aber das Ganze zu einer runden Sache macht.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die nächste Frage kommt von Frau Waschke für die SPD-Fraktion. Es geht um Sport am Gymnasium.

**Sabine Waschke (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Nach welchen Kriterien erfolgt die Notengebung bei einer oder einem vom praktischen Sportunterricht befreiten Schülerin bzw. Schüler in der gymnasialen Oberstufe?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Ministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Frau Kollegin Waschke, im Prinzip gewöhnlich nach Verordnungen. Ich kann es Ihnen gerne schriftlich beantworten, wie das im Einzelfall geregelt ist. Das hängt von den Zeiten ab, für die jemand vom Sportunterricht freigestellt ist, und steht in Relation zu dem, was noch bewertbar ist.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Keine Nachfrage von Frau Waschke? – Nein. Das ist damit beantwortet.

Dann kommt Frau Sorge, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um die Bundeskulturstiftung – wenn ich das richtig entziffere.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

So ist es. Ich frage den Ministerpräsidenten:

*Hat sich Hessen bei den Verhandlungen über eine Bundeskulturstiftung für ein blockierendes Ländervotum von ein bis zwei Ländern oder für ein so genanntes qualifiziertes Minderheitenvotum von mindestens sechs Ländern ausgesprochen?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Abgeordnete, zunächst hat die Hessische Landesregierung immer gesagt, wir werden am Ende dafür sorgen, dass eine Bundeskulturstiftung nicht an unserer Stimme scheitert.

Wie Sie wissen, befinden wir uns nach wie vor im Streit und haben nach wie vor einige wesentliche Fragen nicht geklärt: Reicht der Widerspruch eines Landes aus, um keine Gemeinsamkeit der deutschen Bundesländer herstellen zu können?

Ohne dass ich das jetzt im Einzelnen vortrage, liegt die Initiative an dieser Stelle nicht beim Bundesland Hessen. Wir haben – seit Frau Kollegin Wagner diese Verhandlungen vor einigen Jahren aufgenommen hat – versucht, Kompromisse zu finden, und wir haben auch Kompromisse gefunden. Nach wie vor gibt es eine Streitfrage.

In dem Vertrag sind zwei Stufen vorgesehen. In der ersten Stufe muss man feststellen, ob ein Konfliktfall vorliegt. In der zweiten Stufe wird dieser Konfliktfall entschieden. Es handelt sich um ein zweigestuftes Verfahren, das die Satzung vorlegt. Die Frage ist das notwendige Quorum.

Wir sind der Auffassung, dass bei der zweiten Abstimmung jedenfalls nicht ein Land genügt. Bei der ersten Abstimmung – bei der Frage, wer feststellt, ob ein Konfliktfall vorliegt – kann ein Land den Konfliktfall aufrufen. Bei der zweiten Frage bedarf es eines Quorums. Aus meiner Sicht ist das Quorum, um es verhindern zu können, notwendigerweise größer als zwei. Eine abschließende Zahl werde ich nicht so in den Raum stellen, dass sie für das Land apodiktisch ist.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Sorge, Ihre Nachfrage bitte.

**Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Das finde ich schon ein bisschen merkwürdig – nachdem bereits im Ausschuss dazu nichts gesagt werden konnte. Nach meiner Kenntnis war es bei der letzten Verhandlung so, dass sich einige wenige Länder für dieses Ein- oder Zwei-Länder-Quorum ausgesprochen haben, andere für ein Sechs- oder Mehr-Länder-Quorum.

Ich finde es schon sehr interessant und würde gerne eine Antwort auf diese Frage erhalten, zu welcher dieser beiden Kategorien „mein“ Bundesland Hessen gehört hat.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Ministerpräsident.

**Roland Koch, Ministerpräsident:**

Frau Abgeordnete, ich bin nicht in der Lage, aus einer Verhandlung, an der ich nicht teilgenommen habe, Ihnen mitzuteilen, wie sich der Verhandlungsvertreter im Detail exakt verhalten hat. Die Vorgabe war – das ist auch heute noch das Ergebnis; nur so kann ich es vortragen, nähere Einzelheiten muss ich mir besorgen –, dass wir am Ende versuchen, dort eine Einigung herbeizuführen, und uns nicht zu denen zählen, die eine kämpferische Haltung einnehmen, weil es unbedingt eine bestimmte Zahl sein muss.

Wenn man allerdings die Sache nicht lächerlich machen will, dann muss man wahrscheinlich zu einer Zahl kommen, die größer als eins oder zwei ist. Denn man muss immerhin sehen, wir geben an dieser Stelle an die Bundeskulturstiftung institutionelle Rechte ab. Eigentlich geht das – einmal sehr hart gesagt – den Bund alles nichts an. Wir sind jetzt dabei, das gemeinsam mit dem Bund so zu regeln, dass wir unsere Kräfte bündeln können. Das ist aus meiner Sicht sinnvoll.

Es gibt auch keinen Zweifel daran, dass der Bund ein großes Interesse daran hat, möglichst viele dieser kulturellen Aufgaben wahrzunehmen. Das ist nicht das Länderinteresse.

Jetzt muss die Frage geregelt werden, ab welchem Punkt eine Einigung nicht mehr möglich ist – weil Ländern in ihre institutionellen Rechte eingegriffen wird. Ich glaube, deshalb muss man an dieser Stelle verstehen, dass die Frage nicht unerheblich ist, wie viele Länder sich an dieser Stelle zusammentun müssen, um ihre Rechte geltend zu machen.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf die nächsten Fragesteller kurz erwähnen: Herr Pighetti, dann Frau Hammann, Herr Bender und Frau

Hinz als die nächsten vier. – Herr Pighetti, bitte, Thema: Propaganda des Kultusministeriums.

**Marco Pighetti (SPD):**

Ich frage die Landesregierung:

*Frau Staatsministerin, Sie haben am 8. Dezember einen Brief an die Schulleiterinnen und Schulleiter, Lehrerinnen und Lehrer und an die Eltern in Hessen verschickt, in dem Sie mitteilen, sich darum zu bemühen, einen geordneten Start ins zweite Schulhalbjahr sicherzustellen. Meine Frage: Auf welchem Weg haben die Eltern diesen Brief erhalten, und wer trägt dafür die Kosten?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Staatsministerin Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Pighetti, in einer Situation, in der auch mancher von Ihnen zu einer Verunsicherung beigetragen hat,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

ist es, glaube ich, sehr wichtig gewesen, dass wir die Eltern informieren. Dies ist über die Staatlichen Schulämter auf dem normalen Wege geschehen. Die Schulen haben diese Information von den Staatlichen Schulämtern bekommen und, wie ich denke, inzwischen auch weitestgehend verteilt,

(Volker Hoff (CDU): Transparenz!)

so wie sie zuvor auch das eine oder andere verteilt haben: auf dem ganz normalen Papierweg.

(Volker Hoff (CDU): Transparenz und Sachinformation!)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf noch einmal darauf hinweisen: Bei der Regierungsbefragung hat nur der Fragesteller selbst die Möglichkeit zu einer Nachfrage, niemand anders. – Herr Pighetti, bitte.

**Marco Pighetti (SPD):**

Das heißt, ich verstehe Sie richtig, dass die Kopier- und sonstigen Kosten bei den einzelnen Schulen hängen geblieben sind?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Wolff.

**Karin Wolff, Kultusministerin:**

Herr Kollege Pighetti, das ist in diesem Fall in der Tat so. Wir haben diesen und andere Informationswege. Wie Sie wissen, nutzen wir diese zu Schuljahresbeginn nicht sehr intensiv. Ich glaube aber, es ist richtig, dass wir Transparenz schaffen und dort, wo Unsicherheit besteht, diese durch klare Informationen beseitigen.

(Beifall der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz und Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die nächste Frage kommt von Frau Hammann. Es geht um das Thema Forstamtsschließungen.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich befürchte, dass ich eine Nullantwort bekomme – wie auch bei den Staatlichen Umweltämtern. Dennoch versuche ich es. – Ich frage die Landesregierung:

*Nach welchen Kriterien – Stichwort: Aufgabenkritik – wurden die jetzt vor der Schließung stehenden Forstämter geprüft?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatsminister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hammann, unsere erste Vorgabe war es, die Anzahl der Forstämter auf etwa die Hälfte zu reduzieren. Wir glaubten, dass die Größenordnung von etwa 20.000 ha pro Forstamt eine angemessene Größe ist. Um das mit einem anderen Bundesland zu vergleichen: In Nordrhein-Westfalen haben wir eine durchschnittliche Forstamtsgröße von etwa 23.000 ha. Ich glaube aber, für uns sind 20.000 ha angemessen und richtig.

Unsere zweite Frage, die wir dort in Zusammenarbeit mit dem Landesbetrieb Hessen-Forst und meiner Forstverwaltung gestellt haben, war, wie man unter forstwirtschaftlichen Gesichtspunkten diese Grenzen einziehen konnte. Diese forstwirtschaftlichen Grenzen führten dazu, dass der Vorschlag ins Ministerium kam: 41 Forstämter plus ein Nationalpark-Forstamt.

Bei diesen Überlegungen wurde ein dritter Bereich eingebracht. Die Forstämter sind unterschiedlich geschnitten, je nachdem, welche Dienstleistungen von ihnen erwartet werden. Die Forstämter, in denen es große Anteile an Kleinprivatwald und Kommunalwald gibt, sind kleiner geschnitten, sodass dort Forstämter für 14.000 bis 17.000 ha zuständig sind. In Forstämtern, die ausschließlich Staatswald bewirtschaften, sind es 22.000 bis 24.000 ha.

Danach haben wir uns über die Frage unterhalten, welche Standorte die Forstämter haben sollten. Hier spielte eine Rolle, dass zum einen die Forstämter zentral liegen sollten – was in fast allen Fällen gelungen ist –, zum anderen logischerweise auch der Zustand der Forstämter, als Drittes, ob aufgebene Forstämter verkauft werden können.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Nachfrage von Frau Hammann.

**Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Sie nannten jetzt überwiegend wirtschaftliche Überlegungen, im Hinblick auf Privat- und Kommunalwald forstwirtschaftliche Gesichtspunkte. Ich würde gerne an einem Beispiel festgemacht wissen, inwieweit Naturschutz und Erholung in der Kriteriensetzung eine Rolle gespielt haben. Ich spreche speziell die Auflösung des Forstamtes in Mörfelden-Walldorf an, mitten im Ballungsgebiet, in der Nähe des großen Naturschutzgebietes Mönchbruch. Was

hat Sie dazu geführt, in diesem Bereich, wo Naherholung, Wirtschaftlichkeit und Naturschutz in einer Hand gehalten werden sollten, dieses Forstamt aufzulösen?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Dietzel, bitte.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, mir ist „negativer Zustand des Forstamtes“ aufgeschrieben worden, weshalb ein anderes Forstamt den Zuschlag bekommen hat. Weil Sie aber die Grundsatzfrage gestellt habe, ob in dem Zusammenhang auch Bildung und Naturschutz eine Rolle gespielt haben: Ganz eindeutig, denn wir haben im Hessischen Forstgesetz verankert, dass Waldbildung und Naturschutz Aufgaben eines Forstamtes sind. – Aber ich muss eindeutig sagen: Wenn Sie diese Frage nach der Waldbildung stellen, ist das nicht eine Frage, die an die Forstämter gerichtet wird, sondern eher an die Revierförstereien. Wie Sie wissen, wollen wir in einem zweiten Zug die Revierförstereien von jetzt 440 auf etwa 262 reduzieren. Dabei wird diese Frage vorrangig zu behandeln sein.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die nächste Frage von Herrn Abg. Bender, SPD, übernimmt Herr Riege. Es geht um das Thema Reform der Amtsgerichte.

**Bernd Riege (SPD):**

Ich frage den Justizminister:

*Warum wird die Kleine Anfrage des Abg. Bender zum Thema Amtsgerichte nicht fristgemäß beantwortet?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Die Antwort übernimmt Herr Staatssekretär Landau.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Die Antwort ist bis jetzt ausgeblieben, weil bis vor wenigen Tagen noch verschiedene Überlegungen anzustellen waren. Es waren verschiedene Daten zu erheben. Wir haben erst vor ganz kurzer Zeit die letzten Abwägungen getroffen und werden jetzt unverzüglich in die Beantwortung der Kleinen Anfrage eintreten.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Nachfrage, Herr Riege.

**Bernd Riege (SPD):**

Herr Staatssekretär Landau, kann man davon ausgehen, dass die heute vorgelegte Liste der Streichungen endgültig ist, oder wird die Antwort etwas anderes enthalten?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Staatssekretär Landau, bitte.

**Herbert Landau, Staatssekretär im Ministerium der Justiz:**

Sie wissen, dass das Wort „Streichungen“ gerade bei den gerichtlichen Strukturen nicht das Richtige ist, sondern wir haben nur wenige Schließungen, die auf völlig anderen Sachverhalten beruhen als die mit der „Operation sichere Zukunft“ zusammenhängenden. Sie beruhen auf dem Bericht des Rechnungshofes von vor etwa einem Jahr und haben bundesweite Gültigkeit.

Im Übrigen ist es zu so genannten Abteilungslösungen gekommen. Es kann durchaus sein, dass das eine oder andere bei der näheren Prüfung der Räumlichkeiten und der Örtlichkeiten, der Personalentwicklungsmöglichkeiten überdacht werden muss. Aber das Konzept als solches ist jetzt in sich schlüssig. Das wird so Gegenstand der Beantwortung der Kleinen Anfrage sein.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wir kommen damit zur letzten Frage von Frau Hinz von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Es geht um das Staatliche Umweltamt.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich habe eine Frage. Ich weiß nicht, wer die beantwortet, Herr Grüttner oder Herr – –

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Dietzel.

(Heiterkeit)

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Danke schön, Herr Landtagspräsident Quanz.

*Welche Aufgaben sollen mit Schließung des Staatlichen Umweltamtes Marburg künftig wegfallen?*

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wer übernimmt?

(Günter Rudolph (SPD): Keiner!)

Herr Dietzel, bitte.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abgeordnete, es soll überhaupt keine Aufgabe wegfallen, sondern die werden nur neu organisiert. Das ist auch vorhin Hintergrund der Frage von Frau Abg. Hamann gewesen, warum Hanau geschlossen worden ist. Diese etwa 120 Stellen von Hanau werden im Laufe der nächsten Jahre in das Regierungspräsidium Darmstadt integriert. Wir gehen davon aus, dass die gleichen Aufgaben auch in Zukunft hoch effizient, möglicherweise mit weniger Personal, durchgeführt werden können.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hinz, bitte.

**Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Warum können dann die Aufgaben effizienter erledigt werden? Nur, weil dasselbe Personal beim RP sitzt und von dort aus die Aufgaben steuert und die ganzen Umweltangelegenheiten übernimmt?

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Dietzel.

**Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Frau Abg. Hinz, ich denke, dass Sie, was Verwaltung angeht, ein bisschen Erfahrung dadurch haben, dass Sie meine Vorgängerin waren.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Da habe ich Zweifel!)

Sie wissen, dass wir im operativen Geschäft fast das gleiche Personal brauchen, möglicherweise geringe Einsparungen vornehmen können. Sie wissen auch, wenn wir die Verwaltungsbereiche – denn jede Außenstelle braucht eine eigene Verwaltung – zu Einheiten zusammenziehen, kann in erheblichem Maße Verwaltungsaufwand gespart werden.

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank. – Meine Damen und Herren, wir sind damit am Ende der Regierungsbefragung und kommen verabredungsgemäß zu **Tagesordnungspunkt 24:**

**Antrag der Fraktion der SPD betreffend Schaffung eines Beschäftigungspaktes im öffentlichen Dienst – Drucks. 16/1477 neu –**

Verabredet ist eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion. Für den Antragsteller darf ich Herrn Rudolph das Wort erteilen.

**Günter Rudolph (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen!

Das ungebremsste Wachstum von Personalausgaben schränkt den Gestaltungsspielraum des Landes ein. Ein weiterer unverminderter Anstieg der Personalkosten in der Zukunft wird dieses Problem noch drastisch verschärfen. Der zu erwartende Anstieg der Personalausgabenquote in Verbindung mit steigenden Zinsbelastungen wird jedweden Handlungsspielraum beseitigen und zur völligen Handlungsunfähigkeit von Regierung und Parlament führen.

So nachzulesen im berühmten Suchan-Papier aus dem Jahre 1997, das zwar viele mittlerweile zitieren, aber nicht alle genau und gründlich gelesen haben.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Meine Damen und Herren, das Problem ist noch aktueller, als es damals war, weil – Herr Dr. Jung, wenn wir uns die Personalkostenentwicklung in Hessen seit 1999, seit Sie Verantwortung tragen, ansehen – die Personalkosten dramatisch gestiegen sind.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Erheblich gesunken, Herr Kollege!)

– Herr Dr. Jung, mit Ihren Rechenkünsten ist es nicht so weit her. Dazu kommen wir gleich. – Während im Jahre 1998 unter der Verantwortung von Rot-Grün die Personalausgabenquote bei 45,6 % lag, liegt sie im Jahre 2004 bei fast 50 %. Sie haben nur die Mogelpackung gemacht, indem Sie die Personalkosten für die Hochschulen herausgerechnet haben. Die sind hinzuzurechnen.

(Beifall bei der SPD)

Das heißt, unter Ihrer Verantwortung sind die Personalkosten weitaus mehr gestiegen, als zu verantworten ist. Schauen Sie sich die Entwicklung der einzelnen Jahre an, beispielsweise im Jahre 2002 4 % mehr Personalausgaben. Das ist jetzt das Problem, vor dem wir an der Stelle deutlich stehen.

Sie haben z. B. die Staatskanzlei zu einem Apparat der Propaganda ausgeweitet – über 90 Stellen. Ziehen Sie einmal die Stellen für die Europaabteilung ab, was sachlich nachvollziehbar ist, so können wir sagen: 50 Stellen zusätzlich geschaffen, ohne sachliche Berechtigung. Das sind schnell und richtig gerechnet 2,5 Millionen € Belastung, für die es keine sachliche Notwendigkeit gibt.

(Beifall bei der SPD)

Diese 50 Stellen werden natürlich den Steuerzahler im Land Hessen in den nächsten Jahren nachhaltig belasten, da es zu einer enormen Personalkostensteigerung führt. Nimmt man die Steigerungen bei den Versorgungsempfängern hinzu, dann werden wir in den nächsten Jahren eine dramatische Entwicklung haben.

Ausgehend vom Suchan-Papier hatten wir im Jahre 1995 Versorgungslasten von ca. 1,1 Milliarden €. Nach Suchan hochgerechnet sind im Jahre 2020, weil wir in den nächsten Jahren eine starke Pensionierungswelle für den öffentlichen Dienst haben, 4,1 Milliarden € an Versorgungslasten zu zahlen. Dieser Betrag ist aus dem jährlichen Haushalt zu erwirtschaften. Das heißt, die Verteilungsspielräume des Landeshaushaltes werden in den nächsten Jahren fast gegen null tendieren. Hier muss reagiert werden. Auch darauf gibt es keine Antwort der Landesregierung.

(Beifall bei der SPD)

Die Personalkostenentwicklung: Sie werden sagen, im nächsten Jahr sei das alles besser, nur eine Steigerung um 0,6 % – auf einem sehr hohen Niveau. Wie haben Sie reagiert? Sie haben Ihr so genanntes Zukunftssicherungsgesetz auf den Tisch gelegt. Im Rahmen der „Aktion düstere Zukunft“ sollen bis zum Ende der Wahlperiode, d. h. bis zum Jahr 2008, 9.701 Stellen abgebaut werden. Bei etwa 150.000 Landesbediensteten ist das eine enorme Zahl. Hinter diesen Stellen stecken menschliche Schicksale und nicht einfach Kostenstellen oder -träger. Das wollen wir an der Stelle deutlich sagen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Warum kommt es zu dieser falschen Vorgabe? – Sie ist eindeutig das Ergebnis einer falschen Ausgabenpolitik dieses Landes, insbesondere dieses Herrn Ministerpräsidenten – damit die Verantwortung klar definiert wird.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, wie gehen Sie mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern um?

(Petra Fuhrmann (SPD): Miserabel!)

– Nicht nur miserabel. Bis zum 31.03.2004 müssen der Personalvermittlungsstelle Mitarbeiter gemeldet werden. Diese Personalvermittlungsstelle, angesiedelt beim Finanzminister, entscheidet dann über die weitere Verwendung dieser Mitarbeiter. Es geht nicht um die Vermittlung von Personal, sondern um eine ausschließliche Verwendung, ohne fachlich fundierten Hintergrund. So kann man mit Mitarbeitern, die gut ausgebildet sind, nicht umgehen.

(Beifall bei der SPD)

Aus den vielen Rückmeldungen, den Mails und Briefen, die wir bekommen, den Besuchen in den Behörden sehen wir: Die Mitarbeiter fühlen sich stigmatisiert. – Sie haben Recht. Wenn hinter ihrer Stelle „kw“ steht – künftig wegfallend –, dann ist dies eine Herabqualifizierung vieler Mitarbeiter im öffentlichen Dienst. Das haben die Mitarbeiter nicht verdient.

(Beifall bei der SPD)

Ich will das an dem Beispiel der Waldfacharbeiter deutlich machen. Es betrifft in Hessen 600 an der Zahl. Waldfacharbeiter ist ein qualifizierter Ausbildungsberuf. Denken Sie daran, wie die Mitarbeiter etwa bei den Sturmschäden in den letzten Jahren gearbeitet haben. Das war ein enormer Einsatz. Als Dankeschön bekommen sie einen Tritt in den Hintern. Sie verlieren ihren Arbeitsplatz, finden sich in der Vermittlungsbörse wieder und werden irgendwo in Hessen einen Arbeitsplatz finden. Es ist unerträglich, wie man mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in der hessischen Landesverwaltung umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren, es ist nicht nur eine Stilfrage. Da sind wir von dieser Regierung einiges gewöhnt, bzw. uns überrascht nichts mehr.

(Norbert Schmitt (SPD): Fast nichts!)

Diese Landesregierung geht mit ihren Mitarbeitern nahezu wie mit Leibeigenen um.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Ich nehme das Beispiel der teilzeitbeschäftigten Verwaltungskräfte, überwiegend Frauen, die sich noch um die Erziehung ihrer Kinder kümmern. Die finden sich dann in der Vermittlungsstelle wieder. Sie müssen dann 40, 60 oder sogar 70 km auf die Arbeitsstelle fahren, haben bei BAT VII aber kein hohes Einkommen.

(Norbert Schmitt und Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Für diese Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird es ein Verlustgeschäft sein. Ich habe den Eindruck, Sie spekulieren darauf, dass Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sagen, dass es nicht zumutbar sei und sie kündigen müssten. Darauf spekulieren Sie, um Personalkosten einzusparen. Das ist unmöglich.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, vorhin haben wir von Herrn Staatsminister Grüttner im Rahmen des Standortkonzeptes gehört – da geht es auch um viele Mitarbeiter –, nach welchen Kriterien man die Standorte festlegt. Das müssen die Mitarbeiter jetzt ausbaden.

Übrigens, der beste Einsparbeitrag des Landes Hessen an Personalkosten wäre der Wegfall der Stelle des Herrn Staatsministers Grüttner. Denn wer nichts zu sagen hat, in der Sache keine Ahnung hat, nichts Fundiertes mitteilen kann, soll wenigstens noch einen letzten Beitrag dazu liefern. Personalkosten beim Land einzusparen. Das sage ich an der Stelle sehr deutlich.

(Beifall bei der SPD und der Abg. Nicola Beer (FDP))

Sie reden wahrscheinlich nicht mehr mit den Bediensteten. Deswegen motivieren Sie die Mitarbeiter nicht. Im Gegenteil, Sie machen ein Demotivierungsprogramm. Die Mitarbeiter fühlen sich von dieser Landesregierung gemobbt, und – wir müssen hinzufügen – leider ist dieser Eindruck mehr als berechtigt: Mobbing gegenüber Mitarbeitern.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Ein Zweites, was im Rahmen des Zukunftssicherungsgesetzes festzustellen ist: Sie streichen bzw. kürzen beim Urlaubsgeld, kürzen bei der Weihnachtswendigung, sind aber nicht bereit, die soziale Komponente zu berücksichtigen. Es gab in diesem Hause Anträge, etwa der Fraktion der GRÜNEN – wir haben uns dem angeschlossen –, zu sagen, eine sozial ausgewogenere Staffelung bei den Kürzungen mache Sinn. Man hätte auch sagen können, es gibt eine pauschale Weihnachtswendigung, damit die, die mehr verdienen, auch einen höheren Sparbeitrag liefern. Auch darüber hätten wir reden können. Mit der Arroganz der Mehrheit haben Sie das abgelehnt.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Meine Damen und Herren, deswegen ist das, was Sie jetzt mit Ihren Aktionen im Landtag machen, das Ergebnis falscher Politik, auf dem Rücken der Mitarbeiter ausgetragen. Das ist nicht hinnehmbar. Wie wollen Sie zukünftig Mitarbeiter der hessischen Landesverwaltung motivieren, wenn Sie nicht bereit sind, mit den Mitarbeitern zu reden? – Das ist die Zielsetzung unseres Antrags,

(Beifall bei der SPD)

nämlich einen Beschäftigungspakt aufzustellen. Was verbirgt sich dahinter? – Moderne Personalpolitik, wie sie in vielen Unternehmen der Wirtschaft üblich ist: vor Jahren bei Fraport, als es erhebliche Finanzprobleme gab, jetzt bei Opel. Man setzt sich mit dem Vorstand, dem Betriebsrat und den Mitarbeitern zusammen und sagt: Wir haben ein Sanierungsproblem. – Hessen ist ein Sanierungsfall, gar keine Frage, insbesondere diese Landesregierung.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Also, setzen wir uns zusammen und versuchen, das Beste daraus zu machen, ein perspektivisches Konzept zu ermitteln: Wie kann ich auch längerfristig Arbeitsplätze im öffentlichen Dienst sicher machen? – Die Mitarbeiter sind bereit, ihren Beitrag dazu zu leisten, wenn sie vorher in Entscheidungsprozesse und -abläufe einbezogen werden.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Genau das fordern wir mit dem Beschäftigungspakt. Deswegen bringt es auch wenig, die Arbeitszeiterhöhung so umzusetzen, wie Sie das machen. Ich sage noch einmal:



Belastungen im Schichtdienst. Bei der Polizei, bei Vier- oder Fünfschichtdienst bedeuten 42 Stunden Arbeit eine Mehrbelastung von bis zu 15 Stunden. Das ist dann keine Petitesse. Das wird auf dem Rücken und den Knochen der Polizeibeamten ausgetragen. Das ist nicht akzeptabel. Deswegen lehnen wir das auch ab.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Natürlich wird es im öffentlichen Dienst Strukturveränderungen geben. Sie müssen sinnvoll und nachvollziehbar sein. Genau das ist – wir haben es vorhin in der Debatte gehört – bei Ihrem Konzept in keiner Weise der Fall. Die Bürgernähe geht verloren. Stattdessen schaffen Sie neue Verwaltungsstränge. Sie zonen Aufgaben in die Ministerien hoch. An anderer Stelle werden Sie Qualitätsverluste hinnehmen müssen. Wenn etwa zukünftig Planfeststellungsverfahren beim Regierungspräsidium nicht mehr zeitnah bearbeitet werden können, dann können etwa große Projekte wie der Weiterbau der Autobahnen – in Nordhessen die A 44 und die A 49 – nicht mehr zügig umgesetzt werden. Das geht zulasten der Bürgerinnen und Bürger in der Region. Das ist die Folge dieser falschen Sparpolitik. Herr Lübcke, so ist es.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, deswegen ist unser Antrag, einen Beschäftigungspakt aufzulegen, der richtige Weg. Ich weiß, Sie haben das bisher pauschal abgelehnt, nach dem Motto: „Wir haben es gar nicht nötig, mit den Mitarbeitern im Lande zu reden, denn sie sind Verfügungsmasse.“

(Zuruf des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

– Herr Boddenberg, es stellt sich die Frage, mit wem Sie reden. Sie müssen zur Kenntnis nehmen: Wir sind durchaus guter Hoffnung, dass Ihre Arroganz bei vielen Menschen Konsequenzen zeigt. Die vielen Demonstrationen in der letzten Zeit haben die Abstimmung mit den Füßen gezeigt. Die Leute haben die Nase voll von Ihrer Politik in Hessen. Das ist die ganz klare Konsequenz.

(Beifall bei der SPD und des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) – Zurufe der Abg. Frank Gotthardt und Michael Boddenberg (CDU))

Sie brauchen sich nicht hinter Berlin zu verstecken. Sie tragen die Verantwortung für Wiesbaden und die Politik in Wiesbaden. Wir können nur froh sein, dass Sie sich jetzt der Verantwortung stellen müssen. – Wie Sie die Rechte der Mitarbeiter im öffentlichen Dienst mit Füßen treten, ist nicht zu beschreiben. Deswegen fordern wir Sie auf: Reden Sie mit den Menschen.

Ziel dieses Beschäftigungspaktes soll es sein, den Anstieg der Personalausgaben auf 1 % zu beschränken. Es ist zugegebenermaßen schwierig, dieses Ziel zu erreichen. Wir sind aber der Meinung, gemeinsam ist es möglich.

In den nächsten Jahren wird es in vielen Bereichen der Verwaltung keinen Einstellungskorridor mehr geben. Das heißt, die Verwaltungen werden immer mehr vergreisen. Eine gute öffentliche Verwaltung, die sich als Dienstleistungsverwaltung ansieht, braucht aber auch Nachwuchs. Deswegen machen Sie mit Ihrer falschen Personalpolitik die Qualität des öffentlichen Dienstes in der letzten Zeit noch schlechter. Damit wollen Sie offensichtlich der Privatisierung Vorschub leisten, nach dem Motto: „Die Privaten richten es, die machen alles besser.“ Auch das ist der

falsche Ansatz. Wir brauchen eine gute staatliche Verwaltung. Sie ist in diesem Bereich wichtig, weil sie die Funktion der Daseinvorsorge hat.

Deswegen: 1 % ist sicherlich ein ehrgeiziges Ziel. Wir sind der Auffassung, dass die Bediensteten, wenn man ihnen einiges abverlangt – das werden wir tun müssen –, dann auch in die Prozesse einbezogen werden müssen, ihr Sachverstand akzeptiert werden muss und gemeinsam nach Modellen gesucht werden muss.

Meine Damen und Herren, deswegen macht der Antrag Sinn. Wir bitten Sie herzlich um Zustimmung. Hören Sie endlich auf mit einer Personal- und Ausgabenpolitik nach Art eines Grafen. Ich könnte jetzt hinzufügen: nach Art des Grafen von Erbach. Der hat sich über das Schnäppchen der Landesregierung gefreut: „Ich bin froh, dass die mir die Schulden jetzt abgenommen haben.“

Sie wollen Ihre falsche Politik auf dem Rücken der Mitarbeiter austragen. Das ist mit uns nicht zu machen. Stimmen Sie dem Antrag zu. Das wäre gut für Hessen. – Vielen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf Frau Zeimetz-Lorz für die Fraktion der CDU das Wort erteilen.

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Herr Kollege Rudolph, ich glaube, Sie haben jetzt eine Viertelstunde geredet.

(Michael Boddenberg (CDU): Er hat nichts gesagt!)

Sie haben aber leider nichts dazu gesagt, wie der Anstieg der Personalausgaben des Landes, der in der Tat hoch ist, auf 1 % gesenkt werden kann. Sie haben gesagt, man müsse mit den Beschäftigten reden. Das ist richtig. Das tun wir. Dazu brauchen wir nicht Ihre Aufforderung mittels eines Antrags. Das machen wir ständig.

Sie haben den größten Teil Ihrer Rede dazu genutzt – dazu haben Sie eine vorgefasste Rede, die haben wir in diesem Haus schon mehrfach gehört –, um sozusagen einen rudolphschen Hurra-Husarenritt gegen die „Operation sichere Zukunft“ vorzunehmen.

(Günter Rudolph (SPD): Düstere Zukunft! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Düstere, ganz düstere Zukunft!)

Was haben wir gemacht? Wir haben den Beschäftigten des Landes in der Tat einiges zugemutet. Das sehen wir ein. Aber wir sind da nicht alleine. Ich darf daran erinnern, dass wir uns da im Konzert mit den anderen Bundesländern und auch mit dem Bund befinden.

(Petra Fuhrmann (SPD): Nein!)

Sie verlangen mit Ihrem Antrag, die für den 1. Januar 2004 vorgesehene Arbeitszeitverlängerung wieder rückgängig zu machen. Wir hätten dann also wieder die derzeit geltende Arbeitszeit von 38,5 Stunden pro Woche. Damit wären wir dann allerdings in der Bundesrepublik alleine. Denn es gibt in dieser Republik kein Bundesland mehr, das noch die Arbeitszeit von 38,5 Stunden für Beamte kennt. Alle anderen Bundesländer und selbst der Bund

haben mittlerweile 40 bzw. 41 Wochenstunden Arbeitszeit.

Sie haben die Kürzungen beim Weihnachts- und beim Urlaubsgeld angesprochen. Wir haben das schon wiederholt in diesem Haus diskutiert. Ich darf nochmals auf eines hinweisen. Sie haben den Änderungsantrag der GRÜNEN angesprochen. Sie selbst haben zu dieser Frage keinen eingebracht.

Auch hier befinden wir uns im Konzert mit den anderen Bundesländern. Das wissen Sie. Auch Sie wissen, dass andere Bundesländer sogar noch weiter gegangen sind als Hessen. Wir befinden uns hier in Übereinstimmung mit dem Bund.

Ich finde es schon ein bisschen seltsam, dass Sie hier zum wiederholten Mal darauf hingewiesen haben, dass wir keine soziale Komponente eingebaut hätten. Das haben wir. Das wissen Sie ganz genau. Das betrifft nämlich das Urlaubsgeld.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Ach, ja!)

Das ist noch nicht einmal beim Bund vorgesehen. Die GRÜNEN haben wortreich erklärt, sie hätten den Bund aufgefordert, hier Nachbesserungen vorzunehmen. Das ist aber nicht geschehen. Insofern sollten Sie bei dieser Frage den Mund nicht so voll nehmen.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Zeimetz-Lorz, Herr Boddenberg möchte eine Zwischenfrage stellen. Gestatten Sie das?

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Aber natürlich!)

#### **Michael Boddenberg (CDU):**

Frau Kollegin, Sie haben eben die Situation in den anderen Bundesländern angesprochen. Ist Folgendes richtig? Ich habe das erst gestern gehört. Ich wollte es erst gar nicht glauben. Zum Beispiel müssen in Nordrhein-Westfalen die Bediensteten der Polizei ähnlich, wie wir es jetzt in Hessen machen, mit Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld rechnen. Auch dort werden die Bediensteten wöchentlich mehr arbeiten müssen. Darüber hinaus wird dort die Altersregelung aber auch eine andere sein, als es bisher der Fall war. Dort soll eine Altersruhestandsregelung mit einem Eintrittsalter von generell 62 Jahren eingeführt werden. Ist das richtig?

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Herr Boddenberg sollte nachher selbst eine Rede halten!)

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Lieber Herr Kollege Boddenberg, das ist richtig. Ich wäre darauf noch zu sprechen gekommen.

(Beifall des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP) – Lachen bei Abgeordneten der SPD)

Ich finde das schon ein bisschen merkwürdig. Denn alle in diesem Haus wissen es. Es ist nachweisbar, dass die Regierung von Nordrhein-Westfalen nicht von der CDU geführt wird. Ich möchte an dieser Stelle betonen: Dies ist noch nicht der Fall. – In Nordrhein-Westfalen wird in der Tat noch darüber hinausgegangen. Davon haben wir hier in Hessen ausdrücklich Abstand genommen. Es geht da um die Frage der Verlängerung der Lebensarbeitszeit.

Auch darüber hätte man diskutieren können. Herr Rudolph hat das hier nicht angesprochen.

(Michael Boddenberg (CDU): Frau Kollegin, das hat er bestimmt vergessen, oder er weiß es nicht!)

Das ist unangetastet geblieben. Ich denke, dass wurde aus guten Gründen so gemacht.

Wir haben aber auch noch einen anderen wichtigen Bereich ausgeklammert. Herr Rudolph hat mit einem Nebensatz darauf hingewiesen. Das sind die Versorgungslasten. Natürlich betrifft dies auch die Lasten aufgrund der Beihilfe. Hessen ist, was die Leistungen der Beihilfe angeht, einsame Spitze. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf das bereits genannte Nachbarland Nordrhein-Westfalen hinweisen. Ich kann auch auf ein Nachbarland verweisen, das, von hier aus betrachtet, geographisch näher liegt als Nordrhein-Westfalen. Das ist Rheinland-Pfalz. Dort ist es zu ganz erheblichen Einschnitten bei der Beihilfe gekommen. Wir haben das nicht angetastet. Das möchte ich an dieser Stelle noch einmal betonen.

Ich komme zu einem weiteren ganz wichtigen Punkt, der hier schon mehrfach angesprochen wurde. Es wird in Hessen keinen Beförderungstopp geben. Ich denke, auch das ist ein Stück weit für die zukünftige Motivation der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wichtig. Wir machen es uns nicht so einfach und sagen: Wir sparen Geld, indem wir keine Beförderungen mehr vornehmen. – Wir wollen auch Beförderungen im Jahr 2004 vornehmen.

(Beifall des Abg. Michael Boddenberg (CDU))

Ich möchte noch einmal darauf hinweisen, was Sie mit Ihrem vorliegenden Antrag verlangen. Ich habe es sehr oft gelesen. Ich bin trotzdem nicht schlau daraus geworden. Es erscheint mir ein Stück weit wie die Quadratur des Kreises. Auf der einen Seite wollen Sie die Arbeitszeitverlängerung der Beamtinnen und Beamten von 38,5 auf 42 Stunden aufgehoben haben. Auf der anderen Seite wollen Sie den Anstieg der Personalausgaben auf 1 % begrenzen. Das wollen auch wir mit der „Operation sichere Zukunft“ erreichen. Das werden wir mit der „Operation sichere Zukunft“ auch erreichen. Sie werden das mit Ihrem Antrag aber nicht erreichen. Ich will Ihnen das gern an dieser Stelle erläutern.

Man muss sich vor diesem Hintergrund vergegenwärtigen, dass es für uns in Hessen nicht beeinflussbare, zwangsläufig uns erreichende Mehrbelastungen gibt. Ich denke dabei z. B. an die letzte Tarifierhöhung, an das Ergebnis der Tarifverhandlungen vom Anfang dieses Jahres. Es wurde eine Erhöhung um 2,4 % ausgehandelt. Das kostet das Land allein 440 Millionen €. Das heißt, die vom Land nicht beeinflussbaren Faktoren, also die, an denen wir überhaupt nichts ändern können, machen einen Anteil von 1,9 % aus. Wenn man dann ein bisschen rechnen kann und die Grundrechenarten ein Stück weit beherrscht, kommt man ganz schnell zu dem Schluss: Wenn ich den Anstieg der Personalausgaben auf 1 % begrenzen will, kann ich das nur erreichen, indem ich massiv, und zwar ganz massiv, Stellenabbau betreibe.

Wenn man Ihrem Antrag folgen würde und den Anstieg der Personalausgaben auf 1 % begrenzen würde, dann hätte man im Prinzip nur zwei Lösungsmöglichkeiten. Die eine wäre das Aussprechen betriebsbedingter Kündigungen, und zwar in einem ganz erheblichen Umfang. Nach Berechnungen aufgrund eines Modells müssten zur Reduzierung des Anstiegs der Personalausgaben auf 1 % mindestens für 1.500 Stellen zum 1. Januar 2004 Kündi-

gungen ausgesprochen werden. Ich denke, das ist eine Lösung, die wir alle gemeinsam nicht haben wollen. Aber Ihr Antrag verlangt das im Prinzip.

Alternativ dazu käme die weitestgehende Vermeidung von Neueinstellungen externer Natur in Betracht. Dies hätte die Folge, dass der Einstellungsbedarf des Landes bis auf weiteres durch landesinterne Umsetzungen des Personals abgedeckt werden müsste. Sie haben sehr über die Personalvermittlungsstelle geschimpft. Das ist aber der Ansatz, für den wir uns entschieden haben. Wir wollen interne Umsetzungen. Das ist natürlich auch mit Zumutungen verbunden, die z. B. dahin gehen können, dass man einen längeren Anfahrtsweg zur Arbeit in Kauf nehmen muss. Ich sage es einmal so: Ich denke, wenn man die Wahl zwischen Pest und Cholera hat, ist ein längerer Anfahrtsweg das, was man bevorzugen sollte.

(Günter Rudolph (SPD): An beidem kann man sterben!)

Deswegen hat sich die Landesregierung für diese letztgenannte sozialverträgliche Variante entschieden.

(Norbert Schmitt (SPD): Die Cholera-Variante!)

Die Personalentwicklungsbörse soll demnach zu einer echten Personalvermittlungsstelle ausgebaut werden. Damit wird die Voraussetzung geschaffen, diesen Weg erfolgreich zu beschreiten.

Die Erhöhung der Arbeitszeit schafft auch einen wesentlichen Freiraum dafür, die Einstellungen externer Bewerber so gering wie möglich zu halten. Sie haben die Gefahr der Vergreisung der Verwaltung angesprochen. Die haben wir im Blick. Ich denke, es ist sinnvoll, einen Einstellungskorridor zu halten, selbst wenn dieser eng ist.

Wenn wir dem folgen würden, was Sie mit Ihrem Antrag fordern, würde es uns jetzt nichts helfen. Denn mit dem, was Sie in Ihrem Antrag fordern, verschieben Sie das Problem im Grunde genommen unabsehbar weit in die Zukunft. Sie haben einige Beispiele für Beschäftigungspakte genannt. Sie entstammten sinnigerweise alle der Privatwirtschaft.

(Günter Rudolph (SPD): Ja, und?)

Andere Bundesländer haben sich um ähnliche Beschäftigungspakte bemüht. Wenn mich meine Erinnerung und meine Beobachtung nicht trügen, gab es dort jahrelang Verhandlungen mit gigantisch schlechten Ergebnissen, oder die Verhandlungen scheiterten sogar. Insofern haben Sie sich wortreich darum herumgewunden, zu sagen, wie ein Problem, das jetzt ansteht und das jetzt einer Lösung zugeführt werden muss, jetzt auch gelöst werden kann.

Mit Ihrem Antrag werden Sie nicht zielführend sein. Natürlich sind wir bereit, das mit Ihnen zu diskutieren. Aber ich glaube nicht, dass das zu dem von uns als notwendig erachteten Ziel führt; denn die Haushaltssituation ist so, wie sie ist.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Zeimetz-Lorz, Herr Kollege Schmitt von der SPD-Fraktion hätte gern eine Zwischenfrage gestellt. Gestatten Sie sie?

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Wenn ich noch Zeit habe!)

– Wenn sie noch Zeit hat, also zunächst verschoben.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Nein, wenn ich jetzt noch Zeit habe!)

– Entschuldigung. – Herr Schmitt, Sie dürfen.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, wenn Sie sagen, das klappe alles nicht, wie würden Sie dann die Eckdaten der Landesregierung zur Entwicklung der Landesfinanzen interpretieren, die eine Steigerung der Personalkosten in den Jahren 2005, 2006 und 2007 um jeweils 1 % vorsehen, also genau dasselbe, was wir mit unserem Antrag vorhaben?

#### **Birgit Zeimetz-Lorz (CDU):**

Ich bestreite gar nicht, dass Sie vorhaben, die Steigerung der Personalausgaben auf 1 % zu reduzieren. Nur, Sie widersprechen sich ein Stück weit in Ihrem eigenen Antrag. Wir bezweifeln, dass Sie dieses Ziel, das Sie in Ihrem Antrag formuliert haben, mit dem Vorschlag erreichen können. Aber, wie gesagt, wir können gern darüber diskutieren. Ich gehe davon aus, dass dieser Antrag nicht direkt abgestimmt werden soll, sondern an den zuständigen Ausschuss überwiesen wird. Lassen Sie uns dort um den richtigen Weg ringen.

Nochmals: Herr Rudolph, man kann darüber streiten, was sinnvoll ist und was nicht sinnvoll ist. Nur, es hilft nichts, wenn man darüber schimpft, dass wir eine Personalvermittlungsstelle schaffen wollen und dass wir gezwungen sind, soundso viele Stellen in der Landesverwaltung abzubauen. Sie haben auf das Suchan-Papier hingewiesen; das ist heute schon mehrfach geschehen. Deshalb lassen Sie uns im Ausschuss in aller Ruhe über Ihren Antrag reden und ohne Schaum vor dem Mund gemeinsam nach Lösungen suchen. So, wie Sie es sich vorstellen, wird es nicht funktionieren. Aber wir werden das im Ausschuss einer näheren Betrachtung unterziehen. – Ich bedanke mich für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank. – Ich darf Herrn Frömmrich für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort erteilen.

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Frau Kollegin Zeimetz-Lorz, man kann Ihnen ein Kompliment machen. Sie haben das sehr charmant vorgetragen. Aber deswegen wird das, was Sie hier so behauptet haben, nicht unbedingt wahrer.

(Minister Volker Bouffier: Na, na, na!)

Es geht nicht an – das haben wir von Herrn Grüttner gehört, das haben wir in der Vergangenheit von mehreren Mitgliedern der Landesregierung erlebt –, dass Sie immer dann, wenn es um Ihre „Operation düstere Zukunft“ geht, Beispiele aus anderen Bundesländern bemühen. Sie stehen hier im Hessischen Landtag und haben in Hessen gemachte Versprechen einzuhalten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD – Zuruf des Abg. Hans-Jürgen Irmer (CDU))

Das Versprechen des Ministerpräsidenten war: Es wird keine Sonderopfer für Beamtinnen und Beamte geben. – An dem Versprechen werden wir Sie messen.

(Hans-Jürgen Irmer (CDU): Was machen die denn in Schleswig-Holstein und Nordrhein-Westfalen? Kommen Sie einmal zur Sache!)

– Vielleicht stellen wir Sie einmal ein bisschen leiser, dann kann man auch noch der Debatte folgen.

Der zweite Punkt, den Sie angesprochen haben – auch sehr charmant, wie ich meine –, war der Versuch, das Suchan-Papier ein bisschen beiseite zu schieben.

(Birgit Zeimetz-Lorz (CDU): Nein!)

Das haben Sie beiseite geschoben. Fakt ist, Frau Kollegin Zeimetz-Lorz: Wenn Sie in den letzten vier Jahren den Pfad, den Suchan in der Personalpolitik beschrieben hat, nicht verlassen hätten und nicht Personalkostenquoten von 48 % erreicht hätten, dann bräuchten wir heute nicht über diese düstere Zukunft zu reden.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das ist der Fakt, der sich hier ergibt. Da gehört wirklich ein bisschen mehr Offenheit und Ehrlichkeit in der Debatte bei Ihnen dazu.

Ich finde es sehr löblich, dass die SPD-Fraktion noch einmal den Versuch unternimmt, in der Personalpolitik mit Ihnen einen vernünftigen Pfad zu suchen. Allein, mir fehlt der Glaube, dass uns das heute mit Ihnen zusammen gelingen wird. Wir haben schon versucht, die Debatte mit Ihnen offen und ehrlich zu führen. Mit unseren Haushaltsanträgen lagen Alternativen vor. Fakt ist, dass wir Vorschläge zum Urlaubsgeld, zum Weihnachtsgeld und zur Arbeitszeit vorgelegt haben. Es gab also Alternativen, die Sie immer bestreiten. Sie haben diese Alternativen in den Beratungen bisher abgelehnt und waren nicht bereit, mit uns darüber inhaltlich qualitativ zu diskutieren.

(Beifall der Abg. Evelin Schönhut-Keil (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Sie sind mit Ihrer „Operation düstere Zukunft“ im Begriff, die größtmögliche Demotivierung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Hessen zu beschließen. Wer in den letzten Tagen einmal das Gespräch mit Bediensteten des Landes gesucht hat, wird mir sicherlich zustimmen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter haben alle die Nase gestrichen voll. Nicht, dass das Personal die Sparzwänge des Landes nicht sieht. Das wird von vielen gesehen. Der Umgang, die Personalpolitik von oben herab, nach Gutsherrenart, über die Köpfe der Beschäftigten hinweg – das ist das, was die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bewegt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Das bringt die Motivation in den Dienststellen auf den Nullpunkt. Ohne dass Sie eine Aufgabenkritik gemacht haben, ohne dass Sie Personalentwicklungskonzepte vorgelegt haben, ohne Sinn und Verstand machen Sie Personalpolitik im Lande Hessen.

(Zuruf der Abg. Birgit Zeimetz-Lorz (CDU))

Wie andere das machen, kann man leicht nachvollziehen. Ein Blick in die Wirtschaft würde Ihnen vielleicht einmal gut tun. Sie sind sonst immer so wirtschaftsnah. Nur da, wo es wirklich innovative Entwicklungen in der Wirtschaft zu

verzeichnen gibt, schauen Sie weg und setzen auf Modelle von gestern.

Wir haben neulich alle z. B. eine Broschüre von BP verteilt bekommen. Da war im Titel zu lesen: „Unternehmerischer Erfolg wird künftig nicht allein an der Rendite gemessen – genauso wichtig ist der Stolz der Mitarbeiter auf ihr Unternehmen“.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Ich frage mich: Worauf soll eigentlich eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter der Landesverwaltung stolz sein, auf das gekürzte Weihnachtsgeld, auf das gestrichene Urlaubsgeld, auf die Arbeitszeit, die nun brutalstmöglich mehr bedeutet, 42 Stunden, und das Ganze, ohne im Vorfeld auch nur das Gespräch mit den Personalräten zu suchen, geschweige denn, über intelligente Modelle mit den Arbeitnehmervertretern zu verhandeln? Sie muten den Mitarbeitern Lohneinbußen von insgesamt 12,5 % zu und streichen im Geleitzug der „Operation düstere Zukunft“ gleichzeitig wichtige Mitbestimmungsrechte für Personalrätinnen und Personalräte aus dem HPVG.

Auch hier wieder die Frage: Was macht eigentlich die Wirtschaft? Danach gucken Sie doch sonst immer. Auch dazu wieder ein Blick in die Broschüre:

Die Harmonisierung der Tarifverträge, der betrieblichen Regelungen und der außertariflichen Gehalts- und Versorgungssysteme wurde bei den 2002 zusammengeführten Gesellschaften

– mit Sicherheit ein schwieriger Prozess –

in enger Zusammenarbeit mit Gewerkschaften und Betriebsräten erarbeitet.

Es geht also auch anders. Die Wirtschaftsunternehmen machen es Ihnen vor. Eine innovative Wirtschaft und eine kundenfreundliche Verwaltung brauchen eine intelligente Organisation der Arbeit und flexibel ausgestaltete Arbeitszeiten.

Wir fordern Sie deshalb auf, die brutalstmögliche Arbeitszeitverlängerung für Beamte und die Kündigung des Tarifvertrags für Angestellte zurückzunehmen, die vorhandenen tariflichen Flexibilisierungsmöglichkeiten umfassend zu nutzen und Verhandlungen mit den Gewerkschaften und den Personalräten im Landesdienst aufzunehmen, um zu einer differenzierten innovativen Lösung im Personalbereich zu kommen.

Es gibt nämlich andere Modelle. Hören Sie bitte mit dem Geschwätz auf, dass es keine anderen Vorschläge und keine Alternativen gegeben habe. Sie sorgen mit Ihrer landesweiten Mobbingagentur, PVS genannt, dafür, dass die Motivation auf dem Nullpunkt ist. Wie machen das Unternehmen mit ihren Mitarbeitern? Zitat aus „Visionen der Volkswagenwelt“, ein großes Unternehmen:

Arbeit wird neu definiert. Gefragt ist der ganze Mensch mit seinen individuellen Möglichkeiten, seiner Offenheit, seinem Talent, seiner Leidenschaft, zu lernen und zu entdecken, etwas zu entwickeln und etwas weiterzugeben.

Jetzt passen Sie auf:

Die Zukunft gehört denjenigen Unternehmen, die auf die Mündigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, ihre Kompetenz, Beteiligung und Lernbereitschaft setzen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

Sie machen hier in Hessen genau das Gegenteil. Wenn Sie dieses Leitbild der Personalentwicklung mit Ihrer brachialen, brutalstmöglichen Methode vergleichen, müsste Ihnen ein Licht aufgehen. Wir plädieren für soziale Partnerschaft in Betrieben, in öffentlichen Verwaltungen und in der Gesellschaft. Wir wollen eine Teilhabe, in der alle ihren gerechten Anteil an dem gemeinsam erarbeiteten Wohlstand erhalten. Wir wollen die Beteiligung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer an den Entscheidungen der Unternehmen und der öffentlichen Verwaltung. Sie setzen auf obrigkeitstaatliche Personalpolitik, auf Personalpolitik nach Gutsherrenart.

(Petra Fuhrmann (SPD): Richtig!)

Flexiblen, innovativen und beschäftigungsfördernden Arbeitszeiten auch im öffentlichen Dienst kommt für eine nachhaltige Gestaltung der künftigen Arbeitsgesellschaft eine hohe Bedeutung zu. Was Sie hier vorgelegt haben, ist Personalpolitik von vorgestern. Das ist gerade nicht flexibel, das ist gerade nicht innovativ, und es ist eben nicht beschäftigungsfördernd.

(Norbert Schmitt (SPD): So ist es!)

Es gibt in der Praxis erprobte Modelle, z. B. in der Schweiz. Bei diesen Modellen werden Überstunden nicht mehr in Geld ausbezahlt, sondern als Zeit gutgeschrieben. Da gibt es Modelle, bei denen die Überstunden auf die Lebensarbeitszeit angerechnet werden, z. B. in Bern. Es gibt Modelle des Volkswagenwerks, wo Massenentlassungen verhindert werden sollten und wo auch immense Kosten eingespart werden mussten.

(Zuruf des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Das sind Modelle aus der freien Wirtschaft, an denen Sie sich ein Beispiel nehmen sollten. Da würden Sie auch endlich einmal sehen, dass es mit Gewerkschaften, mit Personalvertretungen und mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern zusammen möglich ist, einen solchen Weg zu gehen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Die Leute haben gewaltige Gehaltseinbußen gehabt!)

Meine Damen und Herren, das sind innovative Modelle. – Vielleicht passt es Ihnen nicht, dass ich zu viel aus dem Norden genommen habe. Vielleicht passen Ihnen die Bayerischen Motorenwerke besser. Vielleicht ist das ein Modell, das Ihnen besser zusagt. Ich sage Ihnen einmal, wie die die Mitarbeiter sehen:

Die Mitarbeiter sind das herausragende Unterscheidungsmerkmal zwischen erfolgreichen und weniger erfolgreichen Unternehmen. Damit sehen wir die Mitarbeiter nicht als Kostenfaktor, sondern als Erfolgsfaktor; denn auf Dauer wird eine Personalpolitik, die nicht mitarbeiterorientiert ist, immer zu negativen Kostenauswirkungen führen und damit unwirtschaftlich sein.

Lassen Sie sich das ins Stammbuch geschrieben sein, und lassen Sie sich einmal sagen, was Sie hier personalpolitisch anrichten.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

Was Sie hier machen, ist nicht innovativ. Wir fordern Sie auf, zusammen mit den Gewerkschaften, zusammen mit den Beschäftigten einen Diskussionsprozess zu führen. Ich glaube, dass man das auf der Grundlage des Antrags, den die SPD-Fraktion vorgelegt hat, machen kann. Ich hoffe, dass Sie im zuständigen Ausschuss bereit sind, mit uns eine offene Debatte zu führen. Vielleicht nehmen Sie einmal die Filzbrille ab und sind offen für den Blick in innovative und zukunftsweisende Arbeitszeitmodelle.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD – Zurufe von der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich würde gern Herrn Hahn für die FDP-Fraktion das Wort erteilen.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen! Als ich das erste Mal den Antrag der SPD-Fraktion vom 03.12. gelesen habe, habe ich mich gefragt: Was soll denn das, und auch noch zum jetzigen Zeitpunkt? Meine Fraktion sieht das ähnlich.

Wir befinden uns zwischen der zweiten und der dritten Lesung des Haushalts für das Jahr 2004. Diese Debatte will ich in keiner Weise aufmischen. Die führen wir übermorgen, und die Nachtragsdebatte führen wir morgen.

(Zuruf des Abg. Reinhard Kahl (SPD))

Wir haben Anhörungen im Innenausschuss des Landtags durchgeführt. Wir haben Debatten geführt, jeder für sich selber, mit den Gewerkschaftsvertretungen im Lande Hessen. Ich unterstelle, jeder von uns hat Gespräche mit seinen Parteifreunden außerhalb des Landes Hessen geführt. Dann kommt urplötzlich zwischen zweiter und dritter Lesung ein knapper Sechseiler nach dem Motto: Marsch, marsch zurück, erst einmal soll ein Pakt, ein runder Tisch gefunden werden.

Nun wissen Sie, dass wir es als FDP-Fraktion klug finden, dass man dann, wenn Möglichkeiten der Einigung bestehen, diese auch sucht. Ich habe vorhin in der Debatte über die Standortentscheidungen der Landesregierung darauf hingewiesen, es wäre klüger gewesen, wenn der Hessische Ministerpräsident auf unser Angebot eingegangen wäre, das gemeinsam mit allen vier Fraktionen des Hauses zu machen.

(Beifall bei der FDP)

Da wäre auch die Möglichkeit gewesen, jedenfalls zu Beginn, eine gemeinsame Sprachregelung und Entscheidung zu finden. Aber dass jetzt die Sozialdemokraten diesen Antrag vorlegen, zeugt davon, dass sie sich nicht mit ihren Parteifreunden außerhalb Hessens unterhalten haben, dass sie sich nicht mit den Gewerkschaften in diesem Lande und außerhalb des Landes unterhalten haben und dass sie hoffen, mit einer Froschperspektive den Menschen in diesem Lande vorgaukeln zu können, dass man bei der Personalpolitik noch groß umdrehen könnte. – Das ist schlicht falsch.

Lieber Herr Kollege Kahl, lieber Herr Kollege Rudolph, Herr Steinbrück ist Ministerpräsident in Nordrhein-Westfalen.

(Günter Rudolph (SPD): Das stimmt!)

Er leitet dort gemeinsam mit Herrn Vesper die rot-grüne Landesregierung. Diese hat beschlossen, die Arbeitszeit für die Beamten im Lande Nordrhein-Westfalen von 38,5 auf 41 Stunden zu erhöhen.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das Weihnachtsgeld nicht vergessen!)

– Ich will jetzt nur die Arbeitszeit abarbeiten, Herr Kollege Dr. Jung. – Herr Ringstorff ist Ministerpräsident in Mecklenburg-Vorpommern. Er leitet dort eine rot-rote Koalition. Dort sind die bereits bestehenden 40 Stunden beibehalten worden. Dort gab es aber schon seit Jahren 40 Stunden Arbeitszeit. Gleiches Herr Kollege Beck aus Rheinland-Pfalz, der dort gemeinsam mit meinem Freund Hans-Artur Bauckhage eine sozialliberale Koalition leitet. Dort gelten seit Jahren 40 Stunden Arbeitszeit für Beamte.

Frau Simonis leitet eine rot-grüne Koalition – bereits seit Jahren 40 Stunden Arbeitszeit für Beamte. Herr Bundesinnenminister Otto Schily, der bekanntlich in einer rot-grünen Bundesregierung Verantwortung für die Beamten trägt, hat gerade die Anhebung von 38,5 auf 40 Stunden nicht nur vorgeschlagen, sondern in Teilbereichen auch durchgeführt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten, ich habe viel Verständnis dafür, dass man sich auf den eigenen Kirchturm konzentriert. Aber man sollte einmal hinaufsteigen und herübergucken, was außerhalb des Kirchturms noch zu sehen ist.

(Beifall bei der FDP und der CDU)

Deshalb ist es schlicht unglaublich – Entschuldigung, dass ich das so sage; aber ich war vorhin auch hart in die andere Richtung –, wenn Sie hier einen Antrag nach dem Motto vorlegen: Jetzt fangen wir neu an zu denken, guckt einmal ein bisschen bei VW in Baunatal oder bei BMW in München, oder wie auch immer. – Nein, der Prozess ist in der staatlichen Verwaltung allgemein zu finden, und zwar in allen Bundesländern und im Bund. Er ist einen weiten Schritt weiter, als die hessische Sozialdemokratie das wahrhaben will. Deshalb lehnen wir diesen Antrag ab, meine sehr verehrten Kolleginnen und Kollegen von den Sozialdemokraten.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU – Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Herr Kollege Rudolph, viele Ihrer Zurufe sind verwertbar. – Wir haben eher ein bisschen den Eindruck, dass es sich bei Ihrem Antrag um ein Weihnachtsgeschenk an die Gewerkschaften handelt oder aber dass Sie sich gerne positiv in der Zeitung lesen wollen, dass Sie vielleicht Streicheleinheiten mit den Gewerkschaften austauschen wollen, die an anderer Stelle wegen der grottenschlechten Bundespolitik von Rot-Grün mit Ihnen nicht so übereinstimmen. Jedenfalls ist der Antrag nicht der Lage angemessen, die wir jetzt haben. Das hat auch der Versuch des Kollegen Rudolph gezeigt, ihn hier zu begründen.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die Beamten in unserem Lande müssen wissen, dass eine Arbeitszeitverlängerung in unserem Lande aus Kostengründen dringend notwendig ist. Die Beamten in diesem Lande sollen auch noch einmal wissen, dass die FDP-Fraktion in diesem Hause, obwohl sie nicht in Regierungsverantwortung ist, hinter den Forderungen und den Umsetzungen der Landesregierung in dieser Frage steht. Wir sagen das vor der Wahl und machen nach der Wahl, was wir vor der Wahl gesagt haben. Das gilt für uns in allen Bereichen.

(Beifall bei der FDP)

Die Beamten und Beamtinnen und auch die Angestellten in diesem Lande müssen aber auch wissen, dass wir das Verfahren der Personalvermittlungsagentur oder -stelle – die Namen wechseln dauernd; bei uns heißt das nur noch PMA: Personalmobbingagentur – nicht gutheißen.

(Beifall bei der FDP)

Aber das ist ein anderes Thema. Das hat nichts mit dem Pakt zu tun, sondern das ist ein Thema, bei dem wir in der Auseinandersetzung mit der regierenden Union als Opposition hoffentlich ein bisschen durchsetzen können, dass dort ein Verfahren gewählt wird, das menschenwürdig ist – das sage ich hier sehr bewusst –, das nicht eine Fokussierung auf Personen in der Behörde zur Folge hat, von denen man weiß: Die haben den kw-Vermerk an der Backe, und den haben sie noch ewig an der Backe.

Das hat nicht nur etwas mit Motivation zu tun, sondern auch mit anderen Dingen. Deshalb bin ich sehr hoffnungsfroh, dass wir, wenn wir als Parlament eingeschaltet sind, in den Beratungen ein bisschen für Entspannung sorgen können. Aber losgelöst von dieser Frage muss klar sein: Die Arbeitszeitverlängerung muss kommen. In Hessen haben wir lange gewartet, die Arbeitszeitverlängerung durchzuführen. Andere Bundesländer haben das schon vor Jahren gemacht.

Deshalb, liebe Kollegen von der SPD: Die Streicheleinheiten mit den Gewerkschaften mögen in der Vorweihnachtszeit ganz schön sein, helfen aber den Mitarbeitern in Hessen leider nicht weiter. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP und bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Für die Regierung spricht Herr Staatsminister Bouffier.

#### **Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen, meine Herren! Für die Landesregierung möchte ich zunächst einmal wie folgt Stellung nehmen: Als ich den Antrag gesehen habe, habe ich gedacht, das könnte eine spannende Debatte werden.

(Andrea Ypsilanti und Günter Rudolph (SPD):  
Machen Sie eine daraus!)

Nach dem, was ich nun gehört habe – Herr Kollege Rudolph, ich komme noch zu Ihnen –, und auch dem, was Herr Frömmrich hier vorgetragen hat, muss ich sagen: Die Beurteilung ist relativ schlicht. Es ist entweder ein Schaufensterantrag, wie Herr Kollege Hahn zu Recht gesagt hat, oder er ist fachlich nicht durchdacht. Ich werde Ihnen beides vortragen.

(Günter Rudolph (SPD): In aller Bescheidenheit!)

– Herr Rudolph, seien Sie ganz still.

(Günter Rudolph (SPD): Ich bin doch ganz entspannt!)

– Wenn Sie so entspannt sind, machen wir es auch bitte entspannt. Aber es geht um ein sehr ernstes Thema. Deshalb bin ich auch dankbar, dass wir die Gelegenheit haben, darüber zu sprechen.

(Lachen der Abg. Günter Rudolph und Norbert Schmitt (SPD))

Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat sehr detailliert vorgetragen, aus welchen Gründen sie der Auffassung ist, dass dieser Antrag abgelehnt werden muss. Diesen Ausführungen schließe ich mich an.

Sie haben sich leider nicht die Zeit genommen, auf die sehr detailliert vorgetragenen Punkte einzugehen. Sie haben geschrieben, wir sollten einen Beschäftigungspakt machen. Darüber kann man sprechen. Jetzt lautet die spannende Frage, die man Ihnen stellen muss: Was soll der Inhalt dieses Beschäftigungspakts sein?

(Günter Rudolph (SPD): Sehr gut! – Norbert Schmitt (SPD): Jetzt nähern wir uns Ihrer Denke!)

Sie haben in Ihrem Antrag zwei Punkte festgelegt. Sie haben erstens festgelegt, dass die Verlängerung der Arbeitszeit zurückzunehmen sei. Zweitens haben Sie festgelegt, dass die Steigerung nur 1 % betragen dürfe.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Das ist mutig!)

Das kann man so sagen. Frau Kollegin Zeimetz-Lorz hat Sie darauf hingewiesen, dass wir ein Instrument haben müssen, wenn wir das erreichen wollen. Zu den Instrumenten haben Sie sich in keiner Weise geäußert. Bezüglich des Inhalts haben Sie keinen Punkt genannt. Sie haben eine Tour d'Horizon durch alles gemacht. Die herrlichen Stichworte Weihnachtsgeld und Urlaubsgeld werde ich heute aus Zeitgründen nicht nennen. Ich könnte Ihnen das vorlesen, was Herr Stiegler von der SPD-Fraktion gesagt hat. Dann wäre die SPD-Fraktion für den heutigen Tag saniert. Das lasse ich jetzt; ich habe das mehrfach vorgetragen.

Mir geht es mehr um die Sache. Einen Beschäftigungspakt zu schließen war einer meiner Vorschläge in der letzten Tarifrunde vor genau einem Jahr. Ich will heute vor dem Haus vortragen, was daraus geworden ist; denn ich bin durchaus bereit, über solche Fragen zu sprechen. Nur muss man auch die Kriterien nennen. Sie haben in Ihrer Rede kein einziges Kriterium genannt.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

An einem Punkt können Sie nicht ganz vorbei.

(Zuruf des Abg. Norbert Schmitt (SPD))

– Herr Kollege, ich komme darauf zurück. – Sie sagen, 1 % dürfe die Steigerung nicht überschreiten.

(Norbert Schmitt (SPD): Genau!)

Herr Kollege Schmitt, Sie haben vorhin nach der mittelfristigen Finanzplanung gefragt. 1 % Steigerung ist ziemlich genau das, was wir vorhaben. Wenn wir an 1 % festhalten, müssen wir eine Antwort darauf geben, wie wir dahin kommen.

Nehmen Sie gleichzeitig zur Kenntnis – Herr Kollege Schmitt, ich kann Ihnen das auch schriftlich geben; dann können Sie das für die zukünftigen Debatten vielleicht schon bearbeiten, und es wird leichter –: Wir haben zurzeit durch uns nicht beeinflussbare Steigerungen in Höhe von 125 Millionen €. Das ergibt 1,9 %. Wenn Sie vorher definieren, die Steigerung dürfe nur bei 1 % liegen, auf der anderen Seite aber 1,9 % Steigerung haben, müssen Sie einen Vorschlag machen, wie Sie damit umgehen.

Jetzt sind wir bei der Logik angekommen. Es ist nicht damit getan, Schaufensterreden zu halten. Vielmehr müssen Sie jetzt sagen: Ich habe einen Vorschlag, wie ich das lösen will. – Sie lösen das weder durch runde Tische noch durch Parteitage, sondern Sie haben im Kern zwei Lö-

sungsmöglichkeiten. Für die eine Möglichkeit haben wir uns entschieden.

Eines muss hier sehr deutlich gesagt werden: Wenn das Wirklichkeit werden soll, was Sie vorschlagen, besteht die einzige Konsequenz darin, dass wir betriebsbedingte Entlassungen vornehmen. Herr Frömmrich, andere Lösungen sind von den Denkgesetzen her nicht möglich. Ich lasse Sie nicht damit durchkommen, dass Sie auf der einen Seite sagen, es dürfe nur 1 % Steigerung geben, auf der anderen Seite aber fordern, dass wir die Arbeitszeitverlängerung zurücknehmen. Gleichzeitig wissen Sie – wenn Sie sich genauso mit dem Thema beschäftigen wie wir –, dass wir fast 2 % automatische Steigerung haben.

Jetzt zum Mitschreiben: Der Antrag der SPD bedeutet, 1.500 Stellen betriebsbedingt zu kündigen. Das ist die Konsequenz, die zum 01.01.2004 gezogen werden muss. Ich bin gerne bereit, Ihnen das auf jeder Tagung – laden Sie mich ein – vorzurechnen.

(Zuruf von dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Unsere Vorschläge haben vorgelegen!)

Meine Damen und Herren, nehmen Sie das bitte aus der Debatte mit: Die Zahl 1.500 stammt aus der Haushaltsabteilung bzw. der Dienstrechtsabteilung. Diese Zahl habe nicht ich erfunden. Ich sage Ihnen das, damit Sie all das in Zukunft mitnehmen können.

Zweite Bemerkung. Es bleibt die Aufgabe, wie wir 1 % Steigerung erreichen wollen. Deshalb kann man Ihrem Antrag nicht zustimmen. Die Frage ist: Wenn das nicht geht, was kann man machen? Unsere Position ist, dass wir durch die Verlängerung der Arbeitszeit – darüber kann man immer streiten – einen Zuwachs an Arbeitsproduktivität haben werden. Dieser Zuwachs – wie immer man ihn auch bezeichnet, z. B. Effizienzdividende; das ist sekundär – setzt uns in den Stand,

(Norbert Schmitt (SPD): 10.000 Stellen abzubauen!)

bei den Neueinstellungen sehr zurückhaltend vorzugehen. Sie kennen unsere Vorstellungen diesbezüglich. Das Kriterium ist nämlich, wie Sie auf der einen Seite die Leistungen erhalten, auf der anderen Seite aber durch eine geringere Zahl an Einstellungen von Menschen in den Landesdienst bei 1 % Zuwachs bleiben können. Wenn Sie das für falsch halten, Ihr System aber schlichtweg nicht funktioniert

(Günter Rudolph (SPD): Sie haben den Ansatz nicht verstanden!)

– ich unterstelle auch Ihnen nicht, dass Sie 1.500 Leute auf die Straße setzen wollen –, hätte ich erwartet, dass Sie vorschlagen, was man sonst noch machen kann.

Ich halte hier fest – vor allem für diejenigen, die es nachlesen –, dass der Vorschlag der Sozialdemokraten bedeutet, betriebsbedingte Kündigungen vorzunehmen. Sie haben kein einziges anderes Beispiel genannt.

(Günter Rudolph (SPD): Falsch!)

Dritter Punkt. Auch inhaltlich ist leider alles falsch.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Es ist leider so. – Wir befinden uns mitten in einer Tariflaufzeit. Worüber soll ich denn mit den Gewerkschaften verhandeln, wenn der Tarifvertrag bis 2005 läuft?

(Günter Rudolph (SPD): Wo steht es, dass das für das Jahr 2004 ist? Das ist ein Prozess über Jahre!)

– Herr Kollege, Sie haben doch vorhin selbst gesagt – ich habe viele Zitate von Herrn Kahl, Herrn Walter und vielen anderen; aber die lasse ich hier weg –, dass die Personalkostenbelastung zurückgeführt werden muss. Darüber sind wir uns einig. Damit können wir nicht irgendwann anfangen. Vielmehr müssen wir jetzt damit beginnen. Wenn Sie sagen, wir könnten das erst machen, nachdem die jetzige Tariflaufzeit vorbei ist, können wir das erst im Jahr 2005 in Angriff nehmen. Das Jahr 2004 bleibt davon unberührt. Wenn Sie das wollen, müssen Sie es sagen. Wir wollen das nicht.

Ich füge eine Bemerkung hinzu: Wollen Sie tatsächlich, dass Hessen bei 38,5 Stunden Arbeitszeit verbleibt?

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Nein!)

– Herr Frömmrich, wenn Sie das nicht wollen, können Sie das auch nicht schreiben. Ein bisschen intellektuelle Redlichkeit müssen wir doch üben.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Sie haben eben vom Pult aus gesagt, dass Sie dem Antrag der SPD zustimmen wollen. Darin steht, dass wir die Arbeitszeitverlängerung zurücknehmen sollen.

(Zuruf des Abg. Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

– Nein, ich will das im Zusammenhang vortragen. Herr Frömmrich, machen Sie langsam, Sie kommen auch noch dran.

So läuft das nicht. Sie können hier nicht kurz vor Weihnachten eine Schaufensterrede halten, um die Gewerkschaft zu bedienen. Da ich weiß, wie viele Menschen in der Landesverwaltung sich Sorgen machen, sage ich das auch so ausführlich. Das, was Sie vorschlagen, ist von der Sache her nicht möglich. Es ist ein Rückfall in Zeiten, die wir gemeinsam überwunden zu haben glaubten. Hessen wäre das einzige Land mit 38,5 Stunden Arbeitszeit. Das wäre sicherlich falsch.

Ein weiterer Punkt. Haben Sie vielleicht zur Kenntnis genommen, dass uns die Gewerkschaften mitgeteilt haben – und zwar nicht nur jetzt –, dass sie nicht bereit sind, überhaupt in irgendwelche Gespräche einzutreten? Ist Ihnen das entgangen? Es kann ja sein, dass Ihnen das entgangen ist. Dann kann ich es hier noch einmal vortragen. Die Gewerkschaften haben uns seit längerer Zeit wissen lassen, dass sie nicht bereit sind, über irgendetwas zu verhandeln.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

– Verzeihung, das müssen Sie einmal zur Kenntnis nehmen.

(Norbert Schmitt (SPD): Das ist Ihr Problem!)

– Sie beide freuen sich so. Ich freue mich überhaupt nicht. Wissen Sie, warum ich mich nicht freue? Es wäre gut, wenn wir zu einer Lösung kämen. Können Sie mir erklären, warum der Bundeskanzler beim Bündnis für Arbeit resigniert aufgegeben hat? Das war doch eine innersozialdemokratische Veranstaltung. Wollen Sie auch dann noch lachen?

(Petra Fuhrmann (SPD): Weil die Arbeitgeber die Absprachen nicht eingehalten haben!)

Das Problem ist doch, dass die Menschen in diesem Land ihre Arbeit verlieren. Deshalb lasse ich Sie damit nicht so locker aus dem Haus gehen. Ich komme auch noch auf das Stichwort „Beispiele aus der Wirtschaft“ zurück.

Fakt ist, dass es außer in Brandenburg und in Berlin kein einziges gelungenes Beispiel gibt. Das waren Sonderfaktoren. Fakt ist auch, dass es vor einem Jahr eine ganze Reihe von Kollegen gegeben hat, die in diesen Tarifverhandlungen gesagt haben – ich habe das oft genug vorgelesen –: 2,4 % sind falsch. Lasst uns bei 1 bzw. bei 0,5 % bleiben, die z. B. für die Ausweitung der Teilzeitarbeit, für die Übernahme von Auszubildenden und für die Streckung von Arbeitszeitkonten genutzt werden können.

Es gab keine Bereitschaft, überhaupt etwas zu machen. Sie können alle Kollegen fragen, die damals dabei waren. Deshalb ist und bleibt das an dieser Stelle ein Schaufensterantrag.

Wenn wir im Jahr 2005 – wenn die jetzige Tarifperiode herum ist – die Chance haben, mit den Gewerkschaften verantwortlich zu verhandeln, erkläre ich für die Landesregierung, dass wir dazu bereit sind. Dann müssen wir uns aber über die Kriterien verständigen.

Deshalb möchte ich gerne zu Ihrem Beitrag, Herr Frömmrich, noch eine Bemerkung machen. Ich finde es prima, was Sie hier vorgetragen haben. Ich verstehe es auch bis zu einem gewissen Grade. Sie haben gesagt, wir sollten uns Anleihen bei der Wirtschaft holen. Der Kollege Dr. Jung hat Ihnen schon durch Zuruf gesagt, wie es bei VW war. Der größte Teil dessen, was bei VW geschaffen wurde, ist über die Bundesanstalt für Arbeit bezahlt worden. Oder nehmen wir einen anderen großen Betrieb, einen aus Hessen, die Firma Opel. Die hat die Arbeitszeit zwar auf 32 Stunden reduziert, aber die Gehälter sind entsprechend gekürzt worden. Wenn Sie das wollen, dann müssen Sie das auch sagen.

(Beifall bei der CDU – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Reden Sie doch erst einmal mit den Beschäftigten! – Weitere Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das will ich nicht. Genau an dieser Stelle unterscheiden wir uns. Sie können sich nicht die Rosinen herauspicken. Wir haben gesagt, wir erwarten von den Menschen ein Stück Mehrarbeit. Aber wir wollen nicht ihr Gehalt beschneiden. Das ist der Unterschied.

(Norbert Schmitt (SPD): Was haben Sie denn gemacht? – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Eine Unverschämtheit! – Weitere lebhaftes Zurufe von der SPD und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

– Verzeihung, die Alternative ist doch, die Arbeitszeit und das Gehalt zu kürzen. Das halte ich für falsch. Wenn Sie das anders machen wollen, können Sie es tun. Mit uns geht das nicht. Aus Ihrer Erregung schließe ich, dass Sie ganz offenkundig Zeit brauchen, sich darüber zu unterhalten, was Sie eigentlich wollen. Unsere Entscheidung war: Wir wollen den Menschen möglichst das Geld lassen und sie bitten, dafür mehr zu arbeiten.

(Zurufe von der SPD)

Das ist die richtige Entscheidung.

(Zurufe von der SPD)

– Herr Präsident, Ihre Fraktion ist, wenn ich das sagen darf, ungeheuer aufgeregt.



**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Wenn Sie das stört – ich habe es als noch nicht so unangenehm empfunden –, dann bitte ich die SPD-Fraktion, den Lärmpegel etwas zu dämpfen.

**Volker Bouffier, Minister des Innern und für Sport:**

Herr Präsident, meine Damen und Herren, ich kann noch lauter sprechen. Das nützt aber der Sache nichts.

Jetzt komme ich zu dem, was uns eigentlich gemeinsam am Herzen liegen sollte. Ich unterstreiche ausdrücklich die Aussage – ich weiß nicht mehr, wer es gesagt hat –: Die Mitarbeiter sind unser kostbarstes Gut.

(Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Das habe ich gesagt!)

Genau so ist es. Deshalb darf ich Ihnen versichern, dass wir uns mit außerordentlich großer Sorgfalt und großer Intensität darum bemühen, die Personalvermittlung konkret auszugestalten. Wir tun dies selbstverständlich unter Beteiligung der Personalräte. Wo leben Sie denn? Die Personalräte sind beteiligt, das wissen Sie doch.

(Zurufe von der SPD)

Gehen Sie deshalb davon aus, dass wir die Arbeit schätzen, die die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung erbringen. Wir wissen, dass der Erfolg dieser Landesregierung zu einem guten Teil der Arbeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter geschuldet ist. Eines gilt aber auch: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Landesverwaltung sind nicht identisch mit den Mitgliedern der sich für alles kompetent erklärenden Gewerkschaften. Auch das muss man einmal deutlich sagen. Von den Gewerkschaften werden Interessen vertreten. Das ist legitim. Aber eine Gleichsetzung der Mitarbeiterschaft mit der Gesamtheit der Mitglieder der Gewerkschaften ist nicht in Ordnung. Das habe ich hier schon oft genug gesagt, und ich wiederhole es heute noch einmal.

Ich fasse zusammen: Ich bin froh, wenn wir im Ausschuss Gelegenheit haben, nach dem Abklingen Ihrer Erregung sehr konkret darüber zu sprechen, was Sie wollen. Dann werden Sie sehr konkrete Antworten bekommen. Es geht aber nicht, acht Tage vor Weihnachten einen Schaufensterantrag zu stellen: inhaltlich gar nichts und nebenbei Beispiele aus der Wirtschaft, die, wenn man sie aufgreift, für die GRÜNEN eine blamable Geschichte wären.

(Lebhafte Zurufe von der SPD)

Lieber Herr Frömmrich, lassen Sie mich abschließend noch eines sagen. Wir hätten wesentlich bessere Verhältnisse – ich bitte, mir das abzunehmen –, wenn Ihre Parteifreunde in Deutschland und auch in Hessen nicht bestimmte Entscheidungen getroffen hätten, die die wirtschaftliche Entwicklung erschwert haben. Ich muss es Ihnen heute sagen, weil Sie mit dem moralischen Zeigefinger auf uns gezeigt haben: Ich habe einer Regierung angehört, die sich sehr um die damaligen Hanauer Nuklearfabriken gekümmert hat. Dann kam eine andere Regierung und hat die Entscheidungen getroffen, die dazu geführt haben, dass die ganze Anlage heute platt ist. Jetzt nehme ich mit großem Erstaunen zur Kenntnis: Das, was Ihr Bundesminister Trittin und andere immer für Schrott erklärt haben, kann man ohne Probleme ins Ausland bringen, weil es offensichtlich doch kein Schrott ist.

Meine Damen und Herren, wenn Sie hier bezüglich der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter moralische Kategorien einführen, dann sage ich Ihnen: Ich bin gerne bereit, darüber zu sprechen, ob wir Beschäftigung sichernde Maßnahmen durchführen. Ich bin aber nicht bereit, der Regierung vorwerfen zu lassen, wir würden mit den Menschen ohne Anerkennung ihrer Würde, ohne Anerkennung ihrer berechtigten Ansprüche umgehen. Dem ist nicht so, dem war nicht so, und das wird auch in Zukunft nicht so sein.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Staatsminister. Sie waren fast genau in der Zeit. – Für die SPD-Fraktion hat der Abg. Schmitt das Wort. Sie haben fünf Minuten Redezeit.

**Norbert Schmitt (SPD):**

Sehr geehrter Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister, ich bin mir nicht sicher, ob Sie unseren Antrag bewusst missverstanden haben, sich mit ihm bewusst nicht auseinander setzen wollten oder ihn tatsächlich nicht verstanden haben.

(Günter Rudolph (SPD): Alles gleich schlecht!)

All das ist gleich schlimm. Ich finde, Sie haben hier unter Ihrem Niveau diskutiert.

(Beifall bei der SPD)

Sie haben groß angekündigt, Sie wollten sich mit dem Antrag ernsthaft auseinander setzen. Ich muss sagen, Sie sind unter der von Ihnen selbst gesetzten Zielmarke geblieben.

Wir wollen festhalten: Im Ziel stimmen das, was die Landesregierung im Finanzplan für die kommenden Jahre formuliert hat, und der Antrag, den wir gestellt haben, überein. Es soll zu einer Steigerung der Personalausgaben um nur 1 % kommen. Jetzt streiten wir – da wird es interessant, Herr Minister, und da hätte ich von Ihnen Antworten erwartet –, wie das Ziel erreichbar ist.

Was sind eigentlich Ihre Maßnahmen, um dieses Ziel zu erreichen? Wir halten zunächst einmal fest: Nicht wir, sondern Sie sprechen davon, dass es zu betriebsbedingten Kündigungen kommen kann. Das ist nicht unsere Position, sondern Ihre.

(Beifall bei der SPD)

Sie versuchen, Ihr Ziel durch eine Arbeitszeitverlängerung zu erreichen. Sie haben entgegen den Versprechen des Ministerpräsidenten den Beamten Sonderopfer zugemutet, die zum Teil zu Lohnverlusten von bis zu 12 % führen. Das ist Ihr Weg.

(Beifall bei der SPD)

Sie wollen erreichen, dass im hessischen öffentlichen Dienst 10.000 Stellen abgebaut werden. Das ist Ihr Weg, nicht unser Weg.

Sie wollen den Stellenabbau mithilfe einer Mobbingagentur betreiben, nicht mit modernen Personalführungsmethoden.

Es ist festzuhalten, dass Sie das erreichen wollen, indem Sie die Mitbestimmung zerschlagen. Das ist Ihr Weg, zu einer einprozentigen Steigerung zu kommen. Dazu muss ich

sagen: Das ist kein Rückfall in die Personalführungsmethoden des vorigen Jahrhunderts, sondern in die des vorvergangenen Jahrhunderts. Das muss man an der Stelle festhalten.

Herr Bouffier, wenn Sie sagen, dass wir – wenn man es umrechnen würde – über 1.500 Stellen sprechen, dann ist das rechnerisch wahrscheinlich richtig, obwohl ich Zahlen, die vom Finanzministerium kommen, zuerst einmal bestreiten würde. Ich gehe aber davon aus, dass Sie diese Zahlen richtig errechnet haben.

Dann bleibt aber die Frage, wie man das rechnerisch erreichen kann. Das kann man in der Tat mit Kündigungen erreichen. Das kann man mit einem Zurückschrumpfen erreichen.

Man kann es aber auch – das ist der Streit, den wir führen – mit einem Beschäftigungspakt erreichen, in den man die Mitarbeiter und die Gewerkschaften einbindet. Das ist unser Weg.

Ihr Modell liegt auf der Hand: 10.000 Stellen sollen weg. Es liegt auf der Hand, dass Sie die Mitbestimmung herunterfahren, dass Sie die Mitarbeiter schikanieren wollen und dass es zu einer Arbeitszeitverlängerung kommt. Aber könnte man es nicht mit dem genau umgekehrten Modell versuchen, das z. B. Lufthansa praktiziert? Für eine gewisse Zeit Arbeitszeitverkürzungen und natürlich auch weniger Lohn bzw. Gehalt in Kauf zu nehmen: Wäre das ein Modell, oder nicht? Ist das ein modernes Modell, oder ist es das nicht? Herr Minister, Sie können sich doch nicht hierhin stellen und sagen, wir hätten kein Konzept, und Sie wollten über diese Frage nicht diskutieren. Im Gegenteil: Genau das ist Gegenstand unseres Konzepts und eines möglichen Beschäftigungspakts.

(Beifall bei der SPD – Zuruf von der CDU)

– Sie haben doch überhaupt keine Ahnung. Sie sind genau der Richtige für diesen Zwischenruf.

(Lachen bei der CDU)

Es ist völlig falsch, dass die Gewerkschaften nicht zur Mitarbeit bereit seien. Wir führen sehr intensive Gespräche mit den Gewerkschaften in Hessen, und wir haben fast wöchentlich Kontakt mit ihnen. Dabei hat sich Folgendes herausgestellt. In dem Moment, als die Landesregierung gesagt hat, sie werde die Tarifverträge kündigen, haben die Gewerkschaften natürlich gesagt: Dann sind wir auf keinen Fall zu Verhandlungen bereit. – Die Fronten haben sich verhärtet. Das ist die Schuld dieser Landesregierung, die ein hartes Diktat vorgenommen hat und die Mitarbeiter schikanieren und an den Interessen der Gewerkschaften und der Beschäftigten vorbeigehen will.

(Beifall bei der SPD)

Da können die Gewerkschaften doch nicht sagen: Wir sind willens und bereit, mit dieser Landesregierung in Verhandlungen hineinzugehen.

Herr Minister, Sie können doch nicht unseren Antrag hier wegwischen und sagen, wir hätten keine Vorstellungen. Nein, wir wissen, auch wir werden den Mitarbeitern einiges zumuten müssen. Aber die Gewerkschaften haben gesagt, sie wollen keine Sonderopfer. Dies sollten Sie aufgreifen. Ihr Weg ist doch, wenige – die Beamten – mit voller Last zu belasten, zum Teil mit 12 % Lohnkürzung, bezogen auf die Arbeitsstunde.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Schmitt, bitte zum Schluss kommen.

#### **Norbert Schmitt (SPD):**

Sie müssen über die ganze Breite gehen. Deswegen sagen wir, Ihr Weg wird am Ende der falsche sein.

(Frank Gotthardt (CDU): Das glaubst du wohl selbst nicht!)

Er wird zu verhärteten Fronten führen. Sie setzen nicht auf Dialog, nicht auf die Kreativität der Mitarbeiter. Sie setzen nicht auf deren Motivation. Sie wollen nicht zusammenarbeiten, sondern Sie wollen gegeneinander arbeiten. Das ist ein völlig falsches Personalführungskonzept.

Die Frage ist: Schaffen wir eine moderne Personalführung in diesem Land – oder gehen wir in Hessen in die personalpolitische Steinzeit zurück?

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Als Nächsten darf ich noch einmal Herrn Frömmrich das Wort erteilen. Ihnen steht noch die nicht ausgeschöpfte Redezeit 5 Minuten 26 Sekunden zur Verfügung.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Aber das muss nicht sein!)

#### **Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich hoffe, es geht schneller.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Wir auch!)

Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet –

(Volker Hoff (CDU): Heute Abend ist Urlaub!)

– Ich habe schon intelligentere Zwischenrufe gehört, aber na gut.

(Zuruf des Abg. Günter Rudolph (SPD))

Ich hätte mich nicht zu Wort gemeldet, wenn der Herr Staatsminister hier nicht in dieser Form vorgetragen hätte.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Herr Bouffier, das geht nun wirklich nicht. Ich habe Frau Zeimetz-Lorz attestiert, dass sie das sehr charmant vorgebracht hat. Ihnen aber kann ich das nicht attestieren. Ihnen muss ich attestieren, dass Sie hier intellektuell sehr unredlich argumentiert haben.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das können wir Ihnen nicht durchgehen lassen. Sowohl in der Debatte um das Zukunftssicherungsgesetz als auch in der Debatte um Weihnachtsgeld, Urlaubsgeld und anderes hat Ihnen meine Fraktion ganz dezidierte Vorschläge vorgelegt, die durchgerechnet waren.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wenn Sie sich hierhin stellen und allen Ernstes sagen, es habe nichts vorgelegen, alles sei aus der Luft gegriffen, dann lassen wir Ihnen das nicht durchgehen. So geht das nicht.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich will hier einmal zitieren, was Ihr Kollege Al-Wazir in der 21. Plenarsitzung zum Thema Arbeitszeit gesagt hat:

Wir dagegen haben gesagt, wir seien bereit, und man könne mit uns darüber reden, die Arbeitszeit der Beamtinnen und Beamten auf 40 Stunden zu erhöhen. Wir haben Ja zu 40 Stunden Arbeitszeit gesagt, fordern aber im Gegenzug einen Verzicht auf Stellenstreichungen, die das Äquivalent von zwei Stunden Arbeitszeit wären.

Wir haben dargestellt, wie wir die 25 Millionen € Mehrkosten finanzieren werden. Wenn Sie sich dann hierhin stellen und sagen, wir wollten das Arbeitszeitmodell vollkommen rückgängig machen, dann ist das intellektuell einfach unredlich.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich fordere Sie wirklich auf, wenn Sie mit uns darüber weiter diskutieren wollen, dass Sie diese Plattitüden endlich einmal lassen und hier nicht dauernd behaupten, zu den Problemen – die es hier durchaus gibt und die jeder von uns anerkennt – gebe es keine Alternativen.

(Zuruf des Abg. Helmut Peuser (CDU))

Als zweiten Punkt möchte ich Folgendes betonen: In meiner Rede habe ich Ihnen vorhin gesagt, wir wollen die brutalstmögliche Arbeitszeitverlängerung zurücknehmen. Dazu stehen wir auch. Bei sämtlichen Beispielen, die Sie aus anderen Bundesländern angeführt haben, geht es um 40 Wochenstunden, nicht um 42 – wie das der Ministerpräsident dieses Landes will. Damit verstößt er gegen ein gegebenes Versprechen.

Herr Staatsminister, hören Sie also damit auf, immer so zu tun, als gebe es keine Alternativen zu Ihrer Politik.

Deswegen habe ich in der Debatte hier die Beispiele aus der freien Wirtschaft angeführt. Es ging mir nicht darum, dass wir diese eins zu eins für den öffentlichen Dienst übernehmen können. Es bestreitet niemand, dass das nicht möglich ist. Es geht darum, wie diese Modelle entwickelt wurden. Dafür haben wir geworben: mit den Mitarbeiterinnen zusammen, mit den Personalvertretungen, im Gespräch, im Konsens. Was Sie hier machen, ist von oben verordnet, ohne die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzubinden.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen habe ich Ihnen diese verschiedenen Vorschläge vorgelegt. Es ist auch klar, das ist kein modernes Personalmanagement, was Sie hier machen. Das müssten Sie eigentlich auch wissen. Eigentlich wissen Sie das auch. Was Sie hier machen, ist brutalstmöglich und ohne Beteiligung der Mitarbeiterinnen. Damit machen Sie die Motivation kaputt, und damit zerstören Sie den Glauben der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter an ihren Dienstherrn. Denn Sie haben auch eine Fürsorgepflicht, und die erfüllen Sie mit dem, was Sie hier vorlegen, auf jeden Fall nicht.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Deswegen sind wir dafür, eine Debatte über das zu führen, was die SPD hier in Antragsform vorgelegt hat. Tun Sie bitte nicht so, als habe das, was Sie tun, keine Alternativen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der SPD)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit sind wir am Ende der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 24.

Es ist vorgesehen, den Antrag der SPD-Fraktion betreffend Schaffung eines Beschäftigungspaktes im öffentlichen Dienst, Drucks. 16/1477, dem Innenausschuss, federführend, und unter Hinzuziehung des Haushaltsausschusses zu überweisen. – Dem wird nicht widersprochen. Dann können wir so verfahren.

Dann geht es weiter mit **Tagesordnungspunkt 2:**

### Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Siebten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag) – Drucks. 16/1192 –

Die Redezeit beträgt fünf Minuten je Fraktion. Wer bringt das Gesetz ein? – Bitte sehr, Herr Staatsminister Grüttner.

### Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt den Gesetzentwurf für ein Gesetz zum Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag ein.

Mit diesem Rundfunkstaatsvertrag sind auch Änderungen anderer staatsvertraglicher Regelungen vorgesehen, beispielsweise des ARD-Staatsvertrages, des ZDF-Staatsvertrages, des Deutschlandradio-Staatsvertrages und auch des Rundfunkgebühren-Staatsvertrages.

Ich möchte an dieser Stelle allerdings deutlich sagen, dass mit der Änderung des Rundfunkgebühren-Staatsvertrages nicht etwa eine Diskussion über die Höhe der Rundfunkgebühren, deren Anpassung oder Nichtanpassung, oder eine Aussage über die zukünftige Struktur der Rundfunkgebühren verbunden ist, sondern es sich in diesem Passus lediglich um die Verlängerung eines Moratoriums betreffend TV-tauglicher Internet-PCs handelt.

Sie wissen, wir haben eine intensive Diskussion darüber, wie zukünftig bei der Gebührengestaltung die Tatsache berücksichtigt werden soll, dass mit PCs, die Internet-tauglich sind, auch Fernsehprogramme empfangen werden können. Hier besteht ein Moratorium, das zum 31.12.2004 geendet hätte. Danach wäre eine Entscheidung darüber zu treffen gewesen, wie zukünftig die Frage der Gebühren für solche PCs zu behandeln ist. Angesichts der Gesamtdiskussion um die Struktur der Rundfunkgebühren erscheint es angezeigt, in diesem Falle das Moratorium zu verlängern – zumal zu diesem Zeitpunkt sowieso eine Reihe weiterer Regelungen erfolgen muss.

Vor dem Hintergrund der in den letzten Wochen und Monaten sehr intensiv geführten Diskussion über die zukünftige Struktur der Rundfunkgebühren ist es sinnvoll und notwendig, genau diesen Sachverhalt – den Gegenstand dieses Staatsvertrages – so zu regeln, dass eine ausreichende Zeitspanne eingeräumt wird, um auf der Grundlage des im Januar vorgelegten KEF-Berichts und auf der Grundlage von Empfehlungen und Vorschlägen aus den verschiedenen Bundesländern eine intensive Diskussion über das Thema der Rundfunkgebühren zu führen.

Insofern sage ich am Rande hier im Landtag auch, dass die Rundfunkkommission der Länder von den Chefs der Staatskanzleien beauftragt worden ist, unter Einbeziehung all dieser Punkte eine Empfehlung in dieser Rich-

tung zu erarbeiten, damit jedenfalls im Frühjahr nächsten Jahres ein diskussionsreifer Vorschlag vorliegt, der auch den KEF-Bericht einbezieht.

In dem vorliegenden Entwurf zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages werden Regelungstatbestände umfasst, von denen ich einige wenige, die eine besondere Wichtigkeit haben, herausgreifen will. Ich glaube, die wohl wichtigste Neuerung ist in § 11 normiert, in dem es eine Auftragsdefinition für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk gibt.

Im Hinblick auf die europäische Forderung – ich erinnere nur an die gesamte Beihilfediskussion – wird der Auftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks in einer Generalklausel näher definiert und der öffentlich-rechtliche Rundfunk damit verpflichtet, beginnend mit dem 1. Oktober nächsten Jahres alle zwei Jahre einen Bericht über die Erfüllung seines jeweiligen Auftrages, über Qualität und Quantität der Angebote und Programme sowie der geplanten Leistungen vorzulegen. Entscheidend ist in dieser Normierung dabei die Einschränkung, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk in Zukunft Mediendienste nur programmbegleitend und mit programmbezogenen Inhalten darlegen darf.

Dies ist eine Beschränkung im Hinblick auf die Feststellung, dass es zunehmend Tendenzen gegeben hat, dass insbesondere die Onlineangebote des öffentlich-rechtlichen Rundfunks mit Sponsoring, Werbemaßnahmen, Gewinnspielen und vielem anderen mehr bestückt worden sind, was dazu geführt hat, dass die Ministerpräsidenten der Länder der Überzeugung gewesen sind, in dieser Normierung deutlich zu machen, dass sich öffentlich-rechtlicher Rundfunk in Zukunft in der Frage der Onlinedienste ausschließlich programmbezogen und programmbegleitend darstellen kann.

Im direkten Zusammenhang dazu steht die in § 11 normierte Klarstellung, die entgeltpflichtige Programmangebote betrifft. Es ist klar geregelt, dass Pay-Chanel- oder Pay-per-View-Angebote sowie weitere, nur gegen zusätzliches Entgelt empfangbare Angebote im öffentlichen Rundfunk in Zukunft nicht zulässig sind.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister, zur Information: Die Redezeit der Fraktion ist abgelaufen.

#### **Stefan Grüttner, Minister und Chef der Staatskanzlei:**

Meine Damen und Herren, Herr Präsident, ich will noch auf einen Punkt hinweisen, von dem ich meine, dass er von entsprechender Wichtigkeit ist. Dies betrifft die Absicherung der Regionalfenster der privaten Fernsehvollprogramme. Wir haben immer mehr Bestrebungen der großen privaten Fernsehveranstalter, zumindest ihre produktionstechnischen Bedingungen an einzelnen Standorten zu konzentrieren und zu einer konfektionierten Ware im Hinblick auf die Regionalfenster kommen.

Dies ist eine Tendenz, von der ich glaube, dass wir ihr alle entgegenzutreten müssen, weil gerade die Regionalfenster bei den großen privaten Fernsehvollprogrammen einen entscheidenden Beitrag zur Meinungsvielfalt darstellen können und wichtig für die Identität der einzelnen Regionen sind. Hier gilt es gegenzusteuern. Deswegen wird in diesem Rundfunkstaatsvertrag festgelegt, dass die beiden reichweitestärksten Fernsehvollprogramme mindestens

in zeitlich und regional differenziertem Umfang der Programmaktivitäten zum 01.07.02 – das war der Start – unter den Bedingungen der jeweiligen landesgesetzlichen Regelungen ein entsprechendes Regionalfenster vorhalten müssen.

Meine Damen und Herren, Sie können weitere Regelungstatbestände in dem Entwurf zur Änderung des Rundfunkstaatsvertrages erkennen. Wir sind mit diesem Vertrag auf dem Weg, notwendige Klarstellungen und Bereinigungen vorzunehmen. Die weitere Struktur des öffentlich-rechtlichen Rundfunks wird mit diesem Staatsvertrag nicht in ihren Grundsätzen und Grundfesten berührt. Dieses bleibt allerdings auch vor dem Hintergrund der zu folgenden Gebührendiskussion weiteren Diskussionen vorbehalten. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Minister. – Ich eröffne die Aussprache und erteile zunächst Herrn Siebel für die SPD-Fraktion das Wort.

#### **Michael Siebel (SPD):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich gebe Herrn Staatsminister Grüttner an diesem Punkt Recht, dass dieser Rundfunkstaatsvertrag nicht die Grundfesten der Diskussion um Rundfunkstaatsverträge berührt. Er hat am Anfang den Punkt benannt, um den es mit dem Achten Rundfunkänderungsstaatsvertrag gehen wird, nämlich um die Frage, welche Gebührenhöhe wir demnächst im öffentlich-rechtlichen Rundfunk auch in der Struktur zu besorgen haben werden. Deshalb möchte ich dazu einen Vorschlag machen, der schon in den ersten Beratungen dieses Rundfunkstaatsvertrags in anderen Ländern eine Rolle gespielt hat. Ich habe den Eindruck, dass dieser Rundfunkstaatsvertrag in ein paar Punkten eine Chance für uns beinhaltet.

Wir sind immer in der Situation, dass wir solchen Rundfunkstaatsverträgen im Parlament quasi zustimmen sollten, müssten, könnten – es gibt das beliebte Spielchen zwischen Opposition und Regierung, das wir jetzt nicht unbedingt machen müssen. Er bietet an zwei Punkten die Chance, einmal in eine bessere und qualifiziertere Diskussion einzusteigen. Das ist erstens die Frage der Gebühren. Wir sollten uns die Chance nicht nehmen lassen, uns möglicherweise im Hauptausschuss – das würde ich dort sogar vorschlagen, in Baden-Württemberg ist das so geschehen – über die aktuelle Situation beispielsweise durch den Vorsitzenden der KEF einmal berichten zu lassen. Ich würde dies im Ausschuss tun. Dort ist auf die Fraktionen verwiesen worden. Das halte ich nicht für effizient.

Das Zweite ist der von Ihnen angesprochene Bericht über Qualität und Quantität, der zum 1. Oktober 2004 vorgelegt werden soll. Ich denke, dass dieser Bericht auch eine Chance ist, bei den Rundfunkstaatsverträgen, die behandelt werden, einmal zu einer qualifizierten Beratung im Hauptausschuss zu kommen. – Das wären die Anregungen, die wir in diesem und insbesondere im nächsten Jahr aufnehmen können.

Zum Kern dessen, was vorgetragen worden ist. Ich denke, dass der Rundfunkstaatsvertrag der Umsetzung der EU-Richtlinie – Universaldiensterichtlinie – entsprechend

Rechnung trägt. Dazu gehört auch, dass Fernsehveranstaltung zur Sicherung von deutschen und europäischen Film- und Fernsehproduktionen beitragen sollen. Meine Damen und Herren, ich halte das gerade vor dem Hintergrund für einen relativ wichtigen Punkt, dass wir unsere Anstalten auf Europa ausrichten wollen und müssen. Es gibt seit Sommer dieses Jahres eine Vereinbarung der privaten Rundfunkanstalten, sich an der Filmförderung zu beteiligen. Es ist jetzt die Möglichkeit, dass der öffentlich-rechtliche Rundfunk mit mehr Euro einsteigt. Wir sollten in dem Zusammenhang landesrechtliche Verbindlichkeiten herstellen, um dies entsprechend sicher zu machen.

Ich will nichts zur Konkretisierung des Rundfunkauftrages sagen. Das können wir in der Ausschussberatung konkretisieren. Aber noch einen Punkt zu den regionalen Programmen. Natürlich ist es richtig, wenn wir bei den beiden reichweitestärksten Sendern eine Festlegung auf Regionalprogramme machen. Das ist immer wieder umstritten. Aber ich glaube, dass wir eine besondere hessische Aufgabe haben, was den Ort der Produktion und die Herstellung dieser Regionalfenster angeht. Es würde mich sehr freuen, wenn wir eine gemeinsame Sprachregelung und eine gemeinsame Linie gegenüber denen vertreten können, die dieses zu Gehör gebracht bekommen müssen.

Einverstanden sind wir auch in der Frage, das Moratorium für Internet-PCs um zwei Jahre zu verlängern. Das passt in das gesamte Tableau, was die Gebührenneuordnung und das Verbot von Pay-TV im Öffentlich-Rechtlichen angehen. Dem ist nichts hinzuzufügen. Dasselbe gilt für die Verbesserung der Zusammenarbeit zwischen den Landesmedienanstalten, der Regulierungsbehörde für Telekommunikation und Post sowie dem Bundeskartellamt.

Eine letzte Bemerkung möchte ich zu den Protokollnotizen machen. Die Landesregierung hat schon gesprochen. Von daher werden wir das im Ausschuss zu beraten haben. Ich finde es schon befremdlich, dass beispielsweise zu dem Punkt „stärkere Berücksichtigung deutschsprachiger Musik“ die Hessen nichts zu Protokoll erklärt haben.

Es hat mich auch befremdet, dass zu dem Punkt „geschlechtssensible Perspektive“ – das hat auch in anderen Parlamenten eine Rolle gespielt – Hessen nichts an Protokollerklärungen beizutragen hat. Dagegen hat Hessen in den wenigen Protokollerklärungen, in denen es etwas gesagt hat, gemeint, man müsse bei der Verflechtung zwischen politischen Parteien und den Medien etwas regeln. Wenn das der einzige Punkt ist, der hessenspezifisch anzumerken ist, dann ist dies ein Zeugnis davon, was nicht besonders qualifiziert für die Beratung im Rahmen des Rundfunkstaatsvertrags ist. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Siebel. – Ich darf Herrn Hahn für die Fraktion der FDP das Wort erteilen.

#### **Jörg-Uwe Hahn (FDP):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die FDP-Fraktion im Hessischen Landtag wird dem Siebten Änderungsvertrag zum Rundfunkstaatsvertrag zustimmen. Wir sehen in der Konkretisierung des Auftrages des öffentlich-rechtlichen Rundfunks eine Einschränkung des Programmauftrages der öffentlich-rechtlichen

Rundfunkanstalten, und das ist gut so. Es kann nicht sein, dass durch einen sehr weiten Auftrag die Rundfunkanstalten meinen, auf den Gebieten von Hörfunk, von Fernsehen und von Internet alles Mögliche machen zu können, dann entsprechende Wünsche hinsichtlich der Finanzierung dieser Vorstellungen bei der KEF abzugeben und dort entsprechende Finanzierungsmöglichkeiten zu bekommen.

Sie wissen, dass wir Liberale nicht nur in der hessischen FDP-Landtagsfraktion, sondern in fast allen Fraktionen in den deutschen Bundesländern der Auffassung sind, dass es jetzt ein Ende mit der Gebührenerhöhungsspirale bei den öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten haben muss.

(Beifall bei der FDP)

Wir sind der Auffassung, dass diese Anstalten durch eine Fokussierung des öffentlich-rechtlichen Programmauftrages in Zukunft mit weniger Geld auskommen können. Es darf auf alle Fälle nicht so sein, dass sich alle den Gürtel enger schnallen müssen, dass dies aber nicht für die öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten gilt. Wir sind der Auffassung, dass mit dem Siebten Staatsvertrag ein richtiger Weg eingeschlagen worden ist.

(Zuruf des Abg. Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU))

Dies ist der richtige Weg, damit die Bürger zwar weiterhin ein öffentlich-rechtliches Angebot haben, aber nicht immer mehr zur Kasse gebeten werden. – Vielen Dank.

(Beifall bei der FDP)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke, Herr Hahn. – Frau Hinz, Sie haben das Wort für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine Damen und Herren! Auch wir werden dem Siebten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge – so heißt es richtig, Herr Hahn – zustimmen.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Danke, Frau Kollegin!)

Gleichwohl möchte ich noch einige Punkte herausgreifen. Ich fange mit dem spannenden Thema Gebühren an, die jetzt nicht geregelt werden. Ich möchte an die Ausführungen des Kollegen Siebel anschließen, der hier den Vorschlag gemacht hat, dass sich der Hauptausschuss unabhängig von der kommenden Änderung oder zumindest im Vorgriff darauf schon mit dem Thema beschäftigen könnte. Ich finde, das ist eine ganz gute Idee. Das haben wir damals beim Jugendmedienschutz-Staatsvertrag auch so gemacht. Wir haben uns das Recht genommen, ein Thema selbstständig zu behandeln und haben damit möglicherweise der Landesregierung auch eine Meinung an die Hand gegeben. Von daher könnten wir das durchaus auch für die Rundfunkgebühren so halten.

Ich komme zu den Onlinediensten. Die Internet-PCs sind noch herausgenommen worden, das Moratorium ist in diesem Änderungsstaatsvertrag verlängert worden. Ich halte dies auch für sinnvoll, weil dann die Frage der Gebührenregelung insgesamt auf den Tisch kommt. Trotzdem beschleicht mich ein merkwürdiges Gefühl, wenn ich daran denke, dass Experten schon drei Jahre an der Frage

herumdiskutieren: Wie regelt man das eigentlich am besten? – Jetzt brauchen sie anscheinend noch einmal zwei Jahre. Es ist die Frage, ob das tatsächlich immer so lange dauern muss. Ich glaube, letztendlich greift hier die Tatsache, dass man im Jahr 2006 die Gebühren einheitlich regelt.

Was die Onlinedienste angeht: Die Mediendienste sind programmbegleitend als Möglichkeit festgelegt, allerdings ohne Werbung und ohne weitere Gewinnspiele und Ähnliches. Ich möchte darauf hinweisen, dass es schlecht wäre, „programmbegleitend“ zu eng zu sehen; denn schließlich gibt es das Problem der Altersdifferenz der Kunden von öffentlich-rechtlichen und privaten Medien. Ich denke, auch die öffentlich-rechtlichen Medien sollten die Möglichkeit haben, diese Dienste programmbegleitend in Anspruch zu nehmen, dies etwas offener zu gestalten, um auch jüngere Altersgruppen anzuziehen.

Der Auftrag für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk und die Fernsehanstalten ist schon konkretisiert worden. Damit ist erstmalig die Filmförderung als Thema richtig verankert. Das halte ich für sinnvoll.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Wir haben jetzt im Staatsvertrag eine Festlegung, dass es erstmals am 01.10.2004 einen Bericht zur Qualität geben soll. Ich hoffe sehr, dass dies kein rein statistischer Bericht ist, wo irgendetwas gesammelt wird, das eh schon in irgendwelchen Statistiken vorhanden ist, sondern dass wir einen Bericht erhalten, der tatsächlich Aussagen darüber macht, wie sich die öffentlich-rechtlichen Medien gestalten wollen, was sie von ihrer Rundfunkfreiheit und ihren Schwerpunkten verwirklichen und wie sie es verwirklichen.

Ich glaube, da gibt es durchaus problematische Teile, die wir derzeit auch zu sehen kriegen. Ich glaube, freitagsabends läuft zurzeit dieses furchtbare Format „Bunte-TV“.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Das wird abgesetzt!)

– Das wird abgesetzt. Es ist auch gut, dass es abgesetzt wird. Ich sage nur: Es gibt kritische Bereiche. – Ich denke, öffentlich-rechtliche Medien müssen genau darauf schauen, was sie ausstrahlen, in welchem Umfeld sie sich bewegen, dass sie sich durch solche Formate vor allen Dingen selbst das Thema Rundfunkgebühren kaputt machen; denn man fragt sich, warum man für etwas Rundfunkgebühren bezahlen muss, was man in anderen Programmen kostenlos zu sehen bekommt.

(Beifall des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN))

Von daher glaube ich, dass es sinnvoll ist, erstens dieses Format herauszunehmen und zweitens Berichte zu erhalten, die es ermöglichen, über die Qualität und die Schwerpunktsetzung zu streiten. Ich hoffe, dass das dazu beiträgt, dass die öffentlich-rechtlichen Medien sich ihrer Qualität wieder etwas bewusster werden.

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Frau Hinz, die fünf Minuten Redezeit sind abgelaufen.

#### **Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Meine Damen und Herren, ich komme zum Ende. Ich will nur ganz kurz noch auf etwas eingehen. Ich halte es für

richtig, dass die Regionalfenster für zwei private Sendeformate vorgesehen sind und bundesweit ausgestrahlt werden sollen. Allerdings gibt es nach wie vor einen Streit darüber, wo das produziert wird. Wir in Hessen von der Landesmedienanstalt führen den Streit mit RTL. Ich denke, dass Regionalfenster dort produziert werden sollten, wo sie ausgestrahlt werden. Wo das dann geschnitten und von wo es ausgestrahlt wird, ist mir relativ Wurscht. Die Produktion hat aber Auswirkungen auf die Qualität. Da sollten wir von Hessen am Ball bleiben.

Ich glaube, ansonsten beinhaltet der Staatsvertrag gute Änderungen, denen wir nach Beratung im Ausschuss auch so zustimmen können.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und bei Abgeordneten der SPD)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Frau Hinz. – Herr Hoff, Sie haben das Wort für die CDU-Fraktion.

#### **Volker Hoff (CDU):**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich bitte einige wenige Bemerkungen zu diesem Siebten Rundfunkänderungsstaatsvertrag machen. Ich will nicht alle Einzelheiten wiederholen, nach dem Motto: „Es ist alles schon gesagt worden, nur noch nicht von mir.“ Ich will auf die Diskussion eingehen, die wir hier geführt haben.

Erstens. Ich halte es für sinnvoll, dass wir die Anhörung im Hauptausschuss machen. Ich glaube, dass wir damals im Hauptausschuss mit dem Thema Jugendschutz gute Erfahrungen gemacht haben. Wir sollten den Vorsitzenden des Hauptausschusses bitten, dass die zuständigen Intendanten von ARD, ZDF und Deutschlandradio eingeladen werden, um zu dieser Frage im Vorfeld Rede und Antwort zu stehen. Ich glaube, das ist sehr interessant. Herr Kollege Hahn, das widerspricht natürlich ein bisschen dem, was Sie hier gemacht haben.

(Lachen des Abg. Jörg-Uwe Hahn (FDP))

Für die Frage der Gebührenerhöhung haben wir alle miteinander ein Verfahren vereinbart, nämlich den KEF-Bericht. Das Hase-und-Igel-Spiel, dass im Vorfeld jeder der Schnellste sein will, um zu erklären, dass auch er gegen Gebührenerhöhungen ist, mag unter populistischen Aspekten schön sein, bringt in der Sache aber nicht sehr viel.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der SPD – Lachen bei der FDP)

Das ist gegen jedermann gerichtet, der so verfährt, auch gegen Herrn Stoiber – das sage ich völlig unumwunden. Der Name Stoiber ist aber an der Stelle insofern wichtig, als gerade der Kollege Hahn, der Mitglied im Rundfunkrat ist, weiß, dass die Gebührenerhöhungen sehr unterschiedliche Wirkungen auf die einzelnen Landesrundfunkanstalten haben.

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): Sehr richtig!)

Man muss schon darüber nachdenken, ob wir durch eine populistische Position möglicherweise dahin kommen, dass wir unsere eigene Landesrundfunkanstalt – den Sen-

der des Landes Hessen – gefährden, aber andere, ich denke z. B. an den WDR oder den Bayerischen Rundfunk,

(Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU): NDR!)

es problemlos verschmerzen können, wenn die Gebühren nicht erhöht werden, und wir am Ende die Gelackmeierten sind.

Von daher würde ich insbesondere deswegen, weil vereinbart wurde, dass man ein solches Verfahren durchführen und die Intendanten im Vorfeld anhören will, schon darum bitten, dass man vorher keine voreiligen Feststellungen trifft, die sich in der Öffentlichkeit zwar gut anhören, aber der Sache wenig angemessen sind.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Herr Kollege Siebel ist auf die Frage der Protokollnotizen eingegangen. Davon gibt es eine ganze Menge. Herr Kollege Siebel, auch Sie wissen, dass das, was Sie hier angesprochen haben, so nicht unwidersprochen stehen bleiben kann. Im Grunde genommen hat die Sozialdemokratische Partei diese Diskussion, die bundesweit geführt wird, selbst verursacht.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): So ist es!)

Wer unter dem Deckmantel der Klaus Lage GbR als Partei bei Radio FFH Unterschlupf sucht, der verstößt – –

(Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Oh, jetzt geht das schon wieder los! – Zuruf von der SPD: Das, was Sie hier sagen, ist so lächerlich!)

– Herr Al-Wazir, ich weiß nicht, warum Sie sich da mit den Sozialdemokraten immer gemein machen.

(Beifall des Abg. Dr. Franz Josef Jung (Rheingau) (CDU))

Wer unter dem Namen Klaus Lage GbR bei Radio FFH Unterschlupf sucht, verstößt erstens gegen das Transparenzgebot. Zweitens muss er sich natürlich die Frage stellen lassen, warum er das tut.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und der FDP)

Herr Kollege Siebel, ich finde dabei noch etwas sehr viel Eigentümlicheres. Dies ist, dass nicht die ddivg oder die Verlagsgesellschaft Madsack, die möglicherweise ein wirtschaftliches Interesse haben, vor dem Bundesverfassungsgericht gegen eine solche mögliche Regelung vorgehen. Nicht eine der beiden Betroffenen ist vor das Bundesverfassungsgericht gezogen. Vielmehr haben interessanterweise Abgeordnete der SPD-Bundestagsfraktion ein Normenkontrollverfahren in Karlsruhe angestoßen.

(Michael Siebel (SPD): In der Tat haben sie es!)

Das zeigt, dass das Interesse der Partei und das wirtschaftliche Interesse an dieser Stelle in einer Art und Weise verwoben sind,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

wie es bei einem Sender eigentlich nicht hinnehmbar ist, auch wenn es sich um einen privaten Sender handelt, der das Programm ausstrahlt. Ich glaube von daher, es ist legitim, dies im Rahmen einer Protokollnotiz anzufügen. Ich lade Sie gerne dazu ein, dass wir auch dies im Rahmen der Sitzung des Hauptausschusses diskutieren.

(Michael Siebel (SPD): Gern!)

Ich bin der Auffassung, dass wir diesen Rundfunkänderungsstaatsvertrag schnell werden umsetzen können. Das haben die Beiträge der Fraktionen gezeigt. Vielleicht können wir vereinbaren, in die Sitzung des Hauptausschusses, in der der Gesetzentwurf zum Rundfunkänderungsstaatsvertrag behandelt werden wird, gleich auch noch die Anhörung aufzunehmen, die von den Kollegen der SPD und der GRÜNEN angeregt wurde. Vielleicht können wir das gleich miteinander verbinden. Dann würden wir zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen.

(Dr. Rolf Müller (Gelnhausen) (CDU): Aber bitte auch Herrn Kollegen Hahn einladen!)

Ich glaube, dass wir uns damit rechtzeitig in die Diskussion einfinden. – Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

### Vizepräsident Lothar Quanz:

Ich schließe damit die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz zu dem Siebten Staatsvertrag zur Änderung rundfunkrechtlicher Staatsverträge (Siebter Rundfunkänderungsstaatsvertrag), Drucks. 16/1192.

Der Gesetzentwurf soll dem Hauptausschuss zur weiteren Beratung zugeleitet werden. – Dann ist das so beschlossen.

Frau Beer, wollen Sie zur Geschäftsordnung sprechen?

(Nicola Beer (FDP): Der Änderungsantrag muss auch mit überwiesen werden!)

– Frau Beer, handelt es sich da um einen Änderungsantrag Ihrer Fraktion?

(Nicola Beer (FDP): Nein, es ist einer der GRÜNEN! – Gegenruf des Abg. Tarek Al-Wazir (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Da bist du einen Tagesordnungspunkt zu weit! – Nicola Beer (FDP): Oh ja, sorry, Fehler, Fehler!)

– Die Verwirrung hat sich jetzt also gelöst. Es bleibt bei der Überweisung des Gesetzentwurfs, so wie es beschlossen wurde.

(Nicola Beer (FDP): Ja!)

Wir kommen zu **Tagesordnungspunkt 3:**

### **Erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Bestimmung von Sachverständigen und Sachverständigenorganisationen im Rahmen der Qualitätssicherung bei der medizinischen Strahlenanwendung – Drucks. 16/1505 –**

Die Redezeit der Fraktionen beträgt je fünf Minuten. Der Entwurf wird durch Herrn Staatsminister Dietzel eingebracht. – Herr Minister Dietzel, bitte schön.

(Jörg-Uwe Hahn (FDP): Dazu gibt es jetzt den Änderungsantrag der GRÜNEN! Meine Kollegin Beer hat da in vorseilendem Gehorsam gehandelt!)

### **Wilhelm Dietzel, Minister für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz:**

Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Landesregierung bringt einen Gesetzentwurf ein über die Bestimmung von Sachverständigen und Sachver-

ständigenorganisationen im Rahmen der Qualitätssicherung bei der medizinischen Strahlenanwendung.

Der neu gefasste § 83 der Strahlenschutzverordnung sieht vor, dass von der zuständigen Behörde zur Qualitätssicherung „ärztliche Stellen“ zu bestimmen sind. Entsprechend der Röntgenverordnung wurde das dort bereits eingeführt. Es ist dort etabliert. Wir wollen dies hinsichtlich der Strahlenschutzverordnung in Zukunft mit vergleichbaren Stellen machen können.

Ich denke, wir sollten die Kontrollen erweitern. Wir wollen dies auch. Wir würden damit den Patientenschutz erhöhen. Bei den Prüfungen, die in diesem Zusammenhang durchgeführt werden sollen, geht es um die Nuklearmedizin. Das betrifft also auch die Strahlentherapeuten. Vor allen Dingen ist auch sicherzustellen, dass die wissenschaftlichen Regelungen hinsichtlich der radioaktiven Stoffe und der ionisierenden Strahlung beachtet werden. Die entsprechenden Anlagen müssen dem Stand der Wissenschaft und der Technik entsprechen, damit die Strahlenbelastung der Patienten so gering wie möglich gehalten werden kann.

Aus Gründen der Zweckmäßigkeit schlagen wir vor, dass die Kontrolle der medizinischen Strahlenanwendung ebenso, wie es für die Röntgendiagnostik der Fall ist, von den zuständigen ärztlichen Stellen mit übernommen wird. Folgende Gründe sprechen dafür.

Zum einen wäre die Errichtung einer ausschließlich in der medizinischen Strahlenanwendung tätigen Stelle für uns aus betriebswirtschaftlichen Gründen ungünstig. Wegen der schwachen Auslastung wäre das auch nur schwer zu realisieren. Außerdem ist zu beachten, dass höhere Kosten entstehen würden.

Zweitens sind bei der Schaffung einer gemeinsamen ärztlichen Stelle eindeutig Synergieeffekte zu erwarten.

Hinsichtlich der Überwachung der Röntgendiagnostik wurde von uns bereits erfolgreich eine ärztliche Stelle bestellt und von uns auch beliehen. Dies ist eine privatrechtlich organisierte Organisation von Strahlenschutzsachverständigen. Es ist der TÜV Süddeutschland. Ich glaube, dass gerade auch diese Organisation von Sachverständigen für die Beleihung geeignet ist und die Berechtigung erhalten sollte, für die Bearbeitung der ihr übertragenen Aufgaben Gebühren zu erheben.

Die weitere Übertragung von Qualitätssicherungsaufgaben macht eine entsprechende rechtliche Regelung erforderlich. Die Landesregierung will eine gemeinsame rechtliche Grundlage für die Aufgaben schaffen, die sich aus der Strahlenschutzverordnung und aus der Röntgenverordnung ergeben. Mit dem vorgelegten Gesetzentwurf soll für das zuständige Ministerium, also für mein Haus, eine Ermächtigung geschaffen werden. Diese Ermächtigung würde uns die Möglichkeit geben, diese Aufgabe Sachverständigenorganisationen zu übertragen. Ich möchte auch noch einmal aus Gründen der Klarstellung hervorheben, dass eine Befugnis zur Gebührenerhebung vorgesehen ist.

Wir wollen mit der gesetzlichen Ermächtigung eine Integration in dem Bereich der Röntgenverordnung erreichen. Das Gesetz zur Bestimmung von Sachverständigen und Sachverständigenorganisationen nach der Röntgenverordnung vom 28. September 2000 soll damit aufgehoben werden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Herr Minister Dietzel, vielen Dank. – Zu dem Gesetzentwurf rufe ich auch noch auf:

#### **Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Drucks. 16/1697 –**

Ich erteile hierzu Frau Abg. Hammann für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN das Wort.

#### **Ursula Hammann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir sind uns alle darüber einig, dass die medizinische Strahlenanwendung und die Röntgendiagnostik aus der modernen Medizin nicht mehr wegzudenken sind. Es sind dort enorme Fortschritte erzielt worden. Dennoch wissen wir, dass der Einsatz dieser Technologien auch mit Risiken verbunden ist. Wir alle müssen dafür Sorge tragen, dass die Strahlenbelastung für die Patienten so gering wie möglich gehalten wird.

Aus diesem Grund wurde im Jahr 2000 das Vorgängergesetz, das sich auf die Röntgenverordnung bezogen hat, vom Hessischen Landtag beschlossen. Wir haben schon damals erkannt, dass die Notwendigkeit einer Qualitätssicherung auch im Gesetz festgehalten werden muss und dass die ärztliche Stelle die Qualitätssicherung, die ihr der Gesetzgeber damit übertragen hat, auch auszufüllen hat. Dies gilt im Hinblick auf qualifiziertes Personal und auch im Hinblick darauf, dass die Geräte einwandfrei sind, die dort eingesetzt werden müssen.

Wir haben in der Diskussion damals die Kritik hören müssen, dass man für einen Gesetzentwurf einen gewissen Zeitraum benötige, bis man ihn in die Verhandlungen ins Plenum einbringen könne. Meine Damen und Herren, nachdem Sie diesen Gesetzentwurf jetzt vorgelegt haben, frage ich Sie, warum Sie diesen Gesetzentwurf nicht früher eingebracht haben. Denn, wie Sie in der Begründung mitgeteilt haben, ist es etwas ganz Neues, das Sie uns damit darstellen wollen – etwas ganz Neues aufgrund der neu beschlossenen Strahlenschutzverordnung.

So neu ist das aber nicht. Sie wissen ganz genau, dass die Strahlenschutzverordnung im Jahre 2001 beschlossen wurde. Sie hatten immerhin schon zweieinhalb Jahre Zeit, dies umzusetzen, damit die Qualitätssicherung nicht nur bei der Röntgendiagnostik, sondern auch bei der medizinischen Strahlenanwendung Beachtung findet. Unsere Kritik besteht darin, dass Sie es offensichtlich doch nicht so ernst mit dem Schutz der Patienten und dem Schutz der Patientenrechte nehmen. Ich sage ganz offen, wir kritisieren, dass im Umweltministerium diese Bereiche offensichtlich peripher behandelt werden. Das hat nicht den Stellenwert, den es haben müsste. Immerhin geht es um den Schutz der Patienten. Das heißt, es wäre also eine schnelle Umsetzung notwendig gewesen.

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Ich komme zu etwas, was wir in diesem Zusammenhang infrage stellen. Sie wollen die Qualitätssicherung bündeln. Das kann man mit Blick auf wirtschaftliche Gründe so auch akzeptieren. Aber ist so etwas immer gerechtfertigt, wenn zuvor überhaupt keine Evaluation stattgefunden hat?

Die ärztliche Stelle, die sich in Hessen bisher um die Röntgendiagnostik kümmert, ist der TÜV Süddeutschland.



Das kann man in einem Berichtsantrag, den die GRÜNEN damals gestellt haben, deutlich erkennen. Ist es denn gerechtfertigt, dass man dies in Folge immer weiter vergibt, oder wäre es nicht besser, eine Evaluierung durchzuführen, was in diesem Zeitraum geleistet wurde? Gibt es möglicherweise einen anderen Bewerber in diesem Bereich, der es wirtschaftlicher und qualitativ besser durchführen kann?

Dies ist unser Anliegen, das wir heute an Sie herantragen und das sich auch in unserem Änderungsantrag dokumentiert. Denn wir wollen, dass die Qualitätssicherung sehr gut durchgeführt wird und dass auch die Wirtschaftlichkeit eine Rolle spielt. Deshalb wollen wir, dass eine Ausschreibung erfolgt.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Ausschreibung ist möglich. Ich weiß, dass Sie es nicht ausschreiben müssen. Aber im Hinblick auf verschiedene Anbieter muss in unseren Augen eine Ausschreibung durchgeführt werden. Wir haben auch eine Begrenzung in unseren Änderungsantrag geschrieben, dass die Bestimmung für einen Zeitraum von bis zu fünf Jahren erfolgen soll. Das ist ein überschaubarer Zeitraum, in dem diese Qualitätssicherung über eine ärztliche Stelle erfolgen kann.

Ich möchte eindringlich darum bitten, nachdem in Hessen im Umweltbereich vieles zerschlagen wird – wir haben vorhin die Diskussion über die Staatlichen Umweltämter geführt, wo es Veränderungen geben wird –, dass sich die Landesregierung gerade in diesem Bereich, wo es um Patientenschutz geht, die Zeit nimmt und die Mühe macht, im Ausschuss über unseren Änderungsantrag zu sprechen. Denn ich glaube, wir wären auch da einen Schritt weiter, ein qualifiziertes Unternehmen in die Erwägungen einzubeziehen, dass es nicht allein auf den TÜV Süddeutschland fixiert wird, sondern auch weitere Stellen in Betracht gezogen werden.

Wir wollen, dass dies in Ruhe diskutiert und nicht übers Knie gebrochen wird. Wir erwarten von Ihnen – das sage ich auch ganz deutlich –, dass Sie uns diese Möglichkeit geben und unserem Änderungsantrag in dieser Form zustimmen. Die Umsetzung der Strahlenschutzverordnung in hessisches Recht ist notwendig – aber bitte in die Richtung, die für den Patienten die richtigere Richtung wäre. – Ich danke Ihnen.

(Beifall bei dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

#### **Vizepräsident Lothar Quanz:**

Ich darf Herrn Wintermeyer für die Fraktion der CDU das Wort erteilen. Herr Wintermeyer, bitte sehr.

#### **Axel Wintermeyer (CDU):**

Herr Vizepräsident, meine Damen und Herren! Frau Hammann, ich hatte geglaubt, dass wir diesen Tagesordnungspunkt relativ schnell erledigen könnten. Angesichts vielleicht der einen oder anderen weihnachtlichen Feier, die wir heute noch zu besuchen haben, wäre das auch schön gewesen. Aber Sie finden immer noch ein kleines Haar in der Suppe und durchaus Kritik.

Frau Hammann, mit dem Gesetzentwurf wird EU-Recht umgesetzt, und zwar Art. 8 dieser Richtlinie 97/43 Euratom, ein Qualitätssicherungssystem für die medizinische Strahlenanwendung. Dies wurde bereits in § 83 der Strah-

lenschutzverordnung in deutsches Recht umgesetzt und wird jetzt von den Ländern in einen entsprechenden Gesetzentwurf oder eine Verordnung gegossen. So wird bundesweit festgestellt, dass sich die in der Röntgenverordnung eingeführten ärztlichen Stellen etabliert hätten, gute Arbeit leisteten und nun für den Bereich der Strahlenschutzverordnung vergleichbare Stellen geschaffen werden müssten.

Dies setzt die Hessische Landesregierung nun mit dem vorliegenden Gesetzentwurf zur Qualitätssicherung in der medizinischen Strahlenanwendung in hessisches Recht um. Damit wird in unserem Bundesland eine entsprechende Qualitätssicherung etabliert und gewährleistet, dass die Patienten keiner unnötigen Strahlenbelastung ausgesetzt werden. Hierzu werden mit diesem Gesetz Prüfungsstrukturen etabliert, die sicherstellen, dass bei Anwendung radioaktiver Stoffe oder ionisierender Strahlen die Erfordernisse der medizinischen Wissenschaft beachtet werden und die angewendeten Verfahren und eingesetzten Anlagen den nach dem Stand der Wissenschaften notwendigen und besten Qualitätsstandards entsprechen.

Meine Damen und Herren, es ist unstrittig – da stimme ich dem, was Frau Hammann gesagt hat, durchaus zu –, dass die Strahlenmedizin und die Strahlendiagnostik nicht mehr wegzudenkende Möglichkeiten im medizinischen Bereich sind. Wir wissen aber auch, dass das Bundesamt für Strahlenschutz mitgeteilt hat, dass in der Bundesrepublik zu viel geröntgt wird. Hier gilt es auch in Zukunft, die Belastungen der hessischen Bürgerinnen und Bürger durch therapeutische und diagnostische Strahlen so gering wie möglich zu halten. Auch da sind wir uns mit Ihnen einig, Frau Hammann. Dies wird nach wie vor die Aufgabe und die Entscheidung unserer hoch qualifizierten Radiologen, also der Mediziner, sein.

Es gilt aber auch, dass die genutzten Geräte einwandfrei und das Personal ausreichend qualifiziert sind. Deshalb werden wir diese qualitätssichernden Maßnahmen, die schon für die alte Röntgenverordnung gelten, mit dem Gesetz auf alle medizinischen Geräte ausdehnen. Es werden alle Anlagen erfasst, die mit radioaktiven Strahlen im medizinischen Bereich arbeiten.

Es ist richtig, dass auch aus Gründen der Zweckmäßigkeit die erwähnten Qualitätssicherungsaufgaben von einer gemeinsamen Stelle wahrgenommen werden. Das Aufgabenspektrum ist vergleichbar, und es können auch Synergieeffekte genutzt werden. Daher ist mit diesem Gesetz, wie der Herr Minister sagte, ein einheitlicher Rechtsrahmen zur Bestimmung der zuständigen Stelle nach der Strahlenschutzverordnung und der Röntgenverordnung zu verabschieden. So wird gleichzeitig durch dieses Gesetz die Bestimmung von Sachverständigen und Sachverständigenorganisationen aufgehoben, um Doppelzuständigkeiten zu vermeiden.

Zu dem Änderungsantrag der GRÜNEN mit einer Ausschreibung darf ich nur kurz darauf hinweisen, Frau Hammann, dass eine Auftragsvergabe weder im Rahmen des Beschaffungsrechts noch des Haushalts- oder EG-Vergaberechts vorgenommen werden kann und somit an sich keine Ausschreibung notwendig ist.

(Frank-Peter Kaufmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): „Notwendig“ haben wir nicht behauptet!)

Sie haben von Evaluierung gesprochen. Das sind beides grundsätzlich bedenkenswerte Themen. Die wollen wir

gern miteinander im Ausschuss diskutieren, weil wir dem grundsätzlich nicht ablehnend gegenüberstehen. Wir wollen das Beste für die hessischen Bürgerinnen und Bürger, und ich denke, dass wir dies im Ausschuss abschließend miteinander diskutieren können. Insofern wird die CDU-Fraktion diesem Gesetzentwurf zustimmen, und wir werden die Fachberatung im Ausschuss weiterführen. – Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Vielen Dank, Herr Wintermeyer. – Herr Grumbach hat sich für die SPD-Fraktion zu Wort gemeldet.

**Gernot Grumbach (SPD):**

Meine Damen und Herren! Ich denke, zu diesem Gesetzentwurf genügen drei Sätze.

(Michael Denzin (FDP): Sehr gut! – Nicola Beer (FDP): Noch weniger!)

Erstens. Der hessische Umweltminister hat gemerkt, dass er für das, was er vorhat, eine gesetzliche Grundlage braucht.

Zweitens. Das unterscheidet ihn von Staatsminister Grüttner, der heute Mittag vieles vorgetragen hat, wofür er auch eine gesetzliche Grundlage braucht, die jedoch fehlt.

Drittens. Die GRÜNEN haben einen Änderungsantrag gestellt, der das Ganze verbessert. – Vielen Dank.

(Heiterkeit – Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Das war auch ein Beitrag, um die Arbeitszeit heute Abend nicht weiter auszudehnen. – Herr Heidel für die FDP-Fraktion, bitte sehr.

(Gerhard Bökel (SPD): Heinrich, das musst du unterbieten! – Jürgen Frömmrich (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN): Heinrich, das musst du toppen!)

**Heinrich Heidel (FDP):**

Das ist schwer zu toppen. – Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich will es auch kurz ma-

chen. Der Gesetzentwurf, der uns von der Landesregierung vorgelegt worden ist, sollte gemeinsam mit dem Änderungsantrag der GRÜNEN im Fachausschuss beraten werden.

Ich glaube, an dem Punkt der Ausschreibung wird sicherlich kein Streit entbrennen. Denn die Kostenbelastung ist ein Faktor, der auch in diesem Bereich berücksichtigt werden muss, und das muss nicht zwangsläufig zu einer Verschlechterung der Überprüfung führen.

Wenn es so ist, wie vom Ministerium dargestellt, dass die Zusammenfassung dieser beiden Überprüfungen, des Strahlenschutzes und des Röntgenschutzes, Synergieeffekte hervorbringt, glaube ich schon, dass es so gemacht werden kann. Dennoch bin ich der Auffassung, dass wir aus Gründen des Patientenschutzes und einer möglichst hohen Sicherheit bei niedriger Strahlenbelastung für die Patienten alles daransetzen müssen, nicht nur überprüfende Maßnahmen für Geräte, sondern auch qualifizierende Maßnahmen für das Personal vorzunehmen.

Wir freuen uns auf die Beratung im Ausschuss. – Schönen Dank.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsident Lothar Quanz:**

Danke sehr, Herr Heidel. – Ich darf feststellen, dass die erste Lesung des Gesetzentwurfs der Landesregierung für ein Gesetz über die Bestimmung von Sachverständigen und Sachverständigenorganisationen im Rahmen der Qualitätssicherung bei der medizinischen Strahlenanwendung stattgefunden hat. Dazu wurde der Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Drucks. 16/1697, beraten.

Beide sollen dem Ausschuss für Umwelt, ländlichen Raum und Verbraucherschutz zur weiteren Beratung überwiesen werden. – Dem wird nicht widersprochen. Wir können so verfahren.

Ich darf Ihnen für die anstehenden Weihnachtsfeiern, von denen ich hörte, vergnügliche Stunden wünschen. – Einige werden noch gebraucht: Der Haushaltsausschuss tagt in Raum 119 M.

Einen schönen Abend, bis morgen.

(Schluss: 18.10 Uhr)

**Anlage (zu Tagesordnungspunkt 1 a – Fragestunde)****Frage 122 – Abg. Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie will sie die im Frühsommer mit großem Presseecho angekündigte Neuordnung der Staatlichen Museen in Kassel voranbringen, wenn für die konzeptionellen und planerischen Vorarbeiten keine Mittel im Landeshaushalt zur Verfügung gestellt werden?*

**Antwort des Ministers für Wissenschaft und Kunst Udo Corts:**

*Die Planungen für die Neuordnung der Staatlichen Museen Kassel – Arbeitstitel „Museumpark Kassel“ – befinden sich, wie Sie alle wissen, erst in der Anfangsphase.*

*Die Projektbeschreibung ist noch nicht ganz abgeschlossen, aber die Staatlichen Museen haben in Abstimmung mit der Verwaltung der Staatlichen Schlösser und Gärten bereits die wesentlichen Vorstellungen zusammengefasst. Aus der Projektbeschreibung soll nun bald ein umsetzungsfähiges Konzept erstellt werden. Ein für diese komplexe Aufgabestellung geeignetes Büro ist auch bereits ausgewählt worden, der Auftrag soll in Kürze vergeben werden. Wegen der anstehenden Vertragsverhandlungen möchte ich das Büro nicht namentlich nennen – ich bitte um Verständnis.*

*Rechtzeitig zu den Beratungen des Haushalts 2005 wird es eine aussagekräftige Unterlage über konkret umzusetzende Inhalte, den zu erwartenden Finanzbedarf sowie die zeitliche Abfolge geben, sodass die ersten finanziellen Vorschläge 2005 vorgenommen werden können.*

*Im kommenden Haushaltsjahr 2004 werden zunächst nur Planungsleistungen abgerufen werden. Die hierfür entstehenden Kosten werden aus dem im Landeshaushalt eingerichteten Vorarbeitskostentitel (Kapitel 18 39 Titel 715 01) finanziert. Aufgrund der diesjährigen Chefgespräche wurde die Maßnahme „Museumpark Kassel“ ausdrücklich unter diesem Titel in den Entwurf 2004 aufgenommen. Das Finanzministerium hat die Planungsmittel bereits freigegeben.*

*Ihre Sorge, die zur Konkretisierung der Neuordnung vorzunehmenden konzeptionellen und planerischen Vorarbeiten könnten an der Finanzierung scheitern, sind also unbegründet.*

**Frage 124 – Abg. Nicola Beer (FDP):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie steht sie zu dem Vorschlag, den Notenschutz für legasthenische Schülerinnen und Schüler in allen Abschlusszeugnissen sowie für die Benotung dieser Schülerinnen und Schüler in der Oberstufe fortzusetzen?*

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

*Die zurzeit gültige Verordnung und die Richtlinien zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten beim Lesen, Schreiben und Rechtschreiben beruhen auf entsprechenden Empfehlungen der Kultusministerkonferenz aus dem Jahr 1978. Danach ist ein Notenschutz in Abschlusszeugnissen nicht möglich.*

*Ich habe deshalb im Jahr 2001 die Initiative ergriffen, um diese Empfehlungen fortzuschreiben. Unter der Federführung von Hessen wurde eine Ad-hoc-Gruppe eingerichtet,*

*die die Grundsätze nach einer Anhörung von rund 20 Wissenschaftlern aktualisiert hat. Ein Entwurf hat in der Amtschefkonferenz am 6. November 2003 Konsens gefunden. Dieser ist in der Kultusministerkonferenz am 4. Dezember 2003 beschlossen und verabschiedet worden. Die neu formulierten „Grundsätze zur Förderung von Schülerinnen und Schülern mit besonderen Schwierigkeiten im Lesen und Rechtschreiben“ der KMK vom 4. Dezember 2003 geben auch für Hessen die Grundlage zur Fortschreibung entsprechender landesrechtlicher Regelungen mit Möglichkeiten für einen weiter gehenden Nachteilsausgleich sowohl in Abschlusszeugnissen als auch in der Oberstufe.*

**Frage 125 – Abg. Nicola Beer (FDP):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie wird die von der KMK beschlossene Imagekampagne für den Lehrerberuf finanziert?*

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

*Der KMK entstanden für die Imagekampagne Kosten in Höhe von 250.000 €, die nach dem Königsteiner Schlüssel auf die einzelnen Länder umgelegt wurden. Nach dem Königsteiner Schlüssel, der sich von Jahr zu Jahr leicht verändern kann, liegt der Anteil von Hessen für das Jahr 2003 bei 7,26 % und beträgt somit 18.152,20 €. Darüber hinaus gibt es eine parallel laufende landesspezifische „Recruitment-Kampagne“ zur Deckung des Lehrkräftebedarfs in Mangel-fächern in Hessen. Deren Kosten belaufen sich auf 63.000 € inklusive Mehrwertsteuer.*

*Darüber hinaus erhalten Partner und Sponsoren die Möglichkeit, die Informationskampagne aktiv zu begleiten und finanziell zu unterstützen.*

**Frage 129 – Abg. Sarah Sorge (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie gestalten sich Kosten und Zeitpläne der Sanierung des Staatstheaters Kassel?*

**Antwort des Ministers der Finanzen Karlheinz Weimar:**

*Für das Staatstheater in Kassel sind zur Sanierung der Haus- und Betriebstechnik sowie für Brandschutzmaßnahmen bei Kap. 18 15 Titel 519 05 bislang 15,34 Millionen € veranschlagt, die zu 60 % vom Land, zu 20 % aus Mitteln des KFA und zu weiteren 20 % von der Stadt Kassel aufgebracht werden. Unter Berücksichtigung von bereits in Ausführung befindlichen vorgezogenen Brandschutzmaßnahmen stehen von diesem Betrag rund 15,1 Millionen € zur Finanzierung der Sanierung zur Verfügung.*

*Die Überlegungen zur weiteren Sanierung des Staatstheaters in Kassel sind noch nicht abgeschlossen. Das für eine Grundinstandsetzung benötigte Gesamtvolumen wird auf ca. 63,9 Millionen € geschätzt. Alternativ wird eine „kleine“ Lösung mit einem Volumen von rund 30 Millionen € geprüft, mit der nur Brandschutzmängel beseitigt werden können. Weitere Mängel des 40 Jahre alten Hauses können damit nicht behoben werden. Als Fertigstellungstermin wird im Hinblick auf die documenta 2007 der 31.12.2006 angestrebt.*

**Frage 130 – Abg. Lothar Quanz (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

Aus welchen Gründen hat sie in den letzten Jahren die vom Bund dem Land zur Verfügung gestellten GA-West-Mittel nur zu zwei Dritteln abgerufen?

**Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel:**

Das Land Hessen hat 2002 – wie auch in den Vorjahren – die vom Bund bereitgestellten GA-West-(Bar-)Mittel in Höhe von 9.923.000 € vollständig abgerufen, mit Landesmitteln kofinanziert und an die Zuwendungsempfänger ausgezahlt. Auf die Inanspruchnahme von bereitgestellten Bundesmitteln wurde und wird nicht verzichtet.

Die Frage betrifft den so genannten „Bewilligungsrahmen“ aus Ansatzmitteln und Verpflichtungsermächtigungen, der 2002 lediglich in Höhe von 62,4 % ausgenutzt wurde. Hessen hat, wie andere Bundesländer auch, die Verpflichtungsermächtigungen nicht vollständig belegt, um sich Bewilligungsmöglichkeiten in späteren Haushaltsjahren offen zu halten und eine Belegung der GA-Mittel mit noch nicht entscheidungsreifen Projekten zu vermeiden. Für 2003 hingegen wurde der Bewilligungsrahmen voll ausgeschöpft, also zu 100 % belegt.

**Frage 131 – Dr. Andreas Jürgens (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Wird die Fotografenausbildung an der Walter-Hecker-Schule in Kassel als Standort einer Bezirksfachklasse oder einer Landesfachklasse auch künftig gewährleistet sein?

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

An der Walter-Hecker-Schule in Kassel besteht zurzeit eine Bezirksfachklasse, die als Schulbezirk den Regierungsbezirk Kassel, die Stadt Marburg und den Landkreis Marburg-Biedenkopf umfasst. Von einer Fotografeninnung ist an mein Haus herangetragen worden, zur Sicherstellung der Berufsausbildung in diesem Bereich mittelfristig eine Landesfachklasse in Hessen einzurichten. Das zuständige Fachreferat meines Hauses hat den Auftrag, die Angelegenheit mit den Fotografeninnungen in Hessen zu erörtern. Dies wird voraussichtlich Anfang des neuen Jahres der Fall sein.

Eine Entscheidung darüber, ob und gegebenenfalls ab wann eine Landesfachklasse eingerichtet werden muss, ist voraussichtlich erst nach Abschluss der Erörterung mit den Innungen zu erwarten. Die Ausbildungsbetriebe des Fotografenhandwerks im nordhessischen Raum können durch verstärkte Ausbildungsanstrengungen in diesem Ausbildungsberuf maßgeblich zum Erhalt des Berufsschulstandortes Kassel beitragen.

**Frage 132 – Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie soll die Unterrichtsversorgung gewährleistet werden, wenn alle BAT-Verträge zum Schulhalbjahr gekündigt wurden und gleichzeitig viele Lehrerinnen und Lehrer in Hessen die Arbeitszeitverlängerung nicht mittragen, sondern ihre bisherige Arbeitszeit beibehalten und dafür reduzierte Bezüge in Kauf nehmen?

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

Wie ich bereits in meinem Brief vom 8. Dezember 2003 an die Schulleitungen, die Lehrerinnen und Lehrer und die

Eltern in Hessen klar zum Ausdruck gebracht habe, wird es keine Kündigungen von Vertretungsverträgen geben. Auch ein großer Teil der Vertretungsverträge, die am 31. Januar 2004 auslaufen, wird verlängert werden. Dies wird stets dann geschehen, wenn ihre Verlängerung notwendig ist. Die Vermutung, dass viele Lehrerinnen und Lehrer unter Einkommensverzicht die bisherige Arbeitszeit beibehalten würden, trifft nicht zu.

Durch die Pflichtstundenerhöhung für Lehrkräfte werden ca. 33.000 Stunden gewonnen, von denen unter dem Strich auf Dauer zusätzlich ca. 8.000 Stunden für Maßnahmen zur Qualitätsverbesserung des Unterrichts zur Verfügung stehen werden. Seit 1999 hat die Regierung 2.900 neue Lehrerstellen geschaffen. Wie versprochen, werden bis zum Jahr 2008 weitere 500 Lehrerstellen bereitgestellt. Die Unterrichtsversorgung ist daher auch im Jahr 2004 gewährleistet.

**Frage 133 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Welche Konsequenzen für ihre Aktivitäten zur Wirtschaftsförderung und Regionalentwicklung in der Rhein-Main-Region zieht sie aus der anstehenden Auflösung des Vereins Metropolitana?

**Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel:**

Der Verein Metropolitana ist eine im Januar 2001 gegründete projektorientierte Initiative, die ausschließlich privat, nämlich von engagierten Unternehmen in der Region (Altana, Andersen/Ernst & Young, Aventis, Deutsche Bank, Deutsche Telecom, Fraport, Mainova, Messe Frankfurt, Rhein-Main-Verkehrsverbund), sowie der IHK finanziell getragen wird.

Angesichts der Konjunkturkrise und der insbesondere daraus erwachsenen Notwendigkeit zur Bündelung der Ressourcen in der Region fusionierte im Februar 2003 die Metropolitana mit der Wirtschaftsinitiative Frankfurt Rhein-Main. Ihr neuer Name lautet nun „Wirtschaftsinitiative Metropolitana FrankfurtRheinMain“.

Der Verein Metropolitana wird sich zum Ende des Jahres auflösen. Der Verein Metropolitana hatte eine Reihe von Projekten unter der Überschrift „Corporate Citizenship“ konzipiert, deren Fortführung nun bei der neuen Wirtschaftsinitiative Metropolitana FrankfurtRheinMain liegt.

Die Landesregierung sieht keine Veranlassung zur Änderung ihrer Politik für den Rhein-Main-Raum.

**Frage 134 – Abg. Priska Hinz (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

Ich frage die Landesregierung:

Wie viel Geld und wie viele Stellen sollen über das bisherige Einsparvolumen hinaus dadurch eingespart werden, dass Lehrerinnen und Lehrer ihre Arbeitszeit nicht erhöhen, sondern ihre bisherige Stundenverpflichtung beibehalten und für die zusätzliche Stunde Arbeitszeit eine Teilzeitarbeitbeschäftigung von einer Stunde beantragen?

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

Nach § 85a Hessisches Beamtengesetz ist eine Teilzeitarbeitbeschäftigung im Umfang von einer Stunde nicht möglich. Eine Reduzierung um eine Stunde ist dagegen möglich. Es

ist jedoch nicht zu erwarten, dass eine bedeutsame Anzahl von Lehrkräften diese Reduzierung wünscht und ihre bisherige Stundenverpflichtung beibehält. Sollten Lehrkräfte ihre bisherige Stundenverpflichtung dennoch beibehalten, gehen die dadurch eingesparten Mittel nicht verloren, sondern werden für Neueinstellungen und Vertretungsverträge eingesetzt.

**Frage 135 – Abg. Mathias Wagner (Taunus) (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Werden diejenigen Lehrerinnen und Lehrer, die im nächsten Halbjahr mit ihrer Mehrarbeit nicht an ihrer Schule eingesetzt werden können, ab Sommer zwei Stunden Unterrichtsverpflichtung zusätzlich haben, oder werden sie grundsätzlich an andere Schulen abgeordnet werden?*

**Antwort der Kultusministerin Karin Wolff:**

*Die Situation an den einzelnen Schulen stellt sich unterschiedlich dar. Die ab dem Jahr 2004 anfallende Pflichtstundenerhöhung, die nach dem Alter gestaffelt für eine Lehrkraft bis zu einer Unterrichtsstunde betragen kann, wird daher für jede Lehrkraft unterschiedliche Auswirkungen haben (z. B. Abbau von bereits geleisteter Vorarbeit nach § 17 der Dienstordnung für Lehrkräfte, Schulleiterinnen und Schulleiter und sozialpädagogische Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter).*

**Frage 137 – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wann ist mit der (zeitweiligen) Freigabe der dritten Standspur auf der A 3 zwischen Hanau und Obertshausen zu rechnen?*

**Antwort des Ministers für Wirtschaft, Verkehr und Landesentwicklung Dr. Alois Rhiel:**

*Bei Ihrer Frage dürfte es sich wohl um die temporäre Freigabe der Standstreifen als jeweils vierte Fahrstreifen auf der A 3 handeln. Eine dritte Standspur auf der A 3 – wie dies in der Frage formuliert ist – wird indes nicht benötigt. Zur temporären Freigabe der Standstreifen als jeweils vierte Fahrstreifen zwischen Hanau und Obertshausen ist Folgendes festzustellen:*

*Im Zusammenhang mit der Planung der Streckenbeeinflussungsanlage und der Maßnahmen zur temporären Freigabe der Standstreifen als vierte Fahrstreifen zwischen der Anschlussstelle Obertshausen und dem Autobahnkreuz Offenbach gab es seinerzeit auch Vorüberlegungen, die Freigabe der Standstreifen bis zur Anschlussstelle Hanau auszuweiten. Eine erste Bewertung ergab jedoch, dass*

*eine solche Verlängerung zu keiner wirklichen Lösung der Verkehrsprobleme vor Ort führen würde, sondern nur eine Verlagerung zur Folge hätte. Damit konnte dieses Projekt, das wie alle Maßnahmen im Bereich der Bundesfernstraßen einer strengen Kosten-Nutzen-Betrachtung unterliegt, in Abstimmung mit dem Bundesverkehrsministerium, für das wir in Auftragsverwaltung tätig sind, nicht weiterverfolgt werden.*

*Das bedeutet, derzeit ist keine temporäre Mitbenutzung der Standstreifen als zusätzliche Fahrstreifen auf der A 3 zwischen Hanau und Obertshausen vorgesehen.*

**Frage 138 – Abg. Dr. Judith Pauly-Bender (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Mit welcher rechtlichen Begründung exponiert sie und/oder nachgeordnete Behörden CDU-Landtagsabgeordnete exklusiv im Rahmen öffentlicher Veranstaltungen – wie z. B. bei Einladungen, Einladungskarten, Einweihungsfeiern u. a.?*

**Antwort des Ministers und Chefs der Staatskanzlei Stefan Grüttner:**

*Die Hessische Landesregierung exponiert keine CDU-Landtagsabgeordneten. Mangels Erkenntnissen äußert sich die Landesregierung nicht zu nachgeordneten Behörden.*

**Frage 146 – Abg. Sabine Waschke (SPD):**

*Ich frage die Landesregierung:*

*Wie wird sie auf die freien Träger von Kindertagesstätten, die bezüglich Kindern mit Migrationshintergrund teilweise eine Quotierung eingeführt haben, einwirken, um diese Quotierung aufzuheben, damit die „Sprachförderung“ der Kinder mit Migrationshintergrund nicht ad absurdum geführt wird?*

**Antwort der Sozialministerin Silke Lautenschläger:**

*Der Hessischen Landesregierung sind bisher keine konkreten Fälle bekannt, in denen freie Träger von Kindertagesstätten eine Quotierung für Kinder ausländischer Herkunft angewendet haben.*

*Das Sozialministerium bemüht sich derzeit, nähere Informationen zu dem von einem Teilnehmer im Rahmen der Vollversammlung der Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte in Hessen (AGAH) erwähnten Fall zu erhalten. Sobald dazu weitere Erkenntnisse vorliegen, werde ich die Fragestellerin informieren.*





